

werden, um zu erreichen, daß in der demnächst kürzesten Frist dieses Regime durch ein anderes ersetzt werde, das einen rein parlamentarischen Charakter hätte und das auf der Grundlage strenger Gegenseitigkeit das System von Feststellungen organisieren würde, die notwendig sind, um die Verträge von Locarno am wirksamsten zur Anwendung zu bringen.

Zur Erläuterung dieser Resolution sei zunächst festgestellt, daß das gemeinsam vereinbarte Ziel der Luxemburger Konferenz darin bestand, die in eine Sackgasse geratenen, mit so großen Hoffnungen verknüpften Verhandlungen von Thoiry durch praktische Vorschläge wieder in Gang zu bringen. Die in Thoiry erörterte „Gesamtlösung“ auf der Grundlage einer sofortigen Mobilisierung der deutschen Reparationsschuld hatte sich bereits als undurchführbar erwiesen, weil die Vereinigten Staaten ihre finanzielle Mitwirkung von einer vorherigen Regelung des französisch-amerikanischen Schuldenproblems abhängig machen wollten, und weil eine solche Regelung, auf die Deutschland keinen Einfluß nehmen konnte, auf absehbare Zeit unmöglich schien. Die Befreiung der Bewohner des besetzten Gebietes von einer finanziellen Regelung abhängig zu machen, die nicht einmal in der Hand der deutschen Regierung lag, wurde als vom sozialistischen Standpunkt unmoralisch verworfen. Diesen Gedanken entwickelte als Vertreter der deutschen Delegation, die die Initiative zur Einberufung der Konferenz ergriffen hatte, Genosse Otto Wels in seiner einleitenden Rede. Die übrigen Teilnehmer, insbesondere die französischen Delegierten teilten diesem Gedankengang sehr lebhaft zu, der übrigens in dem Schlußsatz des Abschnitts 3 der Resolution zum Ausdruck gebracht wurde.

Da sich nun der Weg von Thoiry als ungangbar erwies, mußte von den sozialistischen Parteien den Regierungen ein neuer Weg für die Lösung der Räumungsfrage aufgezeigt werden. Ueber die Forderung der baldigen Beendigung der militärischen Besetzung bestand seit jeher zwischen den beteiligten sozialistischen Parteien volle Einmütigkeit. Das wurde sowohl auf der Konferenz selbst, wie auch in der Resolution zum Ausdruck gebracht, die ausdrücklich Bezug nimmt auf die Beschlüsse, die nahezu fünf Jahre vorher bereits auf der Frankfurter Fürstländerkonferenz zu diesem Punkt gefaßt worden waren.

Andererseits waren sich alle Beteiligten darüber im Klaren, daß eine bloße Wiederholung dieser grundsätzlichen Forderung keine praktischen Ergebnisse auslösen würde, und daß, so wie die Dinge nun einmal lägen, ein Verzicht Frankreichs auf die ihm vertraglich zugesicherten Besetzungsrechte ohne jegliche deutsche Gegenleistung kaum zu erreichen sein würde. Diese Gegenleistung sollte jedoch nicht auf finanziellen Gebieten, sondern sozusagen auf psychologischem Gebiete gefunden werden, nämlich in einer Vereinbarung in der Frage der Sicherheit. Die im Friedensvertrag festgesetzte Entmilitarisierung des linken Rheinufers und deren Neutralisierung sollte durch eine zivile Völkerbundkontrolle, an der Deutschland beteiligt sein sollte, von Fall zu Fall nachgeprüft werden. Es wurde in der Debatte insbesondere von de Brouckère, der den Vorschlag führte, mit Zustimmung der übrigen Delegationen ausgeführt, daß man zum Beispiel die im Rheinland, also in Köln anässigen Konjunktur der Völkerbundsmächte unter Zuziehung eines Vertreters der Reichsregierung als Kontrollkommission des Völkerbundes konstituieren könnte. Diese Kommission hätte auf Anweisung von Fall zu Fall eine Kontrollhandlung vorzunehmen, die sich sowohl auf eine behauptete Verletzung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages durch Deutschland wie auch auf eine behauptete Verletzung der Neutralisierungsvorschriften des Rheinpactes durch eine Locarnomacht beziehen könnte.

Von den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie, insbesondere vom Genossen Hermann Müller-Franken, wurde mit aller Entschiedenheit und wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Partei einem solchen Sonderregime für das Rheinland nur als freiwillige Gegenleistung für den freiwilligen Verzicht Frankreichs auf die volle Ausübung seines Besetzungsrechts zustimmen könnte. Infolgedessen müßte diese Sonderkontrolle für das Rheinland spätestens mit Ablauf der fünfjährigen Besetzungsfrist, die im Versailler Vertrag für die dritte Zone vorgesehen sei, ihr Ende finden.

Genosse Paul Boncour vertrat die Auffassung, daß ein solches Regime durch den Völkerbund verallgemeinert und auf andere Grenzen in Europa ausgedehnt werden müßte, die sich in der Vergangenheit als besondere Gefahrenherde gezeigt hätten. Genosse de Brouckère stimmte diesem Gedanken grundsätzlich zu, betonte aber unter Zustimmung der deutschen Delegierten mit aller Entschiedenheit, daß ein Fortbestehen der Kontrolle für das Rheinland über das Jahr 1935 hinaus nur dann in Frage käme, wenn diese Kontrolle auf die strategischen Gebiete westlich der deutschen Reichsgrenze ausgedehnt würde. Boncour bekannte sich in diesem Zusammenhang zu dem Gedanken der internationalen Völkerbundskontrolle für alle Staaten, die die Konvention über die Rüstungseinschränkungen unterzeichneten würden, die das Wert der kommenden Abrüstungskonferenz sein müßte. Er betonte, daß es gelungen sei, die französische Generalität für den Gedanken der allgemeinen Ueberwachung der Rüstungsbeschränkungen durch den Völkerbund zu gewinnen. Dies wäre ein wesentlicher Fortschritt in der Abrüstungsfrage. Genosse de Brouckère, der damals Vorsitzender der vorbereitenden Abrüstungskommission war, äußerte sich zum Unterschied von Boncour viel skeptischer über den Stand der Arbeiten der vorbereitenden Kommission und über die Aussichten einer baldigen Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz. Darüber, daß auf die Regierungen der stärkste Druck im Sinne einer baldigen Einberufung der Konferenz ausgeübt werden müßte, bestand unter den Konferenzteilnehmern volle Einmütigkeit, ebenso darüber, daß die von Boncour angestrebte internationale Kontrolle der Durchführung übernommener Abrüstungsverpflichtungen ein Ziel bilde, das von der internationalen Sozialdemokratie unbedingt gefördert werden müßte. Diese Gesichtspunkte wurden in der Resolution aufgenommen, wobei von allen Delegationen gleichermäßen Wert darauf gelegt wurde, zu betonen, daß nach dem Friedensvertrag die deutsche Abrüstung nur das Beispiel zu der allgemeinen Abrüstung sein sollte, und insofern eine ausdrückliche Verpflichtung der noch nicht abgerüsteten Staaten vorliege, aus der deutschen Abrüstung die Konsequenzen zu ziehen.

In der Zeit der Luxemburger Konferenz bestand die internationalisierte Militärkontrollkommission in Deutschland noch fort. Die Verhandlungen über die Erledigung der sogenannten „Restpunkte“ und über die Zurückziehung der Inter-

Wilhelms Flucht.

Neue Tatsachen über den 9. November 1918. — Wilhelm ließ sich vom englischen König „retten“!

In dem kürzlich erschienenen Buch „Revolution von oben, Umsturz von unten“ von Oberstleutnant a. D. Riemann, der als Generalstabsoffizier und Vertreter der Obersten Heeresleitung dem Exkaiser im persönlichen Gefolge zugeteilt war, findet sich ein beachtenswerter Bericht des Oberleutnants Grafen von Schwerin, des Adjutanten des Sturm-Bataillons Rohr, das in den kritischen Tagen des November 1918 den Dienst in Spa veriaß.

Man erfährt aus dem Bericht des Grafen Schwerin, daß ganz wie in Berlin auch in Spa am 9. November vormittags ein Schießverbot für diese zum Schutze des Kaisers nach Spa gezogene Truppe erlassen war, bis der Kaiser tatsächlich angegriffen werde. Graf Schwerin erzählt weiter, daß das Bataillon am frühen Vormittag des 9. November auf Grund eines in der Nacht erteilten Befehls einem niederländischen Generaladjutanten eine mehrstündige Uebung der modernen Angriffstaktik vorführen mußte. Schwerin meint, daß die Offiziere diese Vorführung gerade in diesem Moment als wenig passend empfunden haben, und fügt hinzu: man habe in den bisherigen Schilderungen des 9. November von der Anwesenheit dieses Herrn in Spa nichts gelesen. Er sei sich im Zweifel, ob alle verantwortlichen Stellen damals von ihr gewußt hätten.

Zu diesem Bericht schreibt Ludwig Herz, der Sachverständige beim Untersuchungsausschuß des Reichstags, in der „Frankfurter Zeitung“:

„Nach einer privaten Information, die hier wiedergegeben ich mich verpflichtet fühle, ist dieser Generaladjutant der Königin der Niederlande spätestens am 6. November in Spa eingetroffen, ohne daß selbst einer der höchsten Offiziere, der nach seiner Stellung jede Aufklärung fordern durfte, erfahren konnte, wie jener ins deutsche Hauptquartier kam und was er da wollte. Beseitigt erklärt eine aus England stammende Mitteilung den fragwürdigen Vorfall: König Georg, dem es bekannt gewesen sei, daß die Entente die Auslieferung des Kaisers verlangen würde, habe die Königin der Niederlande gebeten, dem Kaiser ein Asyl anzubieten, um die Erfüllung dieser Bedingung zu hintertreiben und seiner Regierung aus einer Sackgasse herauszubelfen.“

Diese Mitteilung läßt erkennen, daß Wilhelms Flucht nach Holland von langer Hand vorbereitet worden ist, sie ist geeignet, die bisherigen Darstellungen der Vorgänge von Spa in den wichtigsten Punkten zu entwerfen.

Die Flucht nach Holland erscheint hier in ganz besonderem Lichte: für Wilhelm die monarchische Solidarität des Ententekönigs, für das deutsche Volk erdrückende Waffenstillstands- und Friedensbedingungen!

Narrenspiegel des Partifularismus.

Der „Segen“ mitteldeutscher Eigenstaatlichkeit.

Aus der Denkschrift des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen Dr. Häbner „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit“ veröffentlicht der Amalthea-Verlag in Leipzig nachstehend einiges Zahlenmaterial zur mitteldeutschen Frage.

Ein interessanter indirekter Beweis für die Schwierigkeiten, die durch die Staatsgrenzen in Mitteldeutschland von jeher entstanden sind, liegt in der Aufzählung der mitteldeutschen Staatsverträge seit 1815, die bei engem Druck zehn große Seiten der Denkschrift füllen. Allein über 100 Eisenbahnverträge mußten geschlossen werden, um das preussisch-hessische Eisenbahngesetz über das mitteldeutsche Gebiet hinwegspannen zu können.

Ueber 3000 Gesetze und Verordnungen wurden in Mitteldeutschland erlassen, die als überzählig gelten können, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß Rechts einheit anzustreben ist. Allein Thüringen hat seit 1920 1670 Gesetze u. a. erlassen, von denen nur noch 932 gelten. Braunschweig hat über 1400, Anhalt über 380 Gesetze geschaffen. Die Gesetzsammlungen der mitteldeutschen Staaten seit 1900 füllen mit 250 schweren Bänden eine Bibliothek.

49 Exklaven liegen in Mitteldeutschland. Ihre Grenzlänge beträgt weit über 1000 Kilometer, die Grenzfläche der Provinz Sachsen beträgt 3466 Kilometer. Durch Auslösung der Exklaven wird diese Grenzlänge ungefähr um ein Drittel vermindert werden können. Die Größe der Exklaven umfaßt 80 000 Hektar, die kleinste etwa 10 Hektar; die größte hat 70 000, die kleinste

keinen Einwohner. In dem einen wie in dem andern Falle handelt es sich um fest abgegrenzte Hoheitsgebiete.

20 Jahre zwischenstaatliche Verhandlungen waren notwendig, um über die Umschulung von zehn Dorfkindern aus dem Rißlitzer Bändchen zu einem — negativen Resultate zu kommen. Es wird weiter verhandelt.

Jeder größere Wasserlauf wechselt in Mitteldeutschland mehrfach die Landesgrenze.

Der Steuerfachmann für den Braunkohlenbergbau muß 13 preussische, 22 anhaltische, 13 thüringische, 5 sächsische, 6 braunschweigische, zusammen 61 Gesetze und Verordnungen beherrschen, wenn er die steuerliche Belastung der mitteldeutschen Bergwerksindustrie wirklich beurteilen will.

Der Verkehrsbeamte, der in ganz Mitteldeutschland das Wegerecht beherrschen will, muß das verschiedene Gebietsrecht der acht früheren thüringischen Staaten, die verschiedenen Bestimmungen der drei preussischen Provinzen Sachsen, Hannover, Hessen-Kassau und dazu die Wegerechte der Freistaaten Sachsen, Braunschweig und Anhalt kennen. Es gibt niemanden, der diese Aufgabe bewältigt.

Für den Bezirk der Provinz Sachsen wurden 146 Begleitstraßen als Durchgangsstraßen bestimmt. 80 davon sind mehrstetig.

In Thüringen gibt es eine 8 Kilometer lange Begleitstraße, auf der die Landeshoheit vierzehnmals wechselt.

1815 gab es in Mitteldeutschland noch 17, 1866 noch 12, 1920 nur noch 5 Staaten.

alliierten Militärkontrollkommission standen in Paris und in Genf bevor. Darauß nimmt die Stelle der Resolution Bezug, in der von der Notwendigkeit einer beschleunigten Erledigung der deutschen Abrüstungsmaßnahmen und der Aufhebung der Militärkontrollkommission die Rede ist.

Zusammenfassend läßt sich nach dem Vorangegangenen feststellen: Die ideale, grundsätzliche Forderung der Sozialisten Belgiens, Deutschlands, Englands und Frankreichs ist bereits im Februar 1922 auf der Frankfurter Konferenz erhoben worden und lautete schon damals: Schluß mit der militärischen Besetzung! Diese ideale Forderung ist in Luxemburg nochmals — unterstrichen worden, doch sind sich die beteiligten Parteien, die seit jeher ihre Aufgabe darin erblickt haben, die Wiederherstellung normaler Friedenszustände durch realpolitische Vorschläge und Forderungen zu erleichtern, darüber klar gewesen, daß praktisch bestimmte Anregungen hinsichtlich des Abrüstungs- und Sicherheitsproblems im Zusammenhang mit der Räumungsforderung ausgearbeitet werden müßten. Die deutsche ebenso wie die französische Sozialdemokratie sind sich bewußt gewesen, daß bei dem gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnis in beiden Ländern eine völlig bedingungslose vorzeitige Räumung nicht zu erzielen war. Aber es muß nach wie vor zwischen ihren praktischen Vorschlägen im Interesse einer schnellen und vollständigen deutsch-französischen Annäherung und ihren grundsätzlichen, idealen außenpolitischen Forderungen unterschieden werden. Die deutsche Sozialdemokratie ist trotz der Presseberichte über die Ausführungen Boncour's, die zu Mißdeutungen Anlaß geben könnten, der festen Ueberzeugung, daß sowohl hinsichtlich der idealen Forderungen, wie auch der praktischen Vorschläge völlige Uebereinstimmung zwischen der Paritätierung der französischen und der deutschen Sozialdemokratie besteht.

lange danach, ob es sich um legale oder illegale Waffen handelte. Im Interesse dieser prächtigen Leute unter den katholischen Geistlichen muß diese Feststellung gegenüber der unehrlichen Darstellung des bayerischen Volksparteiblattes mit aller Deutlichkeit gemacht werden.

Das ist ein interessantes Geständnis! Die Veröffentlichungen der Bergangelegenheit über Waffenlager in bayerischen Kirchen und Klöstern werden damit von zuständiger Stelle bestätigt. Es wird interessant sein, ob die Staatsanwälte, die solche Veröffentlichungen von links her für Landesverrat hielten, auch in dieser Veröffentlichung des „Bölkischen Beobachter“ das Delikt des Landesverrats erblicken werden!

Die Pferdehaare des Wehrministeriums

Militärbureaukraten an der Arbeit.

Beim Studium des neuen Reichshaushaltsplanes ergibt sich, daß das Wehrministerium nicht nur Ausgaben hat, wie man gemeinhin annimmt, sondern es sind auch sogar Einnahmen zu verzeichnen, und zwar waren 900 Mark besonders ausgeführt als Erlös für Pferdehaare. Der neue Haushaltsplan enthält nun folgende Mitteilung: Die bisherige Ziffer 1 der Zweckbestimmung „der Anteil des Reiches an den Erlösen für die beim Verschneiden der Mähnen und Schwänze der Dienstpferde gewonnenen Pferdehaare“ fällt fort. Die Einnahmen sollen den Truppen überlassen werden. Bisher bestand zur Verteilung der 900 M. ein besonders kompliziertes Verfahren, das in der Sprache des Haushaltsplanes folgendermaßen gefaßt wurde: „Von beratigen Einnahmen fließen zwei Drittel der Reichskasse zu, ein Drittel verbleibt der betreffenden Dienststelle zur Vereinnahmung bei den bei Titel 8 in Ziffer 2 bezeichneten Selbstbewirtschaftungslands als Entgelt für die entfallenden Unkosten.“ Und nun soll noch einer kommen und sagen, der Reichswehretat sei kein Musterbild von Klarheit und Genauigkeit!

Kirche und Putschistenwaffen.

Ein interessantes völkisches Geständnis.

Der „Bölkische Beobachter“ hat der Bayerischen Volkspartei und ihrer Presse bloße in die Suppe gespuckt. Zu den Verurteilten, das Waffenlager in der Michaelskirche in München als bedeutungslos und legal hinzustellen, schreibt er:

„Gott sei Dank hat es eine Zeit gegeben, in der nicht nur ein, sondern mehrere Klosterkräfte und kirchliche Würdenträger in Bayern sich in echt vaterländischer Gesinnung bereit erklärten, die Waffen der Bayerischen Einwohnerversammlung an geeigneten Orten einzulagern, um sie der Schußfeld und dem Betrug der Heilerheiler und Agenten der feindlichen Militärkontrollkommission zu entziehen. U. S. fragten sie dabei nicht

Spaltung in der KPD.

Der Unterbezirk Suhl in offener Rebellion.

Eine Versammlung der Mitglieder der Ortsgruppe Suhl der KPD. hat beschlossen, den Ausschluß von sechs Mitgliedern der Unterbezirksleitung Suhl nicht anzuerkennen. Die Ausschließungen werden nach wie vor als ordnungsmäßige Unterbezirksleitung betrachtet und über ihre Funktionen weiter aus. Zugleich ist der ursprüngliche Führer der Opposition in Suhl, Guido Henm, aufgefordert worden, sein Landtagsmandat nicht niederzulegen.

Zur Ortsgruppe Suhl stehen die übrigen 12 Ortsgruppen im Sülzer Bezirk und im Bezirk Hildburghausen. Diese Beschlüsse bedeuten die offene Spaltung, da die Zentrale der KPD. schwerlich vor Suhl kapitulieren wird.

Einigung auf dem Pariser Parteitag.

Hauptziel: Die Reaktion muß besiegt werden!

Paris, 29. Dezember. (Eigenbericht.)

Um 6 1/2 Uhr abends trat das Plenum des französischen Parteitages wiederum zusammen, um den Bericht der Resolutionskommission entgegenzunehmen. Nachdem es einen außerordentlichen Beitrag von 50 Centimes monatlich für den „Populaire“ genehmigt und der Übertragung der endgültigen Formulierung im Wahlprogramm an eine 22gliedrige Kommission, die nach dem Kongress in Paris zusammentreten wird, zugestimmt hatte, teilte Blum mit, daß die Kommission

in der Frage der Wahlstatut zu einem einheitlichen Beschluß gekommen sei.

Die Einigung ist auf der Grundlage der vom Zentrum der Partei eingebrachten Resolution erfolgt. Es sei gleich gesagt, daß der Kongress dieselbe Einstimmigkeit gezeigt und den von Blum vertretenen Antrag ebenfalls einstimmig zum Beschluß erhoben hat.

Die französischen Sozialisten werden daher in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten nach Möglichkeit aufstellen, während sie in der Stichwahl die Anstrengungen darauf richten werden, den reaktionären Gegenkandidat zu schlagen.

Die lokalen Bezirksverbände werden darüber entscheiden, welcher Kandidat ohne Rücksicht auf seine Parteizugehörigkeit die Unterstützung der Sozialisten zu diesem entscheidenden Zweck erhalten soll. Die Kommission hat die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Rechten und Linken nicht durch eine starre und im Augenblick unkluge Regel lösen wollen und hat den Ortsverbänden Handlungsfreiheit gegeben. Im übrigen hat sie — so erklärte Blum — die frechen Forderungen der Kommunisten zurückzuweisen für unnötig erachtet, es sei aber nicht klar, daß sein sozialistischer Kandidat eine „Antibolschewistische Konzentration“, den „Nationalen Block“ von gestern, die „Rationale Union“ von morgen, unterstützen würde.

Compère-Morel schloß den Kongress, indem er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß der Parteitag so vorzügliche und einmütige Arbeit geleistet habe.

Der Kampf in der Kommission.

Paris, 29. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Außerordentliche Kongress der französischen Sozialisten hielt am Donnerstag zunächst keine Voll Sitzung ab. Dafür tagte die am Mittwoch eingesezte Resolutionskommission seit 9 Uhr früh. Die aus 34 Delegierten der verschiedenen Parteizweigungen bestehende Kommission hat ein treues Spiegelbild des Kongresses selbst. Das von Blum geführte Zentrum der Partei hat darin 12 Vertreter, darunter Kautz, Compère Morel, Faure und Longuet. Sie fordern hinsichtlich der Wahlstatut, daß den lokalen Verbänden Handlungsfreiheit für den zweiten Wahlgang gelassen werde. Für die um Braque, Lebas und Jorginski gruppierte Linke mit 10 Delegierten erschien diese Lösung annehmbar, sofern einem Zusammengehen mit den Kommunisten unter gewissen Bedingungen grundsätzlich der Vorzug gegeben würde. In diesem Punkte bestand der größte Gegensatz zu der von Renaudel, Paul Boncour und Grumbach geführten Rechten, die mit 10 Vertretern versuchte, in der Kommission einen den Kommunisten gegenüber prinzipiell ablehnenden Standpunkt durchzusetzen.

Die Diskussion innerhalb der Kommission gestaltete sich außerordentlich lebhaft. Erst am Abend wurde die Einigung erzielt, und so konnte die abschließende Plenarsitzung einberufen werden.

Die Regierungsbildung in Hessen.

Verhandlungen mit Zentrum und Volkspartei.

Darmstadt, 29. Dezember. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Hessischen Landtags beschäftigte sich am Donnerstag mit der Frage der Regierungsbildung. Sie nahm vor allem von den Mitteilungen des Zentrums Kenntnis, dessen Bundesausschuß der Landtagsfraktion am Mittwoch hinsichtlich der Regierungsbildung größere Bewegungsfreiheit gegeben hat. Die Zentrumsfraktion hat sich bereit erklärt, auf die Mindestforderungen der Sozialdemokratie einzugehen. Verhandlungen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum haben am Donnerstag jedoch noch nicht stattgefunden.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, an der auch eine Vertretung des sozialdemokratischen Bundesausschusses teilnahm, wurde eine Entscheidung darüber, ob mit der Deutschen Volkspartei oder mit dem Zentrum weiter verhandelt werden soll, nicht getroffen. Da noch einige Fragen sowohl mit dem Zentrum als auch mit der Deutschen Volkspartei zu klären sind, wurde der Fraktionsvorstand beauftragt, die Verhandlungen in der bisherigen Weise fortzusetzen. Erst dann wird die Fraktion ihre weiteren Entscheidungen treffen.

Bremen nach den Wahlen.

Verfeinerung von Senat und Bürgerschaft. — Weimarer Koalition?

Bremen, 29. Dezember. (Eigenbericht.)

Die alte Bremer Bürgerschaft tritt am Freitag zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Der Senat hat ihr zwar noch die Vorlage über die Verwaltungsreform zugehen lassen, aber die Vorlage wird erst von der neuen Bürgerschaft, die Anfang Januar zusammentritt, durch beraten und verabschiedet werden. Die Vorlage sieht eine Verminderung der Zahl der Senatoren von 14 auf 10 und der Bürgerchaftsmitglieder von 120 auf 80 vor.

Die Frage, wie der neue Senat zusammengesetzt werden soll, ist vorläufig noch nicht geklärt. Sicher ist nur, daß der gegenwärtige Senat aus der Wahlbederlage die Konsequenzen zu ziehen hat und abtritt. Voraussichtlich wird die sozialdemokratische Fraktion sofort nach Neuwahl die Verhandlungen über die Neubildung des Senats aufnehmen und zunächst an die Demokraten zwecks Bildung der Weimarer Koalition herantreten. Eine solche Koalition würde in der neuen Bürgerschaft über eine sichere Mehrheit verfügen. Der Anteil, aber wenig einflußreiche Flügel der Bremer Demokraten ist unbedingt für die Bildung einer rein republikanischen Regierung. Die Mehrheit der demokratischen Fraktion dürfte dagegen die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung fordern.

Gegen die Entziehung der Freifahrten für die polnischen Parlamentarier, die mit der Auflösung des Parlaments erfolgte, hat das Senatspräsidium die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts angerufen.

Reichswehr-Erfolg.



„Sie vom Reichsbanner können wir nach den neuen Richtlinien nicht einstellen, denn sie gehören einer republikanischen, also umstürzlerischen Organisation an. Der Herr vom Hitler-Stoßtrupp dagegen wird eingestellt, denn dabei handelt es sich um eine rein nationale, also unpolitische Verbindung.“

Die Arbeiterbank als Machtfaktor.

Schrittmacher der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben.

Die Konferenz der Gewerkschaftsangehörigen und Funktionäre von Berlin und der Provinz Brandenburg setzte gestern ihre Beratungen über den Ausbau und den Wirkungsbereich der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen fort. In glänzenden Darlegungen sprach der Genosse Bern Meyer über die Entwicklung der Arbeiterbank. Der Gedanke, eine Arbeiterbank zu errichten, ist schon vor dem Kriege erwogen worden, aber erst im März 1923 wurde die „Deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft m. b. H.“ mit einem Kapital von 90 Millionen Papiermark oder 18000 Goldmark errichtet. Gründer waren der I.D.B. und der A.F.V.-Bund.

Der Erfolg des ersten Geschäftsjahres war derartig günstig, daß die Kapitalverwertungsgesellschaft sich rasch das Vertrauen der Gewerkschaftsverbände erwarb. Am 1. Oktober 1924 wurde dann endgültig die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in ihrer heutigen Gestalt als Aktiengesellschaft errichtet. Mit dem Vermögen der Gewerkschaften wuchs auch die Arbeiterbank. Nichts kennzeichneter so sehr die Entwicklung dieser jungen und erfolgversprechenden Unternehmungen als die rasche Steigerung der Einlagen, die der Bank zur Verwertung überwiesen wurden.

Die Einlagen stiegen

vom 31. Dezember 1923	mit	200 000 M.
zum 31. Dezember 1924	auf	9,4 Mill. . .
zu Ende 1925	„	21,2 „ . .
zu Ende 1926	„	36 0 „ . .
zu Ende 1927	rd.	80,0 „ . .

Gesamtlung und günstige Verwertung im Interesse der Arbeiterschaft ist die Aufgabe der Arbeiterbank. Die Arbeiterbank erhält das Geld der Gewerkschaften, der verschiedensten Vereinigungen der Arbeiterschaft, der Sozialversicherungsanstalten usw. Es hat sich immer mehr als eine Notwendigkeit erwiesen, Gelder anderer Institute der Bank zuzuführen, damit die Gewerkschaftsgelder in höchstem Ausmaß sofort verfügbar gehalten werden können.

Sehr erfreulich entwickelt sich die Sparkasse der Bank.

Trotz des Wachstums der Sparkasse der Arbeiterbank haben sich aber auch die Spargelder der Konsumgenossenschaften vermehrt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist ein freundschaftliches Nebeneinanderarbeiten der Bank mit den Konsumgenossenschaften durchaus möglich. Es ist zu

erwarten, daß sich daraus später ein fruchtbringendes Miteinanderarbeiten ergibt.

Was macht die Arbeiterbank mit ihrem Gelde?

Arbeitergeld muß in erster Linie im Interesse der Arbeiter verwandt werden. Die Bank ist jedoch abhängig von der kapitalistischen Umwelt, sie kann nicht gegen deren Wirtschaftsmethoden und Wirtschaftsregeln verstoßen. Trotzdem wirkt sie für die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen im höchsten Maße. Sie muß eine hohe Zahlungsbereitschaft aufweisen. Dies ist der Sicherheitswall, hinter dem geschützt sie ihre Geschäfte machen kann. Sie muß natürlich auch verdienen, damit sie auf der anderen Seite desto besser wirken kann.

Die Gelder der Bank gehen an die Konsumvereine, an die verschiedensten gemeinnützigen Organisationen des Bayreusens und an andere Stellen, wo sie gebraucht werden. Tausende Wohnungen sind gebaut worden dadurch, daß die Arbeiterbank Kredit zu geben vermochte. Ein weiteres Gebiet ist der Kommunalkredit. Viele Gemeinden haben von der Arbeiterbank kurzfristige Kredite erhalten. Nicht zu Kriegerdankmalen oder ähnlichem, sondern für produktive Wirtschaftsbetriebe der Städte und den Kleinwohnungsbau.

Die Arbeiterbank ist ferner bestrebt, den Zulagenbedarf der hinter ihr stehenden Organisationen durch Beschaffung mündelsicherer Papiere zu befriedigen. Die Hypothekenbanken werden ihre Papiere bei der Bank nur abgeben können, wenn zugleich die Sicherheit und Gewähr gegeben ist, daß den uns nahestehenden Instituten (Demog usw.) langfristiger Kredit gegeben wird.

Die Lindcar-Fahrradwerke.

Genosse Meyer erläuterte ferner, wie die Arbeiterbank dazu kam, die Lindcar-Fahrradwerke für die Gewerkschaften zu erwerben. Dies ist ein Produktionsgebiet für den Massenbedarf, das für die Zukunft erfolgversprechend ist. Die Entwicklung der Lindcar-Werke ist in den letzten Jahren sehr befriedigend gewesen, die Umsätze haben sich von Jahr zu Jahr wesentlich erhöht; dies ist insbesondere auf die gute Qualität und die günstigen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen zurückzuführen. Deshalb ist es Aufgabe der Gewerkschaften, den Produkten der Lindcar-Werke auch weiter in breiterer Weise zum Absatz zu verhelfen. Die Europa ist ein Unternehmen, um die rationelle Bureaubedarfsdeckung der Gewerkschaften herbeizuführen.

Untersuchung gegen Otto Wolf.

Ein Industrieherr wegen Betrug und Bestechung angezeigt.

Bei der Kölner Staatsanwaltschaft sind Anzeigen gegen den rheinischen Großindustriellen Otto Wolf eingelaufen, die ihn des Betrugs und der Bestechung beschuldigen. Die Kölner Staatsanwaltschaft hat auf Grund dieser Anzeigen ein Ermittlungsverfahren gegen Otto Wolf eingeleitet.

Wie vom Otto-Wolf-Konzern dazu mitgeteilt wird, gehen die Anzeigen von dem ehemaligen Protokollisten des Wolf-Konzerns Karl Sieberg und dem Rechtsanwalt Dr. Tenhaeff aus. Sieberg ist ein Bruder der ehemaligen Frau Otto Wolfs. Die Ehe wurde vor Jahren unter beiderseitiger Zustimmung geschieden. Nach seinem Austritt aus dem Wolf-Konzern eröffnete Sieberg einen heftigen Kampf gegen Otto Wolf; insbesondere hat Dr. Tenhaeff in den Generalversammlungen der zum Wolf-Konzern gehörigen Gesellschaften als unentwegter Opponent gegen die Verwaltung aufgetreten.

Inwieweit diese Beschuldigungen zutreffen, muß die Untersuchung der Staatsanwaltschaft ergeben.

Arbeitszeit- und Lohnschiebspruch.

Für die sächsische Hüttenindustrie.

Dresden, 29. Dezember.

Zur Beilegung der Differenzen wegen Arbeitszeit und Lohnregelung in der sächsischen Hüttenindustrie hat die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten, Ministerialrats Haack, heute abend nach zweitägigen Verhandlungen zwei Schiedsprüche gefällt, die im wesentlichen die gleichen

Bestimmungen treffen wie die für die rheinisch-westfälische Eisenindustrie.

Die Arbeitszeitregelung gilt ab 1. Januar 1928 und befristet mit monatlicher Kündigung, die das erstmalig für den 31. Dezember 1928 ausgesprochen werden kann. Diejenigen Betriebe oder Betriebsabteilungen, für welche vom Reichsarbeitsminister Dispens erteilt wird, behalten die gegenwärtige Arbeitszeit längstens bis zum Ablauf dieser Frist; von da ab tritt die vorstehende Regelung in Kraft.

Mit Eintritt der Arbeitszeitregelung wird von den Hüttenwerken ein Teillausgleich für den eingetretenen Lohnausfall gewährt, der für Lohnarbeiter 50 Proz. und für Akkord- und Prämienarbeiter 60 Proz. des Ausfalles beträgt. Die Erklärungsschrift für beide Schiedsprüche (betreffend Arbeitszeit und betreffend Lohnausgleich) läuft bis 2. Januar 1928 12 Uhr nachts.

Beurlaubung von Büchern. Vom Stuttgarter Amtsgericht sind zwei Bücher des Berliner Stadtrates und Leiters der Sexualberatungsstelle am Institut für Sexualwissenschaft, Dr. Max Hübner, beschlagnahmt worden.

Briand nimmt keine Orden. Geheime des italienischen Nationalerleides wurde Briand die erste Klasse des italienischen Ordens der Drei Sterne verliehen. Die französische Verfassung erlaubt die Annahme fremder Orden. Briand nimmt aber grundsätzlich keine an. Deshalb mußte das Ordenskapitel möglich die Verleihung „als nicht geschehen“ erklären.

Gegen Ehrengerichte für Tierärzte hat die „Berzliche Seession“ (schwarze Protest) eingereicht, der sich gegen das dem Preussischen Landtag ausenblicklich vorliegende Ehrengerichtesgesetz für Tierärzte wendet. Die Befragung vieler einflußreicher Tierärzte habe die fast einstimmige Ablehnung dieses Gesetzes ergeben.

Gewerkschaften / Gemeinwirtschaft

Schluß der Funktionärkonferenz.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen gab der Genosse Kurt Riebergall ein Bild von der Verlagsgesellschaft des DGB. Er schätzte u. a. die Wichtigkeit der Einrichtung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung als juristische Person für wirtschaftsrechtliche Aufgabenbereiche der Gewerkschaften und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er ging dann weiter auf die Entwicklung der Gesellschaft seit der Gründung im Jahre 1921 ein und bewies an Hand von Zahlen die Notwendigkeit der zentralen Zusammenfassung der in Gewerkschaftstreffen erforderlichen Liturgien. Die inzwischen erfolgte Ausdehnung der Gesellschaft zeigt am besten, daß die Einrichtung eines solchen Instituts den Bedürfnissen der Gewerkschaftsbewegung entspricht.

Drehler von der Bäderglide Gutenberg nahm die Gelegenheit wahr, in der Diskussion auf die geistige Bildung der Arbeiterschaft hinzuweisen. In Millionen Exemplaren geben die Organisationen der bürgerlichen Bänderverbände Exemplare der mehr oder weniger minderwertigen Literatur heraus. Dadurch wird nach Schlußes Worten dem Volke der geistige Tod täglich durch tausend Köpfe freudig. Die „Bäderglide Gutenberg“ und der „Büchereis“ versuchen mit gutem Erfolg, diesen Bestrebungen entgegenzuwirken. Es ist notwendig, diese Organisationen zu unterstützen.

Der Präsident des Landesamts Brandenburg

Genosse Brühl, nahm dann die Gelegenheit wahr, sich den Gewerkschaftsfunktionären der Provinz und der Stadt Berlin vorzustellen. Auf den giftigen Angriff der „Roten Fahne“ kurz eingehend, erklärte Genosse Brühl, daß er sich zu diesem Posten nicht gedrängt habe und sich nur zur Übernahme bereit erklärt habe, wenn er das Vertrauen der Arbeitnehmer besitze. Selbstverständlich sei jedoch, daß ein solches Amt nur unparteiisch geführt werden kann. Nebenbei könne darauf hingewiesen werden, daß bezüglich des Gehalts keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung eintritt. Ueber all dies Klarheit zu schaffen, hielt Kollege Brühl zur Steuer der Wahrheit für notwendig.

An diese Ausführungen anknüpfend, erklärte der Verammlungsleiter Bollmerhaus, daß er sich freue, den Kollegen Brühl im Rahmen der Verammlungen begrüßen zu können. Er dankte ihm für seine Ausführungen, wobei er ausdrücklich betonte, daß die Gewerkschaften von dem Kollegen Brühl in dem Amt, das er jetzt antritt, keine partielle Handhabung verlangen, sondern nur das nötige soziale Verständnis für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, das bei der ganzen Vergangenheit des neuen Präsidenten vorausgesetzt werden darf.

Wichtige Vorgänge in der Sozialpolitik

berührte Bollmerhaus in seinen weiteren Ausführungen, in denen er zunächst auf die Verhandlungen einging, die in der letzten Zeit bezüglich der Abgrenzung der Landesamtsämter und insbesondere der Arbeitsämter gepflogen worden sind. Dabei erläuterte er den Plan über die Abgrenzung, wie ihn der Vorstand des Arbeitsamtsauschusses des Landesamts Brandenburg vorlegt. Danach werden die vorhandenen 83 Arbeitsämter auf 25 herabgemindert.

In der darauf folgenden Diskussion wurden einige Wünsche bezüglich der Abgrenzung vorgetragen, die Bollmerhaus nach besten Kräften zu berücksichtigen versprach. Er behandelte dann in kurzen Ausführungen die Verordnung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Wartezeit für Arbeitslose vom 2. Dezember 1927 und teilte ferner mit, daß das Landesamtsamt Berlin den Befehl erteilt habe, die Wartezeit für diejenigen, die unter diese Verordnung fallen, insgesamt auf sieben Tage festzusetzen. Er werde auch im Landesamtsamt Brandenburg für diese Regelung eintreten. Der Redner

teilte weiter mit, daß der Reichsarbeitsminister in den letzten Tagen eine Verordnung ergehen ließ, wonach die von ihm feinerseit festgesetzte Wartezeit von drei Tagen, die bis zum 31. März 1928 in Kraft bleiben sollte, zurückgezogen ist. Damit ist jetzt die im Gesetz vorgesehene Wartezeit von sieben Tagen maßgebend. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurde diese Maßnahme verurteilt und einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am 28. und 29. Dezember 1927 in Berlin versammelten Funktionäre und Angestellten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Berlin, der Provinz Brandenburg und Grenzmark erwarten vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die schleunigste Abänderung der „Verordnung über Wartezeit für Arbeitslose vom 2. Dezember 1927“, weil diese Verordnung im Artikel 2 einer ungerechten Behandlung großer Teile von Arbeitslosen, besonders im Baugewerbe, durch die einzelnen Landesamtsamtsämter für und Tor öffnet. Es ist zu befürchten, daß in jedem Verwaltungsaussschuss eines Landesamtsamts die Verordnung anders ausgelegt wird.“

Des weiteren erhebt die Konferenz den schärfsten Protest gegen die neueste Verordnung des Reichsarbeitsministers, die unter Aushebung der vom Verwaltungsrat angeordneten Wartezeit von 3 Tagen bis 31. März 1928 nunmehr eine solche von 7 Tagen vorsieht. Eine derartige unsoziale Maßnahme in einer Zeit, in der eine äußerst unangünstige Arbeitsmarktlage besteht und die meisten Arbeitslosen sich von früherer langandauernder Arbeitslosigkeit nicht wieder erholen können, muß auf die Arbeiterklasse verhängnisvoll wirken.“

Nach einigen Angaben über die Ausschuswahlten zu den Krankenkassen teilte Bollmerhaus mit, daß diese für den Bezirk geradezu glänzend verlaufen seien. Er spricht die Erwartung aus, daß nunmehr auch in den Landkrankenkassen ein neuer Geist einziehe.

Die Verammlung sprach nach den Ausführungen eines Delegierten den Wunsch aus, daß die bei der nächsten Wahl freiwerdenden Mandate des Bezirks, des Reichsparlaments und des Landtags von Gewerkschaftern und Spezialisten der Sozialpolitik besetzt werden. Der Bezirksausschuss erhält den Auftrag, in diesem Sinne bei den maßgebenden Stellen zu wirken.

Nachdem noch einige Bemerkungen über die gewerkschaftliche Jugendbewegung gemacht wurden, zog Kollege Bollmerhaus zum Schluß das Resümee aus der gesamten Tagung und stellte dabei fest, daß selten eine Konferenz in so vollständiger Uebereinstimmung gearbeitet habe wie diese. Ohne Parteiuerschied versprochen alle Teilnehmer, sich für die Förderung des Gewerkschaftsgedankens der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in der Zukunft einzusetzen.

Umbau der Technischen Nothilfe? Warum nicht Abbau?

Die Technische Nothilfe soll nach einer Ankündigung der Reichsregierung umgebaut werden. Man will den Begriff „Technische Nothilfe“ einschränken und die Technische Nothilfe nur in Tätigkeit treten lassen, wenn eine augenscheinliche Gefahr für die Allgemeinheit vorliegt.

Warum nicht gleich Abbau der Technischen Nothilfe? Sie ist längst vollkommen überflüssig, da die Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen selbst dafür sorgen, daß lebensnotwendige Dinge wie z. B. Licht- und Wasserversorgung nicht leiden. Das Geld, das für die Technische Nothilfe aufgewandt wird, ist zum Fenster hinausgeworfen. Der Hinweis der Reichsregierung auf die Arbeiten der Leno bei den verschiedenen Katastrophen der letzten Jahre ist nicht stichhaltig. Auch ohne die Technische Nothilfe gibt es bei Katastrophen, wie Ueberschwemmungen, Feuersbrünste und dergleichen genug hilfsbereite Kräfte. Das Lied vom braven Mann ist älter als die Technische Nothilfe.

Vor dem Streit in der Hochseefischerei. Stilllegung der deutschen Fischervergung.

Bremerhaven, 29. Dezember. (Eigenbericht.)

Wie uns mitgeteilt wird, hat das im Zentralverband der Maschinisten und Heizer organisierte Maschinistenpersonal der deutschen Hochseefischerei einen Schiedsspruch abgelehnt, der die Forderungen der Maschinisten und Heizer auf Abbau des Prozentsystems unberücksichtigt läßt.

Das Maschinistenpersonal erhielt bis zum Jahre 1916 feste Heuern. Anfang 1917 wurde infolge der Minengefährdung das Prozentssystem eingeführt. Durch das Prozentssystem wurden die Heuern für das Maschinistenpersonal künstlich niedrig gehalten, so daß im Durchschnitt Löhne erzielt wurden, die bei einer täglichen Arbeitszeit von 12 Stunden unter den schwierigsten Verhältnissen zwischen 35 bis 40 Pf. für Heizer und 60 bis 70 Pf. für Maschinisten pro Stunde liegen.

Da das Maschinistenpersonal an dem Prozentssystem nicht beteiligt ist und daher stets volle Arbeitsleistung zu verrichten hat, auch wenn nichts gefangen wird, fordert es seit dem Jahre 1924 die Abgeltung der Projekte. Diese Forderung wurde auch vom Schlichter anerkannt.

Die Arbeitgeber verhielten sich jedoch trotzdem ablehnend „aus Prinzip“. Sie erkannten an, daß die Forderungen des Maschinistenpersonals wirtschaftlich tragbar seien, hielten aber dabei trotzdem an ihrer Ablehnung fest unter Hinweis auf das Prinzip.

Da am 31. Dezember die Erklärungsfrist abläuft, hat der Vorstand des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer bereits alle Vorkehrungen getroffen, um die berechtigten Forderungen des Maschinistenpersonals zur gegebenen Zeit durchzusetzen.

Da hier ein wichtiger Zweig der Volksernährung betroffen wird, erscheint es dringend notwendig, daß der Reichsarbeitsminister in diesem Konflikt eingreift. Die „prinzipiellen Gründe“, hinter die sich der Nachwillen einzelner Großhändler verhehlt, können nicht soweit gehen, ein so weitverbreitetes Gewerbe wie die Hochseefischerei, die Zehntausende von Arbeitsträgern beschäftigt, einfach stillzulegen. Die Herren können und müssen dem Maschinistenpersonal Lohn zahlen, anstatt Projekte.

Forderungen der ostoberschleisischen Metallarbeiter.

Königsbütte, 29. Dezember.

Am Mittwoch fand hier ein Kongreß der Betriebsräte der Eisen- und Metallhütten statt, der eine Entschliegung annahm, die unter anderem die sofortige Aufhebung der Verordnung für alle Arbeiterkategorien, die bereits vor dem Kriege acht Stunden gearbeitet haben, und die unangenehme Einführung des Ahtstundentages und für die übrigen Kategorien die Festlegung eines bestimmten Termins, an dem für diese der verkürzte Arbeitstag in Kraft tritt, verlangt. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderungen sollen die Beschäftigten der Eisen- und Metallhütten am 2. Januar die Arbeit niederlegen bzw. in einen 24stündigen Proteststreik eintreten.

Nach einer anderen Meldung gelang es den Gewerkschaftsführern, eine Hinausschiebung des Streikschlusses bis zum 9. Januar zu erwirken, um mit dem Arbeitsministerium in Warschau vorerst noch in Verhandlungen treten zu können und Vorschläge für die Regelung der Arbeitszeit zu unterbreiten.

Neue Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Freitag, 19. Uhr. kann die Gruppenleitung Jugend im Charlottenberg, 28. Bei beginnen die Einzelarbeiten des Jahres vor. — **Berliner Jugendbewegung.** Erste 7 Uhr abends. — **Freizeitbesuch.** — **Besuch.** Gedenkstunde Stadttag Besuch. Freitag, 29. Bei. Wir erziehen über „Welt und Heimat“ — „Erb und Zukunft“. — **Republikstag.** Stadttag Jugendheim Turnier. 29. Freitag. 19 Uhr. — **Berliner Jugendbewegung** in der Zentrale der Schule Bernauer Str. 31.

Verantwortlich für Volltext: Dr. Carl Geuer; Redaktions: G. Ringelstein; Gemeinwirtschaftsbewegung: Dr. Glaser; Verammlungsamt: G. Böhner; Lokales und Sonstiges: Kreisverammlungsamt: B. Glaser; Schriftlich in Berlin. Verlag: Der Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Der Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin. — **Bitte senden** 2 Pf. für eine Postkarte, „Unterhaltung und Wissen“ und „Stadtblätter“.

WERTHEIM

Zum Silvester

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise soweit Vorrat; Fleisch, Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Spiegelkarpfen lebend P. und **1.20 u. 1.30**
Dorsch Pfund 10 Pf. 14 Pf. Spickaale Pfund von 2.45 an
Kabeljau 10 Kops, ganze Fisch, Pfund 18 Pf. Sprotten Kistchen . . . 38 Pf.
Scheifische . . . Pfund 18 Pf. Flundern ger., Pf. 42 Pf. 58 Pf.

Holländ. Käse Pf. **78 Pf.** voll- voll- **1.15**
Steinbuscher voll 92, 1.10 Margarine Pfund 50, 58 Pf.
Tilsiter vollfett, P. d. 95 Pf. 1.10 Kokosfett 1-Pfund-Tablet 55 Pf.
Schweizer voll 98 beirr. 1.45 Schweineschmalz 78 Pf.
Emmentaler voll, ohne Rinde, P. d. 1.30 Molkereibutter . Pfund 1.82
Tilsiter vollf. o. Rinde, Pf. 1.30 Tafelbutter Pfund 1.92 1.98

Frische Ananas Pfund **90 Pf. an**
Musäpfel Pfund 10 u. 18 Pf. Mandarinen . . Pfund 30 Pf.
Tafeläpfel . . . Pfund 20 Pf. Apfelsinen . 40, 55, 95 Pf.
Amoreitenbirnen 25 Pf. Weißkohl . . . Pfund 6 Pf.
Jägeräpfel . . . Pfund 28 Pf. Rot- u. Wirsingkohl . 15 Pf.
Kranzfeigen . . Pfund 28 Pf. Blumenkohl . Kops von 18 Pf.

Schinkenpolnische Pfund **1.50**
Landleberwurst Pfund 1.20 Bierwurst . . . Pfund 1.70
Dampfwurst . . . Pfund 1.20 Schinkenspeck . Pfund 1.70
Filetwurst . . . Pfund 1.50 Nußschinken 2 Pfund 1.85
Zerelat u. Salam Pf. 1.70 Gänsebrust mit Knochen 3.60
Leberwurst feine, Pfund 1.70 Lachsschinken . 3.60

Frisches Fleisch
Schweinebauch und Rücken mit Dressage Pfund **75 Pf.**
Schweineschinken u. Kamm, Pf. **85 Pf.**
Kalbskamm Brust u. Rücken Pfund **78 Pf.**
Schmorfleisch und Roastbeef mit Knochen . . . Pfund **90 Pf.**
Hammelvorderfleisch Pfund **88 Pf.**
Kabier, Speer u. Kamm Pfund **95 Pf.**
Lieser Pf. **80 Pf.** Gehacktes Pf. **70 Pf.**

Prima Ochsenfleisch gefroren
Kamm u. Brust Pfund **58 Pf.**
Schmorfleisch mit Knochen . . Pfund **70 Pf.**

Wild u. Geflügel
Hasen gefüllt u. ausgewaschen, Pfund **1.05 1.25**
Gänse gefroren . . . Pfund **68, 85, 95 Pf.**
Brat- u. Fettgänse . . . Pfund **1.20 an**
Fasanenhähne Stück **3.83 4.35**

Malossol-Kaviar russisch **8 u. 10 M**
Italienisch. Salat Pf. 1.30 Oelsardinen portugiesische Heringssalat . . . Pfund 1 M Mandosee 45 Pf. 78 Pf.
Crab Meat Dose 1.25 Brat- u. Bismarckheringe, Heringe in Gelée, **85 Pf.**
Kronenhummel 4.80 9.60 Rollmops 2 Pf. Dose

Gebrannt. Kaffee eigene Rösterei Kops-Pfand, Pf. **2.30**
Haushalt-Misch, Pfund 2.60 Globus-Misch, Pfund 3.80
Sonder-Misch. Pfund 3 M Residenz-Misch, Pfund 4.20
Olympia-Misch, Pfund 3.40 Elite-Mischung Pfund 4.60

Zur Bowle: Johannisbeerwein 1/4 Flasche weiß, kräftig 1 M
Domaine St. Coloma gehaltvoller Rotwein 1.25
1925 Niersteiner süßl. angenehme 1.40
Fruchtschaumwein mit Steuer und Flasche 1.40
Spezial-Cuvée Traubensekt, Flaschengr. mit Steuer und Flasche 4.20
Vom Faß, Preis per Liter: Johannisbeerwein rot, extrafertig 1 M
Tafelrotwein spanischer 1.40
Tarragona Spezial rot, süß 1.50
Douro Portwein feht und kräftig 2.50
Jamaika-Rum-Verschnitt „Spezial“ 40 Vol.-% 4.20
Deutscher Weinbrand 3 Kronen 4.50

Zum Punsch: Jamaica-Rum-Verschnitt * 40 Vol.-% 3.30
dto. Supérieur*** 48 Vol.-% 5.40
Arrak-Verschnitt „Extra“ ** 4 Vol.-% 5.20
Weinbrand-Verschn. 2.85
Klosterbrand Deutsch, Weinbr. 3.70
A. Desclaux *** Deutscher Weinbrand, aus Charentewein gebrannt 5 M
Kantorowicz Schümmer- und Burgunderpunsch 1/2 Pf. 3.30 1/4 Pf. 6 M
Nienhaus | Burgunder Düsselbacher | punsch 1/2 Pf. 3.50 1/4 Pf. 6.25
bester Ananas, Arrak- und Rum-Punsch
Schaumweine u. Spirituosen aller bekannter Marken.

Stangenspargel extra stark 1/2 Dose **3.30**
Jg. Brechbohnen 1/2 D. 58 Pf. Erdbeeren 1/2 D. 85 Pf. 1/4 D. 1.55
Junge Erbsen 1/2 Dose 72 Pf. Schattenmorellen 1/2 Dose 1.35
Junge Erbsen fein 1/2 Dose 1.30 Birnen halbe Frucht, 1/4 D. 95 Pf.
Ananas Hawal 1/2 Dose 1.20 Johannisbeer-Konfitüre 2 Pf. Glas

Am Silvester
Pfannkuchen
mit verschiedenen Füllungen, Duzend **1 M 1.60 2.20**

Abt. Frische Blumen nur Leipziger Straße
Neujahrs-Spenden

Tierschutz und Tierrecht.

Ein ungenügendes Strafgesetz.

Es bedrückt äußerst peinlich, daß das deutsche Strafgesetz in einem wichtigen Punkt schmächtig versagt: seine Bestimmungen über die Tierquälerei und den Tierschutz sind völlig unzulänglich. Das Glück will es nun, daß wir vor einer Strafgesetzsreform stehen. Der „Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzes“ ist, nachdem er den Reichsrat passiert, dem Reichstag vorgelegt worden. Der Strafgesetzschausschuß des letzteren beschäftigt sich gegenwärtig mit der Beratung des Entwurfs. Noch besteht also die Möglichkeit, das große Verbumnis bezüglich der Bestrafung der Tierquälerei gutzumachen. Allerdings: es ist höchste Zeit!

§ 360 Absatz 13 des alten, noch geltenden Strafgesetzes bestrafte die schändlichste Tierquälerei als „Uebertretung“ nur mit höchstens 6 Wochen Haft (kein Gefängnis) oder mit einer Geldstrafe bis zu 150 Mark. Und das nur unter der Voraussetzung, daß die Tierquälerei eine „öffentliche“ oder „Nergernis erregende“ ist. Nicht weniger Strafe erhält nach diesem Gesetz z. B. derjenige, der auf der Straße „unbefugt mit einer Uniform“ herumläuft. Vor dem Gesetz wiegt also diese „Uebertretung“ nicht schwerer als jene. Es wirkt ein trübes Licht auf unseren „Kulturstaat“. Der neue Strafgesetzentwurf zeigt gegenüber dem alten keine wesentliche Verbesserung. Sein § 366 stellt für Tierquälerei eine Höchststrafe von 6 Monaten Gefängnis vor. Auf das Moment der Erregung eines „Nergernisses“ und der „Öffentlichkeit“ verzichtet er zwar, verlangt aber, daß die Tierquälerei eine „absichtliche“ sein müsse oder sich als „rohe Mißhandlung“ darstelle. Das ist eine Klausel, die die Rechtsfindung sehr erschwert und die — falls der Entwurf in dieser Fassung Gesetz wird — zur unausbleiblichen Folge hat, daß die meisten Tierquälereien nach wie vor ungesühnt bleiben. Die Unbrauchbarkeit dieses Paragraphen wird durch die Tatsache erhöht, daß er keine Bestimmungen enthält, die rücksichtigen Tierquälern das Recht zur Uebertretung entzieht. Noch schlimmer aber ist, daß der neue Gesetzentwurf, der die Erlassung von Vorschriften für den Tierschutz (§ 412) dem Ermessen der Verwaltungsbehörden der Länder überläßt, Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften nicht zu den „Vergehen“, sondern lediglich zu den „Uebertretungen“ rechnet, die nur mit einer Geldstrafe geahndet werden können. Der Reichsrat hat das so gemollt. Des weiteren sieht der Entwurf den Tatbestand der Tierquälerei als nicht gegeben an „bei einer Behandlung des Tieres, die nur aus wissenschaftlichen und religiösen Beweggründen geschieht“. Damit ist der Volksektion (der Operation am lebenden Tier), deren Brausamkeit feststeht, deren Nutzen aber selbst von medizinischen Kapazitäten mit guten Argumenten bestritten wird, ein erneuter Freibrief ausgestellt. Das Gesetz steht mit seiner ganzen Macht hinter der Bisektion, eine der größten Abscheulichkeiten unseres Jahrhunderts. Vor uns liegt also der Entwurf eines Strafgesetzes, das ebenso wie das alte für einen wirklichen Tierschutz unbrauchbar ist.

Tierquälereien und praktischer Tierschutz.

Die Zahl der Tierquälereien ist nicht gering, wenn auch die Öffentlichkeit durch die Presse nur über die krassen Fälle unterrichtet wird. Und fast immer werden — eben auf Grund des geltenden Strafgesetzes — die Tierquälerei freigesprochen oder nur zu lächerlich geringen Geldstrafen verurteilt. Ein Beispiel, der jüngsten Zeit entnommen, soll das illustrieren. Ein Ausseller schickt auf eine öffentliche Geflügelausstellung Hähne. Er hatte den armen Tieren Nadeln in die Schwanzfedern gesteckt, um sie zu nötigen, aus Schmerz die Schwanzfedern unnatürlich hoch zu tragen. Das wird später entdeckt, aber das Oberlandesgericht verneint, daß eine öffentliche Tierquälerei vorgelegen habe. Zwar seien die Tiere öffentlich ausgestellt gewesen, aber das Publikum habe ja nichts davon gemerkt,

daß sie durch Nadeln gepeinigt waren! Diese Begehung, die typisch für die kapitalistische Welt ist, in der das Profitinteresse eine alles überragende Rolle spielt, sieht das Tier als eine bloße „Sache“ an, mit der ein jeder machen kann, was er will — vorausgesetzt, daß er dabei seinen Nachbarn nicht stört. Nach dem Entwurf, der dem Reichstag vorliegt, soll eine Tierquälerei nur dann strafbar sein, wenn sie eine „absichtliche“ war. Was werden da für Urteile herauskommen???

Der praktische Tierschutz.

Das Gebiet des praktischen Tierschutzes ist groß und fast unübersehbar; eine ausführliche Darstellung würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Den Großstädter interessieren vor allem die Tiere, mit denen er täglich in Berührung kommt: Pferde, Hunde, Katzen und Vögel. Zwei Organisationen, die auf dem Gebiete des Tierschutzes eine besonders fruchtbare Tätigkeit entwickeln, sind die „Pferdeschutzvereinigung über ganz Deutschland“ und der „Verband deutscher Fahrschulen“. Diese sind bemüht, Fahrschulen zu schaffen, in denen die Kutscher für ihren Beruf eine sachgemäße Ausbildung erhalten. Vor dem Kriege gab es eine Fahrschule in Berlin, gegenwärtig besteht eine in Trier. Die Bemühungen gehen dahin, daß der Beruf des Kutschers aus der Reihe der „ungelernten“ herausgehoben wird — ein Ziel, das sich auch der „Deutsche Verkehrsband“ zu eigen gemacht hat. Daß die Zahl der Pferde trotz der ungeheuren Zunahme der Automobile und Traktoren sich nicht verringert hat, beweist eine Angabe des Preussischen Statistischen Landesamtes, dessen Zählung im ganzen Reich am 1. Dezember 1926 3 868 623 Pferde ergab; am 1. Dezember 1913 wurden 3 806 705 Pferde gezählt. — Hunde und Katzen spielen in der Großstadt eine nicht minder wichtige Rolle. Wenn die zuseht genannten Tiere sich oft fälschlich bemerkbar machen (durch Berührung mit den Füßen und Barm), so ist die Schuld den Tierhaltern zu geben, die zur Erziehung eines Tieres unfähig sind. Die Zahl der Tierschutzvereine ist im Reich eine verhältnismäßig geringe. Vor dem Kriege gab es über 400 Tierschutzvereine. Die Hälfte dieser Vereine haben ihre Tätigkeit eingestellt, so daß im Jahre 1925 nur 234 Tierschutzvereine gezählt wurden. In Berlin gibt es etwa 7 Tierschutzvereine, von denen die „Pferdeschutzvereinigung über ganz Deutschland“ und die „Deutsche Gesellschaft für Tierrecht“ (Begründer und Vorsitzender der der Arbeiterkammer aus politischen Gründen bekannte Justizrat Viktor Fränkl) eine besonders fruchtbare Arbeit leisten. Wenn auch die Wirkungsmöglichkeit der Tierschutzvereine, denen ja über ihre Mitgliedschaften hinaus ungezählte Helfer zuzurechnen sind, nicht unterschätzt werden darf, so ist es doch einleuchtend, daß ihre ganze Arbeit eine Kraftvergeudung bedeutet, wenn nicht auch der Staat mit einem ausreichenden Strafgesetz das Tier schützt.

Seine tiefste Wurzel hat der Tierschutz in der Erkenntnis von der Lebens- und Denkfähigkeit des Tieres; die letztere ist von der des Menschen nur graduell verschieden. Der Mensch, der das Tier wehrlos und seinen Zwecken gefügig gemacht hat, darf es nicht mißbrauchen, d. h., er darf nichts tun, was das Tier quält. So wird der Tierschutz zum Tierrecht. Es handelt sich nie und nimmer um einen von Sentimentalität durchtränkten Tierschutz, sondern um eine Ethik, die Menschenschutz und Tierschutz als unzertrennliche Bestandteile betrachtet. Das ist, so vermerken wir es manchen auf den ersten Blick erscheinen mag, die Ethik des Klassenkampfes. Es gilt eine Welt zu befreien — und zu dieser Welt gehört auch das gequälte und mißhandelte Tier!

gibt und keine Privatunternehmungen. Auf einem nationalisierten Baufeld kann man nicht weit kommen. Ob man will oder nicht, man muß sich an die Fremden wenden.“

Ingenieur Kleist hörte kalt und ernst zu, rauchte seine Zigarette, ließ sich in keine Diskussion ein, sondern sagte kurz und mit Nachdruck: „Ich bin nicht hergekommen, um hier Fragen der politischen Ökonomie und des allgemeinen Staats- und Wirtschaftssystems Russlands zu lösen. Ich habe eine bescheidene Aufgabe: bei der Fabrikleitung die Ausführung des Produktionsplanes für die allernächste Zeit zu fordern. Die Renovierungsarbeiten sind durch Schuld der Fabrikleitung unterbrochen worden.“

Die Spezialisten sahen ihre Hände an und versteckten ihr Köpfchen hinter einer höflichen Zuorkommenheit Ingenieur Kleist gegenüber.

„Die Fabrikleitung kann nichts dafür, German Germanowitsch: sie bekommt ihre Instruktionen vom Volkswirtschaftsrat. Wenden Sie sich direkt an diese Behörde.“

Das waren neue Menschen, die vom Volkswirtschaftsrat geschickt waren. Aber diese Menschen trugen fest und sicher ihre Vergangenheit unter der Hülle der Loyalität in sich. Auch er trug die Vergangenheit in sich, aber sie war fern und tot: die Vergangenheit war im Feuer der Gegenwart verbrannt, und es war nur Asche von ihr zurückgeblieben. Zwischen ihm und diesen Menschen war keine Verständigung möglich. Und er sah, wie ihre Augen unter seinen unerwarteten Worten erloschen und daß in ihrem Köpfchen ein versteckter Spott, Mißtrauen und Feigheit war. Dieser merkwürdige Sonderling ist entweder zu schlau oder er ist in panischer Angst vor den Bolschewiken verrückt geworden.

Ingenieur Kleist ging in den Volkswirtschaftsrat und dort empfing man ihn voll Ehrerbietung und Liebenswürdigkeit, als ob er zu ihnen gehörte, und lächelte ebenso wie in der Fabrikleitung, rätselhaft, vieldeutig, mit goldenen Zähnen und scharfen Anspielungen in den Augen.

Ebenso ernst und kalt trug er kurz und deutlich den Zweck seines Kommens vor, und auch hier hörte er — ebenso wie in der Fabrikleitung — höflich-offizielle Antworten unter dem Schleier eines verständig-spöttischen Köpfchens.

„Ja, die Herausgabe ihres Budgets hat sich verzögert. Wahrscheinlich wird es noch einmal durchstudiert. Wissen Sie wir können nicht gegen das Industriebureau und die Zementzentrale. . . . Vorkünftig fehlen die notwendigen Bedingungen. . . . Der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates ist als umsichtiger und verstehender Mensch (und in den Augen war

Die Zeitschrift „Koks“.

Aus dem Leben eines jugendlichen Entgleisens.

Zu Weihnachten 1926 sollte die Zeitschrift mit einer neuen Zeitschrift beglückt werden, die den ebenso kurzen wie bezeichnenden Titel „Koks“ tragen sollte. Als Kernrunderühigungsmittel für die heutige Welt pries ihr Verleger B. sie an. Aus dem ganzen Projekt aber wurde nichts, und zwar aus folgenden Gründen.

Bei der Inhaberin des Dionisos-Verlages, Frau T., erschien eines Tages mit einer guten Empfehlung ein junger Mensch: er wollte eine Zeitschrift herausgeben. 5000 Mark wäre er bereit, sofort in das Unternehmen hineinzustecken, weitere 7000—10 000 Mark würden folgen. Der Vertrag wurde geschlossen. Frau T. bestellte bei einem Maler das Titelbild, legte auch den Inhalt der Zeitschrift fest, und begab sich zur verabredeten Zeit auf die Bank, um dort die 1500 Mark in Empfang zu nehmen, die zur Herausgabe der ersten Nummer der Zeitschrift erforderlich waren. Herr B. kam aber nicht. Am nächsten Tage fand er plausible Entschuldigungen für sein Nichterscheinen: Das Geld würde er noch im Laufe des Tages bringen. Er nahm auch gleich drei Reagenzglaschen mit — die Inhaberin des Dionisos-Verlages war bereits vor kurzem mit einer Regenmütze betrunken eingestiegen — und schrie nicht wieder. Einige Monate später wurde er verhaftet. Herr B. entpuppte sich als alter Bekannter der Polizei. Sein Lebenslauf verdient, in Kürze erzählt zu werden.

Schon seine Geburt stand unter schlechten Zeichen. Uneheliches Kind einer 17jährigen Mutter, die vor den Prügelein der Eltern davon gelaufen war und bei ihrem Geliebten Zuflucht gefunden hatte, wurde er später als Pflegekind hin und her geschoben. Die Mutter war hysterisch, der Vater Trinker, der Junge wurde Phantast. Als er 12 Jahre alt war, traf ihn die Fürsorglerin beim Beseitigen eines großen Seesackes und bei aufgeschlagener englischer und griechischer Grammatik. Auf seinen Bücherregalen standen verschiedene geographische Bücher. Der Junge sah sich schon als Abenteurer und Weltreisenden. Was Wunder, daß er als Sechzehnjähriger zu den Bolschewikern ging, später in Oberschlesien den Freikorps angehörte und im Jahre 1920 sich in die Fremdenlegion anwerben ließ; er behauptet, verhaftet worden zu sein. Im Jahre 1921 gelang es seinen Eltern, seine Auslieferung durchzusetzen. Dort begann seine kleinen Betätigung, die ihn mehr als einmal vor das Gericht brachte. Er betätigte sich als Journalist, beging Inzestenschwändelein, heiratete auch zwischendurch, um sich gleich hinterher scheiden zu lassen, geriet in schlechte Bekanntschaft, und ließ sich trotz aller Fürsorge, die ihm zuteil wurde, nicht auf der geraden Bahn der bürgerlichen Existenz halten.

Vor dem Schöffengericht Schöneberg erstatte Dr. Leppmann über den Angeklagten, den er bereits seit 1924 kennt, ein ausführliches Gutachten. Auch die Fürsorglerin, die B. seit seinem 12. Jahre betreut, war anwesend. Der junge Mensch, nicht unsympathisch in seinem Auftreten und seiner Art, sich zu geben, schien tief bedrückt. Das Gericht übte Nachsicht. Es verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis. Es war wohl die letzte Gerichtsverhandlung, die der Landgerichtsdirektor Hartung vor seinem Tode zu leiten hatte.

Im Korridor erhängt.

Rätselhafter Selbstmord eines Sechzehnjährigen.

Das furchtbare Kapitel des Freitodes Jugendlicher ist abermals um einen rätselhaften Fall bereichert worden. Als gestern nachmittag die Frau des Drehers B. in ihre im 4. Stockwerk des Hauses Berufstraße 15 gelegene Wohnung zurückkehrte, fand sie zu ihrem Entsetzen in der Ecke des dunklen Korridors ihren sechzehnjährigen Sohn Hermann erhängt auf. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Der junge Mensch war als Graveurlehrling in einem Berliner Betrieb beschäftigt und hat zu irgendwelchen Klagen keinen Anlaß gegeben. Die Eltern stehen gleichfalls vor einem Rätsel und können sich den Bezweifelungsschritt ihres Kindes nicht erklären. Nachforschungen nach irgendwelchen schriftlichen Hinterlassenschaften, die über das Motiv hätten Aufschluß geben können, waren ergebnislos.

ein schändliches Lachen) mit unserem Bericht einverstanden. . . . Hier ist alles überstürzt worden. . . . Was wird die Zementzentrale sagen. . . . Es gibt Gründe, die annehmen lassen, daß das Industriebureau und vor allem die Zementzentrale mit diesem Einfall, das Werk in Betrieb zu setzen, absolut nicht einverstanden sein werden. Wir erwarten autoritative Weisungen.“

Ingenieur Kleist ging nun ohne Techniker und Arbeits-ausscher — allein zwischen den Bergbauern, über die Schienen. Sah lange die verödeten Plätze und Bauarbeiten, die auseinandergenommenen Maschinen, die zurückgebliebenen Schutthäufen der unterbrochenen Arbeit an, dachte nach und schlug düster mit seinem Stock über die Steine, über die Scherben, über das verlassene Material. Und nur einen Menschen traf er während dieser einsam-schweigenden Spaziergänge — das war der Wächter Klyopka, dessen Brauen und Bart wie Zementfäden ausahen.

Obgleich kam schmutzig, den Helm auf den Hinterkopf geschoben, von der Reise zurück, aber mit durchschlugen, wie ausgewaschenen Augen. Er ging nicht nach Hause, sondern direkt ins Werk. Blieb kurze Zeit dort und rannte dann, blieh vor Erregung, blind vor Wut, fluchend und schimpfend zum Bergwerk. Ueberall Leere, Mist, Verwüstung, wie in den ersten Tagen seiner Ankunft von der Armee.

Reuend vor Wut lief er in die Fabrikleitung. Die eleganten Spezialisten, in ihren Smoking und Krawatten, betäubt durch das plötzliche Getöse seines Fluchens und Schreiens, erstarrten überbracht auf ihren Plätzen: wer ging — blieb stehen, wer sah — stand auf, wer schrieb — hob seinen Kopf nicht von dem in der Hand erstarrten Federstiel.

Obgleich tobte schon an der Schwelle vor Wut, und seine Worte kamen aus tiefinnerster Seele.

„Welch Gefindel, sagt es mir nur, hat diese niederträchtige Sache hier fertiggebracht? Ich werde allen die Fresse zer-schlagen für diesen teuflischen Verrat. . . . Wo ist der Direktor? Ich werde sofort all diese Hunde in die Tschelka schlagen — wegen Sabotage und Gegenrevolution. . . . Ihr habt geglaubt — weil ich nicht hier bin — könnt ihr ruhig eure alte Taktik führen? . . . Ihr habt geglaubt, daß ihr ohne mich euer verfluchtes Spiel durchsetzen werdet? . . . Hunde, ich werde euch alle an den Galgen bringen!“

(Fortsetzung folgt.)

Zement.

Roman von Fiodor Gladkow.

Das Werk stand staubig und verwüstet wie in der Vergangenheit. Aber überall fühlte man schon seinen Atem und das erste Beben seiner Maschinen. In der mechanischen Abteilung stöhnten und heulten schon ununterbrochen, Tag und Nacht, die Dieselmotoren.

Und jeden Tag kontrollierte Ingenieure Kleist streng und sachlich alle Arbeiten. Er war ganz weiß gekleidet (Rock, Hose und Hut), und zum ersten Male zeigte sein Gesicht von einem zurückgehaltenen Lächeln, das seine innere Erregung verriet. Ebenso wie früher wimmelten alte Techniker und Arbeitsausscher um ihn herum, und ebenso wie früher gab er ihnen nachlässig und leise seine Befehle, mit dem Kopfe im Takt seiner Worte zuckend. Aber zu den Arbeitern war er schweigend und trocken wie früher und ging an ihnen gleichgültig, fremd und blind vorbei.

Obgleich war für eine Woche verreist und blieb einen ganzen Monat weg. Schon in der zweiten Woche seiner Abwesenheit ging die Arbeit nur mit Unterbrechungen vor sich, und zum Schluß stockte sie vollständig. Die Fabrikleitung hörte auf, die schon bewilligten Pläne zu unterstützen und die materiellen Ansprüche zu befriedigen. Im Volkswirtschaftsrat konnte man nichts mehr erreichen. Immer wieder hieß es — Industriebureau, Zementzentrale, Staatsplan. . . .

In der Fabrikleitung sprachen die eleganten, sauberen Spezialisten offen zu Ingenieur Kleist.

„Lassen Sie, German Germanowitsch, dies Phantazieren. Das Werk kann nicht in Betrieb gesetzt werden, wissen Sie denn das nicht. Wozu braucht man denn eigentlich das Werk? Es ist doch lächerlich, German Germanowitsch. Nehmen wir an: das Werk geht und der Zement ist in die Magazine gelangt. Was dann? Wo sind die Märkte, der Absatz? Die existieren doch nicht. Früher belieferten wir hauptsächlich den ausländischen Markt. Aber jetzt? Bau-tätigkeit? Es wird doch nichts gebaut und kann auch nicht gebaut werden — weil es weder Kapital noch produktive Kräfte gibt. Man hat hier einen Riesenschnee geschlagen, — das muß man zugeben. Aber Kräfte haben Sie keine, Erfahrungen fehlen, Mittel für schöpferische Arbeit gibt es nicht. Und kann es auch nicht geben, weil es kein Privatkapital

Die Mark in Schnee und Eis.

Eine ganze Reihe märkischer Gemeinden haben in diesem Jahre, in der Hoffnung, daß es viel Schnee und Eis geben wird, besondere Vorkehrungen für Wintergäste getroffen. So hat die freie Markte bei einer 1000 Meter langen Kodelbahn und über eine ganze Anzahl von Naturbahnen im bergigen Waldgelände der Umgegend, wo auch für die Ausübung des Skisports ein ideales Gelände vorhanden ist. Die nach Verbandsvorschriften gebaute Skisprungchanze gilt als eine der vollkommensten Anlagen in Norddeutschland. Nach Angaben des deutschen Meisters Dr. Baader, Berlin, können hier bei guter Schneelage Sprünge bis zu 35 Meter ausgeführt werden. Hier soll auch in diesem Winter der dritte märkische Wintersporttag stattfinden. Auch die Umgegend von Bukow in der Märkischen Schweiz stellt ein ideales Skigelände dar. Am Schloßberg unweit der Stadt hat der Magistrat mit dem Verkehrsverein eine Schanze gebaut, die Sprünge bis über 20 Meter gestattet. Am Schwarzen See befindet sich eine 500 Meter lange Kodelbahn, die ein Gefälle von 50 Meter aufweist. Am Vogelberg soll demnächst eine weitere Sprungchanze hergestellt werden. Die Stadt Rheinsberg bietet bei anhaltendem Frostwetter besonders zum Schlittschuhlaufen die beste Gelegenheit. Die angrenzenden Seen sind hierzu sehr geeignet. Außerdem bieten sich auch hier dem Fiskhänger durch den Schloßpark mit dem anschließenden Boderow nach Warentin bis Zechliner Hüte, oder über Neugolbow die schönsten Spaziergänge. Auch die kleineren Gemeinden wie Altenhof haben sich auf den Wintersport eingestellt. Die bergigen Ufer des Werbellinsees gestatten hier jeden Wintersport, und Spaziergänge sind von hier aus wie auch von Joachimsthal aus infolge des außerordentlich starken Wildbestandes in den dortigen Wäldern besonders reizvoll. Biesenthal bietet durch den großen Bufensee eine vorzügliche Gelegenheit zum Eislaufen und auch der Kodelsport wird auf den Wäldern ausgiebig ausgeübt. Der gute Uferweg am Hefsee ermöglicht Spaziergänge bis zu der Berliner städtischen Herrschaft Danko und eine große Anzahl von Waldwegen führt nach anderen, besonders im Winter reizvollen Plätzen.

Das am Scharnhölzsee gelegene Bad Sasow bietet mit Wasser ideale Verhältnisse zur Ausübung jeder Art Eisport, weil infolge der geschützten Lage von Saarpow die nördliche Bucht des Sees sehr schnell zutrifft. Die Abhänge der Rauener Berge, an deren Fuß Sasow liegt, geben ein gutes Skigelände und auch eine Kodelbahn ist dort vorhanden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Storkow, wo die städtische Badeanstalt am See eine 12 Meter lange und 6 Meter tiefe Betsanda aufweist, für die Dampfheizung vorhanden ist, so daß Wintersportler hier einen angenehmen Aufenthalt haben. Leipzig mit seiner wasserreichen Umgebung ist noch besonders zu erwähnen und von den nahe an Berlin gelegenen Orten Erkner mit großen, für den Eislauf besonders geeigneten Wiesen, sowie dem Damerup, und dem Hofensee, an dem auch Woltersdorf liegt, dessen malige Umgebung infolge des hügeligen Geländes für den Skilauf sehr geeignet ist.

Ein fauberes Werwölflin.

Geht mit der Vereinsstaffe durch.

Wenig Vorsicht hatte eine Berliner Ortsgruppe des Werwölflins gezeigt, als sie den kurz vorher auf die Empfehlung eines Kameraden in die Mitgliedschaft aufgenommenen Klavierspieler und Zeichner Willi Fechner, der sich als Ingenieur ausgab, zum Stofferer bestellt hatte, als dieser Posten gerade frei wurde. Innerhalb von sechs Wochen hat Fechner die gesamten Mitgliedsbeiträge von 72 Mark für sich verhaubt. Von mehreren Kameraden hatte er außerdem Fahrräder unter dem Vorgeben, daß er sie für Werwölflinweide brauche, entliehen und sofort zu Geld gemacht. Dann war er verschwunden. Später hat er auch in Kiel und anderen Orten weitere Betrügereien verübt, die nach Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens sind. Nach dem Verschwinden Fechners stellte sich heraus, daß er erst kurz vor seinem Eintritt in den Werwölflin eine 2½jährige Gefängnisstrafe verbüßt hatte und schon oft verurteilt war. Sein eigener Vater, ein Beamter, hatte sich von dem ungeratenen Sohn getrennt. Fechner war vom Amtsgericht zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte sogar wegen seines Vorliebens vier Jahre Zuchthaus beantragt, dennoch hatte Fechner die Strafe zu hoch bekommen und Berufung eingelegt. Die Strafkammer sah sich jedoch keineswegs bewogen, das Strafmaß herabzusetzen, sondern verwarf die Berufung des Angeklagten auf dessen Kosten.

Das Abenteuer im Absteigequartier.

Der Kasergehilfe B. hatte für eine Kaserarbeit 80 M. ausbezahlt erhalten. Mit dem Geld unternahm er eine Bierreise. Er geriet in ein Lokal in der Linienstraße und machte dort die Bekanntschaft einer 23jährigen „Dame“. B. gab eine Stubenloge nach der anderen und hatte in kurzer Zeit etwa 50 M. auf diese Weise verausgabt. In dem Zechsalge beteiligten sich auch drei junge Leute, die am Abendhause saßen, und die zu dem Anhang der neuen Bekanntschaft des Gastes gehörten. Offenbar vermutete das Mädchen bei dem spendierfreudigen Herrn nach sehr viel Geld. Sie wollte ihn zu überreden, mit ihr in ein Hotel zu gehen. Beim Verlassen des Lokals rief sie in auffälliger lauter Weise: „Wir fahren jetzt nach dem Hotel in der Münzstraße.“ Damit wußten ihre Freunde Bescheid, und sie folgten auch alsbald nach. Um ihnen aber Zeit zu lassen, veranlaßte das Mädchen ihren Begleiter, mit ihr noch in der Münzstraße einzufahren. Als B. dann mit ihr den Fluß des Absteigequartiers an der Ecke der Kochstraße betrat, wurde er von den drei Burken überfallen, gewürgt und seines Kassettes in Höhe von 28 M. beraubt. Die Schöne war inzwischen ausgesperrt. Das Kesselgeld, bestehend aus Elisabeth Preusska, die schon wegen eines ähnlichen Abenteuers bestraft worden ist, dem Arbeiter Karl Jenke und dem Bäcker Emil Maruhn, beide ebenfalls verurteilt, hatte sich vor dem Großen Schöffengericht wegen gemeinschaftlichen Raubes zu verantworten. Alle drei Angeklagten wurde zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Paul Diebel im Wintergarten.

Vor einigen Wochen berichteten wir bereits über die außergewöhnliche Fähigkeit des schlesischen Bergmannes Paul Diebel, Blutungen unter völliger Anwesenheit jedes der erstickten Zustände an seinem Körper entstehen zu lassen. Paul Diebel wird nun seine „Kunst“ in den Dienst der Kunst stellen und tritt im Januar n. J. im Wintergarten teilweise im Film, zum Teil persönlich damit vor das Publikum. In einer Sonderdarstellung vor geladenen Gästen führte der jetzige Artist Paul Diebel an der künftigen Stätte seines Wirkens, im Wintergarten, seine interessantesten Experimente vor. Eine Varietenummer im wahren Sinne des Wortes, die mit einer geradezu verblüffenden Schlichtheit auf dem Boden der Wirklichkeit steht. Der Körper und seine Funktionen sind das notwendige Requisit. Nichts Uebernatürliches, nichts wahrnehmbare Pathologisches; die Durchführung einer prompt funktionierenden körperlichen Leistung, über deren eigentlichen Ursprung selbst die Wissenschaft heute noch völlig im unklaren ist. Die an verschiedenen Körperstellen, an den Augen, dem Oberlippen usw. erzeugten Blutungen, zugefügte Verletzungen, die wiederum nicht die geringste Blutspur hinterlassen, führt Paul Diebel bei vollkommen normalem Bewußtsein aus. Er tut sogar noch ein Lebriges, indem er sich während all dieser Prozeduren angeteilt mit seiner ihm scharf kontrollierenden Umgebung unterhält. Er fungiert dann noch als lebende Ziel Scheibe, getroffen mit Federgeschossen aus einer Luftbüchse, als Gehängter, dessen eine Hand am Brustbein angehängt ist usw. Man merkt weder Schmerz noch Ermattung, keinerlei organische Veränderungen, und auch der Pulsschlag — 60 Schläge in der Minute —

kann nicht als stark anormal bezeichnet werden. Für zarte Gemüter dürften diese Produktionen allerdings nichts sein. Immerhin haben sie natürlich vor allem für die medizinische Wissenschaft den idealen, dann aber als Kuriosum für die große Allgemeinheit den materiellen Wert. Wie lange Paul Diebel die absolute Herrschaft über seinen Organismus besitzen wird, kann ihm natürlich niemand garantieren. Hoffentlich mag er die Konjunktur seines jetzigen Berufs, ohne dabei zu vergehen, daß ein gesunder Körper das einzige, ständige Gut des arbeitenden Menschen ist.

Franz Merkowsti

Nach langem Leiden ist unser Genosse Franz Merkowsti im Birchow-Krankenhaus im 75. Lebensjahre gestorben. Sein Name bringt ernste Tage aus der Zeit des Sozialistengesetzes in Erinnerung. Was in den achtziger Jahren unsere Bewegung trotz aller Verfolgungen wieder einen starken Anlauf nahm, gingen Bismarck und sein würdiger Gefährte Gustav Meißner mit neuen Verordnungen zu Leibe, wobei das niederträchtigste Spionen- und Vespionage- und Vespionage eine Rolle spielte. In Berlin war ein Unterstufungsband für die polnisch-verfolgten Polen entstanden, der meist von polnischen Sozialisten gebildet wurde. Zu ihnen gehörte Merkowsti. Ihr zehntes Eintreten für die unglücklichen Verfolgten hatte denn bald auch das Eingreifen von Spionen zur Folge, die geistlich-polizeilich wirkten. In diesem Sinne waren namentlich die Kriminalbeamten Jhring genannt Mahlow, der bald mit großem Eklat entlarvt wurde, und Raporra tätig. Bekannter schloß sich unter der Maske der Freundschaft den polnisch-sozialistischen Kreisen an und zeitliche Prozesse an. In einem solchen Prozeß wurde auch Merkowsti verurteilt. Er gehörte zu den Angeklagten in dem großen Polenprozeß gegen Głowinski und Genossen wegen geheimer Verbindung und ähnlichem und erhielt 2½ Jahre Gefängnis. Durch die bösen Erfahrungen ließ er sich in keiner Weise von seiner politischen Tätigkeit abschrecken, gehörte vielmehr noch wie vor zu den rührigsten Agitatoren in der polnisch-sozialistischen Bewegung, namentlich seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes, und durfte in dieser Eigenschaft als Vorstandsmitglied unserer Polnischen Partei wirken, wurde auch wiederholt zu Varietäten delegiert. Am Ende der neunziger Jahre übernahm er eine Gastwirtschaft in der Wallner-Theater-Straße und später eine in der Andreasstraße, die zu den Hauptversammlungsstellen seiner Landsleute gehörten. Jetzt hat ihn der Tod von seinen Qualen erlöst. Die Genossen, Deutsche wie Polen, werden sein Andenken zu ehren wissen.

Straßenbahnzusammenstoß in Berlin N.

In der Ede-Müller- und Luxemburger Straße im Norden Berlins ereignete sich in den gestrigen Nachmittagsstunden ein schwerer Straßenbahnzusammenstoß. Infolge falscher Weichenstellung fuhr eine von Tegel kommende Straßenbahn der Linie 27 einer aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahn der Linie 21 in die Gleise. Durch die Wucht des Zusammenstoßes gingen zahlreiche Scheiben in Trümmer. Ueber die erschreckten Fahrgäste, die zum großen Teil von ihren Sitzen geschleudert wurden, ergoß sich ein Hagel von Glasplittern. Während mehrere Personen, die über leichte Schmerzen klagten, ihren Weg aber fortsetzen konnten, erlitt der Löffelstreifen Paul Ergoß aus Tegel schwere Kopfverletzungen. Der Verunglückte mußte in das nahegelegene Birchow-Krankenhaus gebracht werden. Durch den Zusammenstoß wurde eine längere Verkehrsstörung verursacht, die sich in der Hauptverkehrsstraße unangenehm bemerkbar machte.

Verheerende Folgen hatte ein Wasserrohrbruch, der sich gestern nachmittag vor dem Hause Fruchtsstraße 79 ereignete. Gegen 16 Uhr sackte der Fahrdamm an mehreren Stellen plötzlich weg und ein Wasserstrahl schoß hervor. Die Polizei sperrte die Fruchtsstraße im Abschnitt Länge und Radolfstraße sofort für den gesamten Fußverkehr und benachrichtigte gleichzeitig die Wasserwerke. In den späten Abendstunden war der Schaden, wahrscheinlich eine Folge des starken Frostes, noch nicht wieder behoben. Durch den Rohrbruch waren mehrere Häuser ohne Wasser.

Gegen rücksichtslose Kraftfahrzeugführer.

Eine allgemeine Klage des Publikums geht dahin, daß im Straßenverkehr die Kraftfahrzeugführer häufig nicht die erforderliche Rücksicht auf andere Fahrzeuge und auf Fußgänger nehmen. Bei einem großen Teil der Kraftfahrer hat sich die Gewohnheit herausgebildet, vor Straßenzugängen die Geschwindigkeit nicht zu vermindern, dafür aber desto anhaltenderer Warnungszeichen mit der Hupe zu geben. Dies ist besonders in den späten Abendstunden, des Nachts und in verkehrsarmen Gegenden sowie allgemein an Sonntagen zu beobachten. Gegen diese Unfälle im Kraftfahrzeugverkehr muß mit allen Mitteln eingeschritten werden. Es muß verlangt werden, daß Kraftfahrzeugführer vor allen Straßenzugängen und vor unübersichtlichen Stellen grundsätzlich die Geschwindigkeit in einer Weise verringern, daß sie in der Lage sind, das Fahrzeug erforderlichenfalls rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Es darf erst wieder schneller gefahren werden, wenn volle Ueberlicht besteht. Der Polizeipräsident hat deshalb nicht nur die Verkehrspolizei, sondern alle Straßenaufsichtsbeamten angewiesen, in vermehrter Weise auf derartige rücksichtslose Kraftfahrzeugführer zu achten. Stellen, an denen die rücksichtslose Fahrweise häufiger beobachtet wird, werden mit besonders geeigneten Beamten besetzt. Auch werden Beamte in bürgerlicher Kleidung nebst uniformierten Beamten zusammenarbeiten. Diese Beamten

Funkwinkel.

Die Zusammenstellung des Unterhaltungsprogramms am Nachmittage war wieder recht willkürlich. Ein geschmackvolles Solistenkonzert bot keine künstlerischen Optimalleistungen, aber sauberes, kultiviertes Musizieren. Man hörte gute, klassische Musik. Dann aber folgten Darbietungen des Quintetts Nico Bulca. Das Quintett besitzt wohl Technik, aber recht mäßigen künstlerischen Gehalt. Man darf fordern, daß die Berliner Funkleitung so viel Geschmack besitzt, zwei so grundverschiedene Musikdarbietungen nicht in einem Programm zu vereinen. — Am Abend wurde Herwarth Waldens Einakter „Glaube“ gespielt. Deshalb diese unbedeutende Tragikomödie vor das Mikrophon gebracht wurde, war nicht einzusehen. Vorher wurde Theodor Fontanes Geburtstag (am 30. Dezember) durch eine Feier begangen, die mit einem Vortrag von Paul Schöndorfer über Fontanes würdig eingeleitet wurde. Hans Mühlhofer las Balladen Fontanes mit der begehlichen Breite, die der bürgerliche Stil dieser Dichtungen vorzutragen kann. Einen zeitgemäßen Vortrag hielt Reichsbahnoberrat Dr. Hand A. Marien: „Unfallverhütung — eine Volksaufgabe.“ Der Redner gab — besonders für das Großstadtpublikum — wertvolle Ratsschläge und Hinweise, um allem Verkehrsunfälle zu vermeiden. Wie wichtig solche Beratungen sind, zeigte eine Zahl, die der Vortragende nannte: 70 bis 80 Prozent aller Unfälle beruhen nachweislich auf eigenen Verschulden der Beteiligten. — Dr. Friedrich Luther behandelte „Praktische Fragen der Jugendkunde“ mit tiefem Verständnis für die komplizierteste Entwicklungsphase der Jugendlichen, den Übergang aus der Welt der Jugend in die der Erwachsenen. — „Das Leben und Dichten eines Bergmannes“, nämlich August Friedrich Banabel, ist für uns heute bedeutungslos. T. H. Köhns Vortrag über dieses Thema war also überflüssig.

sollen auch darauf achten, daß beim Vorbeifahren an hastender Straßenbahn die erforderliche Rücksicht genommen wird. Verstöße gegen die bestehenden Vorschriften werden unmissverständlich entsprechend bestraft.

Es ist hierbei aber auch darauf hingewiesen, daß sich in den letzten Jahren die Salbfahrer stark vermehrt haben und daß diese Herren und Damen, oft allzu ängstlich und nervös, weit mehr Hypenärm machen als nötig ist.

Neuem Verkehrsfortschritt entgegen.

Regelung der Wochen- und Monatskarten erwünscht.

Am 1. Januar des kommenden Jahres wird die Vereinheitlichung im Groß-Berliner Verkehrsweesen einen weiteren Schritt vorwärts machen, und zwar einen gewaltigen Schritt. Nicht nur, daß man endlich auch von anderen Verkehrsmitteln zum Omnibus übersteigen kann, sondern daß auch der Staats- bzw. Reichsverkehr, die Eisenbahn, in diese kommunale Verkehrsgemeinschaft eingetreten, ist ein Erfolg, den noch vor kurzer Zeit selbst die verwegenen Optimisten nicht für möglich gehalten hätten. Vor dem Krieg wäre überhaupt nicht daran zu denken gewesen. Nur mit Schaudern kann man an diese Zeit zurückdenken, in der jede Gemeinde ihre eigenen Verkehrsmittel ausbaute und sich nicht um die der anderen Gemeinde kümmerte. Die Leidtragenden waren die Konsumenten des Verkehrs, die Fahrgäste.

Innerhalb bleibt auch jetzt noch manches zu tun übrig. Und zwar müßte zunächst recht bald das Wochen- und Monatskartenwesen geregelt werden. Nach der neuesten Regelung ist es in der Tat unzufrieden, ob man gut tut, sich Monatskarten zu nehmen. Eine Monatskarte auf der Vorortbahn kostet 8 M., eine Straßenbahnkarte 7,50 M., zusammen 15,50 M. Eine Uebersteigerkarte von der Vorortbahn zur Straßenbahn und zurück kostet je 30 Pf. Rechnet man den Monat zu 26 Arbeitstagen je 60 Pf. Fahrgehalt, so kommen dabei auch nur 15,60 M. heraus. Denn die meisten Vorortzugbenutzer fahren am Tage nur einmal hin und einmal zurück; sie haben also von der Monatskarte gar keinen Vorteil, oder nur dann, wenn sie auch mal Sonntags nach Berlin hineinfahren. Für Untergrundbahn und Straßenbahn (eine Linie) gibt es bereits Monatskarten, die jedoch 15 M. kosten. Der Autobus kann aber noch nicht mit Monatskarten befahren werden. Es sollte wohl möglich sein, für eine Monatskarte zum Preise von 10 Mark Autobus + Untergrund oder Straßenbahn + Autobus oder Straßenbahn + Untergrundbahn benutzen zu lassen. Da man durch Unzufriedenheit heute schon für 40 Pf. pro Tag hin zur Arbeitsstelle und zurück kommt, bei 26 Arbeitstagen also nur 10,40 insgesamt aufwendet, während man auch nach dem 1. Januar noch wie vor für die Monatskarte auf der Untergrundbahn allein 10 M. zahlen muß, so ist es nicht unviel verlangt, wenn auch die Monatskarte ohne Preisverhöhung für zwei Verkehrsmittel gelten soll. Die Monatskarten bieten den Gesellschaften den Vorteil, sofort am Monatsanfang höhere Summen in den Kassen zu sehen.

Dieses Entgegenkommen ist auch aus anderen Gründen sehr erwünscht. Es gibt heute schon eine große Anzahl von Fahrgästen, die, aus den Vororten kommend, drei Verkehrsmittel benutzen müssen, z. B. Straßenbahn — Vorortbahn — Straßenbahn oder Autobus — Untergrundbahn — Straßenbahn. Diese Bedienungswerten sind gewunden, täglich 80 Pf. bzw. 1 M. für Fahrgehalt auszugeben, und es wäre zu überlegen, ob man nicht auch eine Art billiges Generalabonnement, und zwar sowohl Wochenabonnement wie Monatsabonnement für den Berufsverkehr einführt, das innerhalb bestimmter Tageszeiten zur Benutzung aller vorhandenen allgemeinen Verkehrsmittel berechtigt.

Ein falscher Wächter und Markthelfer.

Einen argen Mißgriff machten die Weihnachtsbändler, die ihre Buben auf dem Dönhofsplatz aufhängen, als sie einen 30 Jahre alten Alfred Hinge, der sich ihnen anbot, als Wächter annehmen. Hinge war auch auf dem Posten und leistete sogar am Tage noch Handreichungen. Bei seiner Bekanntschaft erfuhr er aber, daß mehrere Händler aus der Provinz noch Warenvorräte bei Gastwirten und sonstwo untergestellt hatten. Ueber diese machte er sich bezweifelnd her, wenn er die Buben nicht zu bewachen hatte. Er holte sie als angeblicher Beauftragter ab und schaffte sie nach der Verwahrungsstelle des Anhalt-Bahnhofes, wo sie zunächst verwahrt waren. Nachdem mit der Räumung des Weihnachtsmarktes seine Dienstzeit abgeschlossen war, holte er sich von den Vorräten vom Anhalter Bahnhof aus einen Zettel, aus dem hervorging, daß der „tüchtige“ Wächter einen Reiseford mit Strumpfwaren, Zumpen und dergleichen im Werte von über 1000 M. bahnlagernd nach Dresden gefandt hatte. Die Dresdener Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und stellte auch diese Sachen für die Bestohlenen sicher.

Warnung vor einem Versicherungsbeschwindler.

Ein Schwindler treibt bei Kraftfahrzeugbesitzern in Groß-Berlin ein Unwesen. Er sucht Mitglieder der Berufsgenossenschaft für gewerkschaftliche Fahrzeughaltungen (früher Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft) auf, zeigt den Qualitätsordnungen einer privaten Versicherungsgesellschaft vor und versucht, Beiträge für die erst am 1. Januar 1928 beginnende Zwangsversicherung zu kassieren. In einigen Fällen ist dieser Betrug gelungen. Die Berufsgenossenschaft für gewerkschaftliche Fahrzeughaltungen gibt bekannt, daß Beiträge für die erst in Vorbereitung befindliche Zwangsversicherung noch gar nicht fällig sind und daß eine Ueberholung der berufsgenossenschaftlichen Beiträge durch Kassierer überhaupt nicht erfolgt.

Fahrpreiermäßigung für Blinde.

Eine für alle Blinden wichtige Neuerung wird am 1. Januar bei der Reichsbahn zur Durchführung kommen. Von diesem Tage ab wird sämtlichen Blinden bei Fahrten, die sie auf der Deutschen Reichsbahn — auch auf der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn — in Ausübung ihres Berufs unternehmen, eine 50prozentige Fahrpreiermäßigung für die 3. und 4. Klasse gewährt. Bei Schnellzügen tritt der tarifmäßige Zuschlag hinzu. Die gleiche Ermäßigung wird einem Begleiter gewährt, wenn er mit dem Blinden gemeinsam reist. Der Führerhund des Blinden wird frei befördert, wenn keine Begleitperson vorhanden ist. Die Fahrkarten zu ermäßigten Preisen werden gegen Vorlegung von Ausweisen nach vorgeschriebenem Muster ausgegeben. Der Ausweis wird auf Antrag des Erbfinden von der für seinen Wohnbezirk zuständigen Eisenbahnerverwaltung ausgestellt.

Ein- und Ausbrecher Kirsch vor den Richtern.

Auf dem Potsdamer Schöffengericht wird es am 10. Januar eine interessante Verhandlung geben. Der berüchtigte Ein- und Ausbrecher Franz Kirsch, der in der Nacht zum 16. November dieses Jahres die Stationskasse in Leipzig zu betrauben versucht hat und von einem Oberlandjäger festgenommen worden ist, wird sich wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zu verantworten haben. Mit ihm angeklagt ist sein Komplize, der Metzler Otto Wiese aus Berlin. Kirsch, der 47 Jahre alt ist, hat 21 Jahre davon hinter schwedischen Gardinen verbracht. Er wird von Hamburg gesucht und hat noch 12 Jahre Zuchthaus abzumachen. Er sitzt nun unter allen erdenklichen Vorbehaltensregeln im Potsdamer Untersuchungsgefängnis. Als Verteidiger tritt Rechtsanwalt Gieseler-Potsdam auf. Zu der Verhandlung wird der Angeklagte unter Polizeischutz vorgeführt, und der Gerichtssaal wird an allen Aus- und Eingängen gesichert.

Zur Leitung der kommenden Dauer-Ausstellung des gesamten deutschen Bauwesens in Berlin ist Dr. Fritz Coepper aus Köln berufen worden. Der neue Leiter der großen Berliner Ausstellung ist ein Bruder des Kölner Beigeordneten Coepper und ist durch seine lange Mitarbeit an der Deutschen Werkbundausstellung in Köln im Jahre 1914 bekanntgeworden.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. Auf der Damentafel des Bahnhofes Beuelstraße fand man einen Karton aus grauem Papier, der mit Tintenstift die Aufschrift „Herrn Becker“ trug. Es scheint hierdurch, daß er ursprünglich bei einem Kinde dieses Namens abgegeben werden sollte. Der Karton enthielt die Leiche eines neugeborenen Kindes. Das Kind ist allem Anschein nach eines gewaltigen Todes gestorben. Die kleine Leiche, die zur Obduktion nach dem Schaubaus gebracht wurde, war in einen Klauen-Schlüssel und eine Zeitung vom 30. Oktober eingewickelt und dann in den Karton gelegt worden. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Lipik im Polizeipräsidium.

Zum **Straßenverkehr**. Zur Bewältigung des Eisenverkehrs wird in der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar auf der Hauptstrecke zwischen Strausberg und Kaulsdorf noch ein Zugpaar mit Anschließern von und nach der Stadtbahn gefahren. Der Fahrplan dieser Züge ist folgender: Strausberg ab 1.54 Uhr, Kaulsdorf an 2.24 Uhr, Stadtbahnzug ab 2.30 Uhr (Anschlußzug) und Stadtbahnzug Kaulsdorf an 2.46 Uhr, der eingelegte Zug Kaulsdorf ab 2.52 Uhr, Strausberg an 3.20 Uhr.

Arbeiter-Abstinenz zu Silvester. Wie in den Vorjahren, veranstaltet auch in diesem Jahre der Arbeiter-Abstinenz-Bund eine Silvesterfeier. In den traulichen und gemütlichen Räumen des Jugendheimes Turiner-Edle Seestraße, erreichbar mit der U-Bahn und Straßenbahn, Linien 25, 27, 28, 29, 35, 68, 99 und 128, treffen sich Mitarbeiter und Freunde der Arbeiter-Abstinenzbewegung, um im Kreise gleichgesinnter Genossen die letzten Stunden des alten Jahres bei Scherz, Spiel, Sang und Tanz, bei Pfannkuchen, Kaffee und alkoholfreien Getränken in guter heiterer, aber doch eines Sozialisten würdigen Weise zu begehen.

Neuregelung der Lohnsteuer-Abzüge. Der Reichstag hat beschlossen, die Lohnsteuer ab 1. Januar 1928 zu ermäßigen. Damit ändern sich alle bisher gültigen Berechnungen, die jeder Arbeitgeber einer Tabelle entnehmen. Die neuen Abzüge bringt die folgende Tabelle. Die es gestattet, mit Beihilfe abzulesen, welcher Steuerbetrag für den einzelnen Arbeitnehmer abzuziehen ist. **Rühms Lohnsteuer-Tabelle Nr. 1** ist für wöchentliche, Nr. 2 für vierzehntägliche und Nr. 3 für monatliche Auszahlungen eingerichtet und zum Preise von je 1,50 M. zu haben. Verlag Reinhold Rühm & Co., Berlin S.W. 68.

Tanzstunden im Gefängnis.

Zus Genua wird folgendes Justizkuriosum berichtet: In einem Gefängnis hatten sich in einer Abteilung die Anassen zusammengetan, um unter dem Vorwand, rhythmische Übungen abzuhalten, eine kleine Tanzstunde einzuführen. Die Wärter hatten demgegenüber beide Augen zugeknippt. Die Sache ging mehrere Wochen lang gut, als auf einmal die improvisierten „Tanzlehrer“ den Einfall bekamen, als Mittinsassen zu zwingen, diese Tanzstunden mitzumachen. Wo sich nun verschiedene der Anassen weigerten, den Schimmel und Charakter zu tanzen, und sich über Tänze und die Tanzlehrer abfällig äußerten, wurden sie derart verprügelt, daß dem einen beinahe ein Auge ausgeschlagen wurde. Darauf kam die Sache zur Anzeige und das Gericht verurteilte jetzt drei dieser Tanzlehrer zu fünf weiteren Monaten Gefängnis.

Aufklärung eines Mordes nach 7 Jahren.

In einer Gastwirtschaft in München in Oberfranken kam ein Arbeiter mit einem anderen Gast in Streitigkeiten. Dabei behauptete er, daß er von dem Bruder seines Widersachers einmal Menschenfleisch gekauft habe. Dieser soll im Jahre 1920 in der Nähe von München eine Frau ermordet haben, von der das Fleisch stamme. Tatsächlich wurde im Februar 1920 in der Nähe von München eine Frau auf bestialische Weise ermordet. Die Staatsanwaltschaft hat sich bereits des Falles angenommen. Der Arbeiter hält seine Behauptungen auch vor dem Staatsanwalt aufrecht.

Großbritannien im Schnee.

London von Lebensmittelknappheit bedroht.

London, 29. Dezember.

Die Beseitigung der großen Schneeverwehungen, die insbesondere den Verkehr auf dem Lande in einzelnen Gegenden völlig stillgelegt haben, stößt auf neue Schwierigkeiten, da die Schneemassen durch den scharfen Frost in Eis verwandelt sind. Von allen Seiten wird gemeldet, daß die Bewohner isoliert liegender Wohnungen auf dem Lande meilenweit Wege zu Fuß oder zu Pferde zurücklegen, um die notwendigen Lebensmittel herbeizuschaffen. Selbst London war vorübergehend vom Mangel an Brennstoff und Lebensmitteln bedroht. Obwohl es dem Kohlenhandel inzwischen gelungen ist, genügend Brennstoff auf der Eisenbahn heranzuschaffen, war es infolge des Zustandes der Straßen unmöglich, die Vorräte den Abnehmern zuzuführen. Auch in der Versorgung mit pflanzlichen Lebensmitteln war Knappheit eingetreten, da diese meistens auf den Landstraßen nach London transportiert werden. Die teilweise Einstellung des Verkehrs über den Kanal hat viele Fremde genötigt, in England zu bleiben. Der Cunard-Dampfer „Aquitania“, der gestern auf der Ausreise nach New York Cherbourg anlaufen sollte, hat bis heute früh um neun Uhr vor dem Hafen kreuzen müssen, da Sturm und hoher Seegang ein Einlaufen verhinderten. Das Schiff hat infolgedessen zwölf Stunden Verspätung.

Die Behörden in London sandten am Donnerstag Flugzeuge aus, um Westham und die benachbarten Dörfer in der Grafschaft Kent, die durch Schneemassen von der Außenwelt abgeschnitten sind, mit Lebensmitteln zu versehen. Da die Flugzeuge im Schnee nicht landen konnten, warf man die Lebensmittel in Säcken ab, die an Fallschirmen befestigt waren.

Verstratten auf einem norwegischen Dampfer.

Auf dem norwegischen Dampfer „Modem“, der am 10. Dezember mit Korn aus Südamerika in den Hafen von Göteborg eintraf, sind Verstratten festgestellt worden. Es sind umfassende Absperrungsmaßnahmen eingeleitet worden, um das Verbreiten der Seuche zu verhindern. Das Schiff ist unter strengste Desinfektion und die Befahrung unter strengster Beobachtung penamten worden. Kein Mensch der Besatzung darf sich aus der Internierung entfernen.

Selbstmord aus wirtschaftlicher Not.

Am Mittwochabend hat sich aus wirtschaftlicher Not auf dem medienburgischen Gute Klein-Lanow der in den fünfziger Jahren stehende Gutspächter Rütke durch einen Schuß mit einem mit Wasser gefüllten Jagdgewehr in den Mund getötet. Die Wirkung dieses eigenartigen Selbstmordes war derart, daß durch den starken Wasserdruck dem Unglücklichen der Kopf vollständig zerrissen wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**
 Geschäftsstelle: Berlin S.W. 64, Erdbeckenstr. 173A, Tel. 3 Nr. 1000
 Reichs-Bezirk: Sonnabend, 31. Dezember, Silvesterball des Landbauvereins in Herders Hof, Mühlentor, Berlin, Chausseestr. 97, Eintritt inkl. Steuer 1 M. Alle Fremde sind herzlich eingeladen. — Sonntag, 1. Januar, Friedrichshagen: 14-15 Uhr, Volkstanz auf dem Volkspark, Orchesterleitung: Max Schmalz. — Sportplatz Friedrichshagen: Sämtliche heimischen Orchester spielen ohne besondere Bezeichnung von 9-10 Uhr. — Friedrichshagen: 14-15 Uhr, Auftreten des gesamten Landbauvereins in Festsitzung mit Instrumenten bei Volkmann, Jung, Gde. Oberstraße. — Reinickendorf: Sonnabend, 31. Dezember, 30 Uhr, Silvesterfeier in Sportmanns Occasert. Arbeitsbeginn 17 Uhr.
Laboriala lido unione internacionale, Gruppe Berlin. Venerabile ye 30-a decembre eventos ye 18kl. che kido. Kurt Linde, tre importanta funcioner-kunsido. Ni komencos akurate. — Grupo 4 (Kreuzherz). Lundo ye 2-a januaro ye 19,30 kl. eventos en yunahemo Yorkstrado 11 kurso por progresati. Temo: „Nis proxima taski“. — Grupo 17 (Lichtenberg). Lundo ye 2-a januaro ye 19,30 kl. eventos en yunahemo Scharnweberstrado kurso por lernanti.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Eintragungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin S.W. 68, Lindenstraße 1, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Achtung, Losverkäufer! Die Gesamtabrechnung muß unbedingt bis aller spätestens Sonnabend, dem 31. Dezember, 12 Uhr mittags, restlos erfolgt sein. — Nicht abgerechnete Lose gelten als verkauft!!!

28. Kreis Reinickendorf. Montag, 2. Januar, pünktlich 19¼ Uhr, im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses zu Wilmanns. Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Heute, Freitag, 30. Dezember:
 11. KM. Die Bezirksleiter haben umgehend die Parteibüchlein beim Kassierer Genossen Thierne abzurufen. — Achtung! Die Genossinnen und Genossen treffen sich am Silvesterabend zu einem geselligen Beisammensein im Parteilokal Verzet, Kreuzstr., Gde. Jagenstraße.
 74. WM. Schöneberg. 19 Uhr im Waldhaus, Spanbauer Straße, wichtigste Sitzung. Erscheinen unbedingt erforderlich.

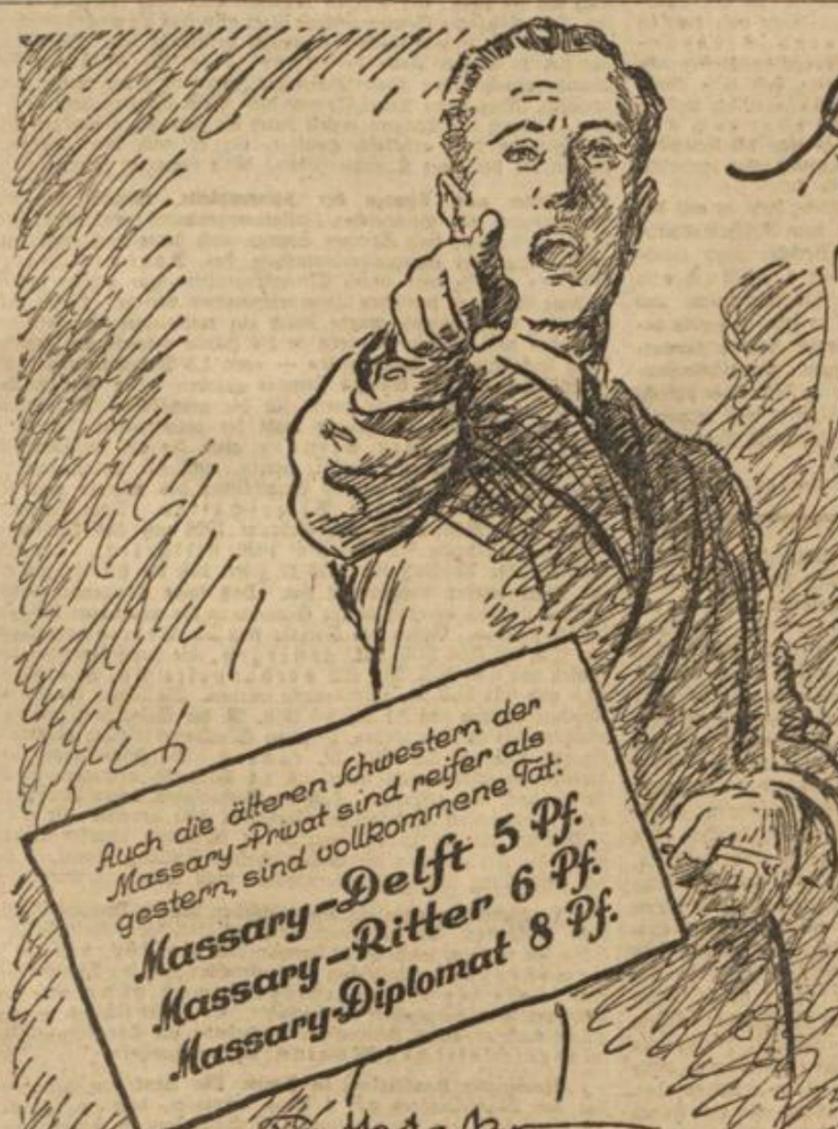
Jungsozialisten. Heute, Freitag, 30. Dezember:
 Gruppe Wilmanns 19 Uhr im Jugendheim Reinickendorf, Gde. Hermannstraße, gemeinsamer Gruppenabend mit der SWJ. Abfahrt zur Revolutionsfeier am Sonnabend, 31. Dezember, 19.30 Uhr. Folgendes Programm: 19.30 Uhr im Jugendheim des Jugendheims Reinickendorf, 10. haben, zum Jahresrückblick: Bericht über die Tätigkeit im letzten Jahr. — Gruppe Wilmanns: Der Gruppenabend fällt heute aus. Nächste Beisammensein am 4. Januar im Jugendheim Reinickendorf, 11. — 14. WM. Westfälische. Am Dienstag, 31. Dezember, verkehrt unter Leitung des Genossen Emil G. H. im Alter von 57 Jahren. Erster feierlicher Beisammensein Die Einlieferung findet Sonnabend, 31. Dezember, 14¼ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Die Genossen und Genossinnen treffen sich 12¼ Uhr bei Wolfshof.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Freitag, 30. Dezember, 19¼ Uhr:
 Bezirk I: Schule Waldenstr. 20, Kreuzberg. — Bezirk II: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk III: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk IV: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk V: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk VI: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk VII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk VIII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk IX: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk X: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XI: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XIII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XIV: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XV: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XVI: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XVII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XVIII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XIX: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XX: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXI: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXIII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXIV: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXV: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXVI: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXVII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXVIII: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXIX: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg. — Bezirk XXX: Beim Schiller Str. 18-19, Kreuzberg.

Morgen, Sonnabend, 31. Dezember:

Schöneberg I: Silvesterfeier Pausenberg Berg. Treffpunkt 19¼ Uhr SWJ. Fahrten nach und von 2.30 Uhr. — **Schöneberg II:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg III:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg IV:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg V:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg VI:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg VII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg VIII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg IX:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg X:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XI:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XIII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XIV:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XV:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XVI:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XVII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XVIII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XIX:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XX:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXI:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXIII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXIV:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXV:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXVI:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXVII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXVIII:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXIX:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr. — **Schöneberg XXX:** Silvesterfeier. Treffpunkt 19¼ Uhr.



Auch die älteren Schwestern der Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommene Tat.
Massary-Delft 5 Pf.
Massary-Ritter 6 Pf.
Massary-Diplomat 8 Pf.

Auch Sie!

Auch Sie sollen unser werden. Wir wollen mal ein vernünftiges Wort miteinander reden. Sie halten von einer 4-Pfg.-Zigarette nicht viel? Wir können Ihnen Zuschriften von Rauchern vorlegen, die, zunächst ebenso skeptisch wie Sie, Massary-Privat probierten und uns nun, aufs angenehmste überrascht, spontan Anerkennung und Beifall spenden.

Sie werden ebenso feststellen können, wie wohlthuend Massary-Privat, die neue 4-Pfg.-Zigarette, vom Alltäglichen abbrückt. Probieren Sie mal eine — wir werden uns dadurch bestimmt näherkommen.

Massary-Privat 4 S
 ohne Mundstück- und mit Goldmundstück
Das ist Tabak!

Aller Länder Fahnen liegen den Massary-Marken bei. Wer sie nicht selber sammelt, erfreue ein Kinderherz damit!

Schieles Bluffpolitik im Rundfunk.

Der Wert der landwirtschaftlichen Buchführungsergebnisse.

Am „Vorwärts“ vom 24. Dezember hatten wir eine Rede des Reichsministers Schiele im Rundfunk trittferti, betitelt: „Die Landwirtschaft an der Jahreswende.“ Schiele hatte in dieser Rede auf die „erschreckende große Anzahl“ der landwirtschaftlichen Betriebe hingewiesen, die mit Defizit arbeiteten und bezog sich dabei auf Material, das vom Enqueteauschuss veröffentlicht wurde. Der entscheidende Satz lautete: „Das Verhältnis der Betriebseinnahmen zu den Betriebsausgaben ist in den seit der Stabilisierung verflochtenen Jahren durchweg so ungünstig gewesen, daß der Lebensunterhalt, sowie die gegenüber früher um ein Vielfaches vermehrten Steuern und sonstigen Lasten und die wachsenden Schulden aus dem Betriebsergebnis nicht gedeckt werden konnten.“ Wir haben darauf hingewiesen, daß diese

Behauptung grundfalsch

sei, weil der Lebensunterhalt des Besitzers und seiner Familie schon eingerechnet ist, ebenso alle Realsteuern und sonstigen Kosten, darunter auch die sozialen Steuern enthalten sind. In dieser Form werden zum Beispiel bei einer Betriebsgröße von 800 Hektar 16 000 Mark für Lebensunterhalt des Besitzers verrechnet, sowie weitere 16 000 Mark zur Deduktion der Realsteuern.

In einer Erwiderung des Reichsernährungsministeriums wird gesagt, wir hätten die Ausföhrung des Ministers entgegnet, weil wir davon ausgegangen seien, der Minister hätte die Möglichkeit bestritten, aus dem landwirtschaftlichen Einkommen die Unterhaltungskosten zu bestreiten. Der Minister habe lediglich behauptet, es sei unmöglich, aus den Einnahmen die Unterhaltungskosten zusammen mit den Steuern, sozialen Lasten und Zinsen zu bezahlen.

Von Unterhaltungskosten haben wir nun überhaupt nicht gesprochen, sondern von der Verallgemeinerung des Ministers entgegnet und bleiben voll und ganz bei unserer Feststellung. Es ist sattsam bekannt, daß dauernd von der Rot der Landwirte geredet wird. Ebenso ist bekannt, daß angeblich jedes Jahr in den landwirtschaftlichen Betrieben zugeseht wird. Diese Behauptungen, die ständig vorgebracht werden, werden lebhaft kritisiert.

Die Veröffentlichung der Buchführungsergebnisse

durch den Enqueteauschuss ist in der Aufmachung, wie sie erfolgt ist, sehr wertvoll. Nun bekommt man erst einigermaßen einen Einblick, wie Reinertrag oder Verlust in den landwirtschaftlichen Betrieben errechnet wird.

Wir geben die in den Buchführungsergebnissen enthaltenen Zahlen für das Wirtschaftsjahr 1925/26 aus zusammen 286 Getreidebetrieben auf mittlerem Boden wieder. Unter Berücksichtigung der verschiedenartigen Bodenklassen und Wirtschaftsart ergibt dies ein gutes Durchschnittsergebnis aus dem Material. Die Zahlen sind in jedem Falle Reichsmark je Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Betriebsgrößen gelten für alle vier Gebiete.

Betriebsgröße in Hektar:	50-100	100-200	200-400
1. Ostpreußen, 17 Betriebe		(Mark je Hektar)	
Besitzer hat erhalten	47	25	—
Zuzüglich Reinertrag	—	—	—
Abzüglich Verlust	15	7	—
Ist-Einkommen	32	18	—
2. Schlesien, 45 Betriebe			
Besitzer hat erhalten	57	35	28
Zuzüglich Reinertrag	42	35	—
Abzüglich Verlust	—	—	41
Ist-Einkommen	99	70	—
Ist-Verlust	—	—	13
3. Norddeutschland, 144 Betriebe			
Besitzer hat erhalten	53	38	25
Zuzüglich Reinertrag	9	15	—
Abzüglich Verlust	—	—	8
Ist-Einkommen	62	53	17
4. Mitteledeutschland, 97 Betriebe			
Besitzer hat erhalten	62	37	29
Zuzüglich Reinertrag	21	—	—
Abzüglich Verlust	—	—	4
Ist-Einkommen	83	33	11

Der Lebensunterhalt für die Besitzerfamilie.

Aus dem von uns pro Hektar festgestellten Ist-Einkommen hat mithin der Besitzer zu bestreiten: den Lebensunterhalt für sich und seine Familie, ferner die Zinsen für aufgenommenes Kredits und Vergütung des Eigenkapitals, sowie die auf der Person lastende Einkommensteuer (vorausgesetzt, daß der Besitzer hierzu veranlagt wurde, weil bei der Steuerrechnung nur der sogenannte Reinertrag zugrunde gelegt wird). All-Realsteuern, sozialen Lasten, Sachversicherung usw. sind nämlich im Barverkehr des Betriebes schon verrechnet.

Dabei lassen wir es in diesem Zusammenhang ganz dahingestellt, wie die einzelnen Posten des Barverkehrs bei Einnahme und Ausgabe verrechnet wurden. Man muß beachten, daß jeder landwirtschaftliche Betrieb eine Naturalwirtschaft in sich ist. Bei der Berechnung der Leistungen und des Aufwandes in dieser Naturalwirtschaft des Betriebes, die dann zusammen mit dem Barverkehr

das Betriebsergebnis darstellen, passieren sehr viel irrtümliche Berechnungen. Wir wollen es bei dem gelindesten Ausdruck „irrtümliche Berechnungen“ bewenden lassen, weil böse Zungen behaupten, daß aus steuertechnischen Gründen viele solcher Irrtümer unterlaufen. Haben doch in den letzten Jahren die sogenannten Buchstellen der landwirtschaftlichen Betriebe erheblich zugenommen und werden in diesen Buchführungsstellen die Steuererklärungen bearbeitet.

Wie Herr Schiele rechnete.

Die Summen, die der Besitzer aus den Betriebsergebnissen entnommen hat, setzen sich zusammen aus den unbaren (naturalen) Leistungen an den Besitzer, dem Mietwert seiner Wohnung und dem „Lohnanspruch“ des Besitzers (Barertrags). Der zurechnete Reinertrag oder abgezogene Verlust sind die Zahlen, auf die allein sich die Ausführungen von Schiele in seiner Rundfunkrede stützen. Daher sprach Schiele rein rechnerisch von 42 Proz. Verlustbetrieben im Jahre 1925/26. Aber Schiele erwähnte nicht, daß bei diesen Schlusszahlen schon das verrechnet ist, was der Besitzer für sich und seine Familie aus dem Betriebe bezogen hat, wie ebenso die Realsteuern. Bei den von uns dem Material entnommenen 286 Betrieben — unmöglich können die etwa 2500 erfassten Betriebe alle so geschilbert werden — sind aber nur 7 Proz. sogenannte Verlustbetriebe.

Beim Einkommen nicht berücksichtigter Vermögensgewinn.

Es ist auch zu beachten, daß zur Errechnung des Reinertrages oder des Verlustes auch die Vermehrung bzw. Verminderung des Inventars eine große Rolle spielt. Im landwirtschaftlichen Buchführungswesen wird nun zum Inventar gerechnet: der Viehbestand, ferner die Vorräte an Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln sowie Maschinen und Handwerkszeug. Allgemein versteht man unter Inventar nicht solche Wertobjekte wie das Vieh, aus dem 30 bis 50 Proz. der baren Wirtschaftseinnahmen fließen. Dies gilt jedenfalls auch für die Maschinen und Vorräte an Getreide usw. Uebrigens ist der Wert der Vorräte an Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln am Schluss des landwirtschaftlichen Wirtschaftsjahres, das Ende Juni abschließt, auf 20 bis 40 Mark je Hektar beziffert. Wohl zu beachten in einer Zeit kurz vor der neuen Ernte, wo nach allgemeinem Sprachgebrauch des Herrn Schiele und seines Anhanges die Landwirtschaft leergepumpt ist.

In den Buchführungsergebnissen ist, wie oben bezeichnet, alles unter der Rubrik „Inventar“ zusammengefaßt. Tropdem ergibt sich in den bezeichneten Betrieben eine durchschnittliche „Inventarvermehrung“ von 20 Mark je Hektar. Ferner wurden durchschnittlich je Hektar 21 Mark abgeschrieben, was jedenfalls auch beachtlich ist.

Unzuverlässige Berechnungen.

Minister Schiele benutzt das Zahlenmaterial aus den Buchführungsergebnissen in seinen Reden so, daß der Unbefangene annehmen muß, es handle sich dabei um Ergebnisse aus hieb- und stichfesten Buchführungsabschlüssen. Das ist gar nicht der Fall. Minister Schiele weiß, daß die Buchführungsergebnisse auf Angaben der Landwirte an die sogenannten Buchstellen aufgebaut werden. Herr Schiele war bis zu seiner Berufung als Reichsminister sogar Vorsitzender des Unterausschusses für Landwirtschaft, der im Rahmen des Enqueteauschusses gebildet wurde. Er mußte daher wissen, daß Verallgemeinerungen nicht angebracht sind. Ferner muß Herr Schiele wissen, daß selbst unter Zugrundelegung des Zahlenmaterials aus den Buchführungsergebnissen sich ergibt, daß von Jahr zu Jahr die Betriebsergebnisse in der Landwirtschaft sich immer günstiger gestalten.

„Der Landwirt stellt die Geschäfts- und Betriebsverhältnisse laufend zu Berichten zusammen, während die Buchstelle diese Berichte in das Hauptbuch überträgt und den Jahresabschluss aufstellt. Die eigentlich laufende Buchführung liegt also beim Landwirt selbst.“ So Dr. Jensch vom Deutschen Landwirtschaftsrat, der auch die neueste Veröffentlichung des Enqueteauschusses in erster Linie bearbeitet hat. Dr. Hans Jörner, Privatdozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, spricht mit Recht von dem in der Landwirtschaft verbreiteten System von Fernbuchführungen und sagt: „Die große Gefahr der Produktionskostenrechnungen im Rahmen der Buchführung liegt darin, daß diese Rechnungen mehr oder minder schematisch von Leuten ausgeführt werden müssen, die erstens den Betrieb gar nicht oder doch nur sehr flüchtig kennen, zum anderen auch nicht die landwirtschaftlichen Vorkenntnisse haben, die zur Durchführung aller landwirtschaftlichen Kalkulationen unbedingt erforderlich sind.“

So, Herr Reichslandwirtschaftsminister Schiele, steht es mit den Buchführungsergebnissen. Nachzulesen in den vom Reichslandwirtschaftsministerium herausgegebenen Heften: „Berichte über Landwirtschaft“, Band V Heft 2 und Band VI Heft 4. — Auch ein deutsch-nationaler Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Pflicht, objektiv zu sein, und nicht beliebige, ihm für seine Parteistellung passende Zahlen herauszugeben und diese der Öffentlichkeit vorzutragen. Ganz besonders ist er verpflichtet, im Rundfunk objektiv zu sein. Aber schließlich war es ja wohl der Wille von Schiele, zu bluffen, weil er genau weiß, daß es unmöglich ist, seine durchaus fehlerhafte Darstellung allen Kreisen gegenüber wieder zu berichtigen.

Georg Schmidt, M. d. R.

Frage vom Ruhen der Kartelle. Auf der letzten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Frankfurt wurde des langen und breiten davon geredet, wie sehr die Kartelle zu einer wahrhaft aufbauenden und keineswegs ausbeuterischen oder monopolistischen Macht geworden seien. Hier zeigt sich in klassischer Weise — und das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie möge sich diese beiden Fälle merken — daß die Erzielung von Monopolpreisen und die Ausbeutung der Verbraucher in der Tat das entscheidende Ziel aller Kartellbildung war und geblieben ist.

Berechnung des Kapitals.

Bei C. & M. Brenninkmeyer.

Die erst 1922 gegründete Allgemeine Textilfabrikations- und Handels-G. M. b. H. und M. Brenninkmeyer, Berlin, die hier und in einem halben Dutzend anderer Städte große Verkaufsstellen unterhält, gehört zu den erfolgreichsten Gründungen auf dem Textilhandelsgebiet. Sie hatte bisher nur das minimale Aktienkapital von 500 000 M. Daß dieses Kapital minimal ist, zeigt die Tatsache, daß die letzte Bilanz von Ende 1926 mit 1,52 Millionen Reingewinn das dreifache Aktienkapital als Retainoverbleib ausweist. Natürlich war das Aktienkapital nur nominell, wie sich aus den zweifelslos riesigen Warenbeständen, dem großen Grundbesitz und auch der zuletzt fast 10 Millionen Mark betragenden Bilanzsumme ergibt. Eine Kapitalerhöhung war offenbar bisher nicht notwendig, weil die Gesellschaft ein Familienunternehmen ist, das innerhalb der Familie die Gewinne ansammelt konnte. Sind doch unter den acht Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern nicht weniger als sieben, bis den Namen Brenninkmeyer tragen. Jetzt wird mitgeteilt, daß das Kapital der Gesellschaft von 0,5 auf 5,0 Millionen Mark erhöht, also verzehnfacht wird. Und zwar erfolgt die Kapitalerhöhung wiederum unter Aufnahme der jungen Aktien durch die Firma, das heißt die Familie selbst. Wie leicht das möglich ist, zeigen die offenen Reserven der Gesellschaft, die in der Bilanz für 1926 mit nicht weniger als drei Millionen, also dem sechsfachen Aktienkapital, ausgewiesen wurden.

Ein Preisauschreiben für die Erhöhung der Sicherheit im Bergbau. Das Gruben Sicherheitsamt im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe gibt im „deutschen Reichsanzeiger“ ein Preisauschreiben zur „Inschärfung des bei der Bohrarbeit in Bergwerken unter Tage entstehenden Staubes“ bekannt. Der Wettbewerb, für den ein Preis von 20 000 M. ausgesetzt ist, ist vom preussischen Handelsminister gemeinsam mit der Reichsanzeiger ausgeschrieben. Jedermann kann sich an ihm beteiligen. Der Zeitpunkt für die Einreichung der Arbeiten ist der 31. Dezember 1928.

Starke Steigerung der deutschen Einfuhr nach Polen. Die deutsche Einfuhr nach Polen hat sich in den ersten drei Vierteljahre 1927 auf 300,4 Millionen Mark gegenüber 260,8 Millionen Mark im ganzen Jahr 1926 erhöht. Sie ist damit stärker als die Einfuhr aus dem polnischen Zollgebiet nach Deutschland gestiegen, die im Jahre 1926 = 304,5 Millionen Mark und den ersten drei Vierteljahre 1927 = 267,4 Millionen Mark betragen hat. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß der deutsch-polnische Handelsverkehr stark unter den beiderseitigen Kompensationsmaßnahmen gelitten hat. Kommen wir mit Polen auf handelspolitischem Gebiet zu einer Verständigung, so dürfte der Warenverkehr bald noch erheblich stärker steigen.

Warum Amerika U.S.A.-Aktien liebt. In den letzten Monaten haben amerikanische Kapitalisten viele Millionen Aktien der deutschen U.S.A. erworben. Die U.S.A. hatte im Jahre 1925 eine zweite zehn-Millionen-Dollaranleihe aufgenommen, die den amerikanischen Zeichnern das Recht gab, für einen Teil der Anleihe U.S.A.-Aktien einzutauschen. Zum Umtausch sollten insgesamt für 17,83 Millionen (nominell) U.S.A.-Aktien zur Verfügung stehen, die bis zum 1. Dezember 1930 ungetauscht werden konnten. Jetzt wird berichtet, daß der Umtausch bereits mit fast neun Millionen Aktien durchgeführt worden ist. Der Grund dafür ist ein sehr einfacher. Die Amerikaner zahlen nämlich bei dem Umtausch im Durchschnitt nur 120 Proz. der Nominallisten, also 1200 M. für 1000 M., während der tatsächliche Börsenkurs der U.S.A.-Aktie gegenwärtig noch um 50 Proz. vor einigen Monaten aber noch erheblich höher lag. Das glänzende Gewinngeschäft ist es also, das die amerikanischen Geldgeber zu diesem raschen Umtausch veranlaßt hat. Zweifellos hat sich in diesem Falle der Anreiz, den die U.S.A. bei der Anleiheaufnahme den Amerikanern zur Zeichnung geben wollte, voll bewährt. Aber dieser Anreiz kommt dem U.S.A.-Konzern doch recht teuer, denn der Konzern erzielt durch die geringen amerikanischen Zuzahlungen doch erheblich weniger, als er nach dem deutschen Börsenkurs bei einer Kapitalerhöhung hätte erwarten können.

Immer noch Spuren der Stinnespleite. Obwohl der Zusammenhang des Stinneschen Inflationsgebüdes jetzt über zwei Jahre zurückliegt, sind Stinnes Spuren auch heute noch nicht verwischt. Auf der Generalversammlung des Baroper Walzwerkes wurde man durch Aktionärsprotest sogar wieder mitten in diese Glanzzeit deutschen Unternehmens ruhe versetzt. Dieses gut fundierte Unternehmen wurde durch ein raffiniertes Geschäft der Direktion dem Stinnes-Konzern in die Hände gespielt und sodann durch leichtfertiges Wechseln — etwa 1,5 Millionen ungedeckte „Gefälligkeitswechsel“ wurden dem Stinnes gegeben — in den Strudel hineingerissen. Sehr bezeichnend für die geschäftliche Moral war es, daß nach der Katastrophe wohl die betreffenden Direktoren flüchten, die Gebrüder Stinnes aber, die als Aufsichtsratsmitglieder dieses Spiel gefördert hatten, nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Die weitere Entwicklung des Wertes war ein Trauerspiel für die Beleggläubigen. Das Walzwerk wurde sechs Monate bis zum Februar 1926 und das Stahlwerk sogar neun Monate bis zum Mai 1926 stillgelegt. Der jetzt veröffentlichte Abschluß für 1926/27 zeigt, daß die Bilanzsumme das Wert wieder hochgebracht hat. Daß keine Dividende gezahlt wird, will nichts besagen, da die Gewinne in die erneuerten Anlagen gesteckt wurden. Gegen das Vorjahr sind die Betriebsergebnisse um 0,38 auf 0,66 Mill. M. gestiegen, die durch Unkosten und Zinsen von 0,45 Mill. M. und verdoppelte Abschreibungen von 0,21 Mill. M. aufgebraucht werden. Die Mittel, die aus der Kapitalerhöhung von 2,1 auf 3,0 Mill. M. der Gesellschaft zufließen, wurden teils zu Reuanlagen, teils zur Schuldentilgung verwendet, die von 2,85 auf 2,2 Mill. M. sanken. Da Forderungen und Vorräte insgesamt nicht mehr als 1,4 Mill. M. betragen, ist die Bilanz noch sehr gespannt. Daß die Verwaltung, deren Vorgänger durch unglücklich leichtfertiges Verhalten 500 Arbeiter für 6 bis 9 Monate auf die Straße warfen, in besonders scharfer Tonart gegen die Forderungen der Gewerkschaften Stellung nimmt, ist bei der Einstellung der Ruhrunternehmer nicht weiter verwunderlich.

Frachtermäßigungen für Niederschlesien hat die Deutsche Reichsbahn beschlossen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der niederschlesischen Kohle zu fördern, wird ab 1. Januar 1928 eine 20 prozentige Ermäßigung der deutschen Kohlenfrachten nach der Tschech und eine fünf- bis elfprozentige Ermäßigung nach dem Statiner Wirtschaftsgebiet durchgeführt. Es dürfte sich hierbei nicht zuletzt auch um einen Beitrag der Reichsbahn zur Durchführung der niederschlesischen Montanunion handeln.

Ermäßigter Bankdiskont in Paris. Die Bank von Frankreich hat den Wechseldiskont auf 4 Proz. ermäßigt, nachdem seit dem 14. April d. J. ein fünfprozentiger Wechseldiskont in Geltung war. Man wird auch diese Maßnahme als eine Förderungsmassnahme für die französische Wirtschaft betrachten müssen, die seit der tatsächlichen Stabilisierung des Franken in einer ziemlich heftigen Krise sich befindet.

Außenleiter von Kartellen.

Zwei lehrreiche Kartellgeschichten.

Der deutsche Roheisenverband wird ab 1. Januar 1928 seine Roheisenpreise um 4—6 M. pro Tonne erhöhen. Diese Preissteigerung hat eine interessante Vorgeschichte. Sie wird nämlich vorgenommen, weil der Röschling-Konzern für die Eisenerzeugung seiner Maximilianshütte den bisherigen Konkurrenzkampf auf dem Eisenmarkt als Außenleiter gegen den Roheisenverband aufgeben wird.

Der Röschling-Konzern war zu seiner Außenleiterstellung dadurch gekommen, daß ihm die Eisenquoten, die der Verband für die Maximilianshütte festgesetzt hatte, zu niedrig waren, er deshalb aus dem Verband ausstieg und mit niedrigeren Preisen auf dem offenen Markt gegen die vom Roheisenverband kontrollierten Eisenhandelsgesellschaften auftrat. Lehrreich ist schon, daß daraufhin der Roheisenverband sich gezwungen sah, die Preise entsprechend herabzusetzen und die Verbraucher durch diese Außenleiterkonkurrenz des Röschling-Konzerns in ganz Deutschland sich entsprechend billiger einkaufen konnte. Das zweite Kapitel der Geschichte ist jetzt die Wiedererhöhung der Eisenpreise durch den Verband, nachdem zwischen ihm und dem Röschling-Konzern ein Abkommen getroffen wurde, das den letzteren zurückstellte. Die Eisenverbraucher werden in Zukunft also höhere Preise zahlen, weil der Roheisenverband, das heißt natürlich die einzelnen Mitgliedswerke gemerkt haben, daß es rentabler ist, einem Außenleiter eine höhere Quote zu geben, als sich mit einem Erlös begnügen, der auch höher sein könnte.

Ein zweiter Außenleiterfall, der die Öffentlichkeit schon reichlich beschäftigt hat, ist ebenfalls jetzt durch einen Frieden beglichen worden. Es handelt sich dabei um den bekannten Kampf des Röhrenverbandes gegen die Stahlwerke Niederrhein L. G., die sich bemüht als Außenleiter aufgemacht hat, nachdem der Röhrenverband offenbar die geforderte Quote für die Produktion mit einem neuen Röhrenherstellungsvorgehen verweigert hatte. Die Absicht des Röhrenverbandes war, 51 Prozent der Niederrhein-Aktien aufzukaufen, um nach dem Erwerb der Majorität das neue Röhrenwerkwerk einfach stillzulegen. Eine besondere Pikanterie dabei ist, daß die Gründer der Stahlwerk Niederrhein L. G. Aufsichtsratsmitglieder der Vereinigten Stahlwerke waren. Jetzt wird der Röhrenverband tatsächlich zwar nicht 51 Prozent, aber 50 Prozent der Aktien erwerben und weiterhin, nachdem die Gefahr der Stilllegung der Werke oder der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr besteht, sich verpflichten, das patentierte Erzeugungsvorgehen durch Mitgliederwerke des Verbandes ausüben zu lassen. Ausgerechnet die Vereinigten Stahlwerke, von denen berichtet wird, daß sie früher die Ausnutzung und den Verkauf des Verfahrens schon einmal abgelehnt haben, lassen jetzt die Produktion nach dem neuen Verfahren übernehmen. Offenbar hat erst die Bohrscheinlichkeit, daß die Stahlwerk Niederrhein L. G. die Produktion tatsächlich als Außenleiter aufnehmen wird, die Vereinigten Stahlwerke dazu veranlaßt, ihren früheren Entschluß umzustößen. Auch hier zeigt sich deutlich, wie die Furcht vor dem drohenden Preisdruck, bei dem den Röhrenröhrenwerkern wohl nur den Röhrenproduzenten wehe wäre, die Kartellfürsten zu einem Frieden mit einem Außenleiter veranlaßt hat.

Beide Fälle sind ein lehrreiches Kapitel zu der oben erörterten

„Wartezeiten“ der Erwerbslosen.

Ungeheizte und zugige Warteräume.

Von einem Arbeitslosen wird uns geschrieben: Die Art der Abfertigung der Erwerbslosen bei einzelnen Beamten Groß-Berlins ist in hohem Maße geeignet, den Unwillen der Arbeitslosen zu erregen. Ich meldete mich am 19. November in der Bergmannstraße arbeitslos. Einige Hundert Erwerbslose hielten die Türen der Räume belagert, in denen ihre Abfertigung stattfinden sollte. Nach mehrstündigem Warten erhielt ich den Bescheid: „Morgen wiederkommen!“ Das wiederholte sich am zweiten und am dritten Tage. Am vierten Tage sprach ich den Leiter meiner Abteilung und empfahl ihm, den sich anmeldenden Erwerbslosen irgendeinen minderwertigen Ausweis abzugeben; dadurch würde man einen Uebelblick gewinnen und imstande sein, den Erwerbslosen zu einem bestimmten Tage, ja vielleicht zu einer bestimmten Stunde zur Abfertigung zu bestellen. Resultat: meine Stempelfarte blieb dort. Am anderen Tage erfolgte nach mehrstündigem Warten endlich die Anmeldung.

Die erste Unterstützung erhielt ich am 28. November in der Bergmannstraße nach einer Wartezeit von 4 1/2 Stunden, die nachfolgende am 5. Dezember bei gleicher Wartezeit in der Wrangeistraße, am 12. Dezember im „Neuen Hofjäger“, Halenheide. Hier war ich auch für den 19. Dezember hindestellt, doch war mein Zahlbogen nicht zu finden. Diesen entdeckte man am darauffolgenden Dienstag in der Expedition in der Bergmannstraße; Wartezeit bis zur Geldauszahlung nahezu 5 Stunden.

Die nächste Unterstützung sollte ich auf ausdrückliche Anfohle wieder im „Hofjäger“, und zwar am 22. Dezember, abheben. Einige Hundert Menschen warteten hier in langen Reihen vor der Tür des Lokals. Welchen Gefahren für ihre Gesundheit die Erwerbslosen mit ihrem häufig defekten Schuhwerk hier ausgeführt werden wird, begreifen, der nicht jeden sozialen Empfindens bar ist, was man von dem Oberleiter des Amtes Bergmannstraße annehmen kann, denn auf meinen Hinweis auf diesen Mangel an Rücksicht auf die Arbeitslosen, die ja schließlich auch Menschen seien, zeigte er nur die kalte Schulter: „Was ist schon dabei, wenn Sie mal vier bis fünf Stunden da warten müssen!“ Nachdem ich nahezu 5 Stunden vorm „Hofjäger“ gewartet hatte, stellte sich wiederum heraus, daß mein Zahlbogen nicht dort war. Mit einer Unterbrechung von 2 1/2 Stunden, während welcher Zeit ich noch haufe ging, um etwas zu essen, wartete ich am anderen Tage (Freitag) von morgens 9.15 Uhr bis nachmittags 5.15 Uhr, um endlich meine Unterstützung zu erhalten. Wer glaubt daß es sich um Einzelfälle ober gar um Ueberreizungen handelt, der frage einen beliebigen Arbeitslosen des Bezirks Kreuzberg. Kann hier keine Abhilfe geschaffen werden und begreift man denn nicht, daß in den oben, kalten Korridoren, in denen die Erwerbslosen täglich eine stumpfsinnig machende unendliche Wartezeit zubringen müssen, die Bruststatten trüber und nicht immer der besten Gedanken liegen.

Auf der Abfertigungsstelle Bergmannstraße.

Wir haben einen Berichterstatter beauftragt, die vorstehenden Angaben nachzuprüfen. Während einer mehrstündigen Beobachtung auf der Fürsorgestelle Bergmannstraße hat unser Berichterstatter folgendes festgestellt:

Die Abfertigung der laufenden Unterstützten erfolgt in der gut geheizten Aula des ehemaligen Schulgebäudes und nimmt etwa eine halbe Stunde in Anspruch. Das heißt, zwischen der Abgabe der Stempelfarte, der Unterschrift unter den Zahlbogen, dessen Fertigung durch die betreffenden Beamten und der Auszahlung der Unterstützung liegt eine halbe Stunde. Von übermäßig langem Warten kann also hier nicht gesprochen werden.

Die Arbeitslosen jedoch, die sich erst eintragen lassen wollen,

müssen auf den Korridoren etwa 1 1/2 Stunden warten, bis sie in die für ihren Anfangsbuchstaben zuständigen Zimmer hineingerufen werden. Daß hier die Abfertigung ziemlich langsam geht, liegt, wie ja bekannt ist, daran, daß bei der Neuanschreibung ein sehr umfangreicher Fragebogen auszufüllen ist und etwa ein Dutzend Ausweise und Bescheinigungen zu prüfen sind. Die Beamten trifft dafür keine Schuld, da sie ja entsprechend ihren Dienstvorschriften arbeiten müssen. Wenn hier vernünftige Aushilfsräume vorhanden wären, könnte man auch diese Wartezeit noch als nicht zu lange bezeichnen. Die Arbeitslosen, Männer sowohl wie Frauen, müssen sich während der Wartezeit auf den Korridoren aufhalten, die hundsmiserabel aussehen und auf denen es kalt und zugig ist. Die Menschen liegen da zusammengesauert wie auf der Anklagebank. Soweit festzustellen war, sind die Beamten zuvorkommend und keine zugedrückten Aktenmenschen.

Der in der Aufschrift geschriebene Sachverhalt ist nur so erklärlich, daß bei Eintritt des Frostes viele Bauarbeiter abfertigen waren und daß es wegen des Andranges zu Störungen kam. Das kann aber kaum als Entschuldigungsgrund gelten. Die Abfertigungsstellen der Erwerbslosen müssen so eingerichtet sein, daß sie jedem Massenansturm gewachsen sind und nicht bei plötzlich einsetzender starker Arbeitslosigkeit zu körperlichen und seelischen Wartezeiten der Erwerbslosen werden. Ist das Los der Erwerbslosen schon nicht beneidenswert, so soll man es nicht noch durch eine ungenügende Organisation auf den Abfertigungsstellen verschlimmern. Eine Abhilfe ist also hier dringend notwendig.

Um die Befoldung der Reichsangestellten.

Im Reichsfinanzministerium wurde gestern mit den Spitzenorganisationen über die Neuordnung der Befoldung für die Angestellten der Reichsbehörden verhandelt. Von der Regierung wurden den Vertretern der Angestelltenorganisationen neue Vorschläge unterbreitet, zu denen diese morgen Sonnabend eine Erklärung abgeben werden.

Leibeigenschaft auf Usedom?

Der staatliche Förster hält an ihr fest.

In Camminke auf Usedom wohnt der staatliche Förster Loar, der zugleich Besitzer einer großen Landwirtschaft ist. Er hat ständig Schwierigkeiten, Landarbeiter für seine Landwirtschaft zu erhalten. Als Förster ist er zugleich Aufseher über die Holzschläger. Eines Tages befehlt er einem Holzschläger, dieser solle seinen Sohn zur Leistung von Hand- und Spanndiensten schicken; versteht sich in der privaten Wirtschaft des Försters. Der Arbeiter weigerte sich, der Forderung des Försters nachzukommen, dieser behauptete aber, er habe ein gesetzliches Recht zu seiner Forderung. Der Arbeiter blieb bei seiner Weigerung und wurde deshalb entlassen. Ebenso ein Arbeitskollege von ihm, der sich mit ihm solidarisch erklärte.

Seit hundert Jahren ist die Leibeigenschaft in Preußen aufgehoben worden. Ein staatlich preussischer Förster weist darauf hin, wie mag dieser staatliche Beamte, der heute noch die Leibeigenschaft für gesetzlich hält, der Republik gegenüber stehen, die ihn beschäftigt und bezahlt!

Eine Oberschlesien-Kommission.

An zuständiger Berliner Stelle wird — nach U. — die bevorstehende Reise des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes zusammen mit Ministerialdirektor Sijler nach Oberschlesien im allgemeinen bestätigt. Es handelt sich jedoch, wie hinzugefügt wird, um eine Vereinbarung, die Mitte Oktober zwischen dem Direktor Thomas, Ministerialdirektor Sijler für Deutschland und Minister Sakol für Polen getroffen worden ist, wonach eine aus diesen Herren bestehende Oberschlesien-Kommission Mitte Januar ihre erste Sitzung abhalten sollte. Infolgedessen müßte die Einladung zur Einberufung dieser Sitzung vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes selbst ausgehen. Diese Einladung ist aber bis jetzt noch nicht erfolgt.

Einigungsversuch in Schweden.

Das neue Jahr beginnt in Schweden mit einer Reihe von Arbeitskonflikten. Neben der Aussperrung von 17 000 Arbeitern in der Papiermasse-Industrie sind Aussperrungen in der Grubenindustrie und in den chemisch-technischen Fabriken in Stockholm proklamiert worden. Die schwedische Regierung wird sich nicht in die Arbeitskonflikte einmischen, doch werden die Schlichter Ende dieser Woche noch einen letzten Versuch zur friedlichen Regelung unternehmen.

Moskau und die schwedischen Bergarbeiter.

Da für Anfang Januar die Aussperrung der Bergarbeiter im mittelschwedischen Grubengebiet geplant ist, hat sich — offenbar auf eine entsprechende Einladung — ein Vertreter der schwedischen Bergarbeiter nach Moskau begeben, um eine finanzielle Unterstützung für den Fall der Aussperrung zu sichern. Bereits am 31. Oktober ist zwischen Vertretern der sowjetrussischen und der schwedischen Bergarbeiter ein Vertrag abgeschlossen worden, den das Plenum des Zentralkomitees des russischen Bergarbeiterverbandes gebilligt hat.

Nach der Meldung der „Borba“ (Nr. 290) sieht dieser Vertrag die „Bildung eines Komitees der Brüderlichkeit und Freundschaft“ zwischen den Vertragspartnern vor.

Nachdem das anglo-russische Gewerkschaftskomitee sich im vergangenen Sommer aufgelöst hat, wollen die Russen anknüpfend jetzt den Versuch machen, über die schwedischen Bergarbeiter eine internationale, von ihnen beeinflusste Organisation zu schaffen.

Das Bergarbeiterkomitee der „Brüderlichkeit und Freundschaft“ soll einmal den russischen Einfluß in Norwegen verfestigen und ihn in ganz Skandinavien befestigen, zugleich aber die Bergarbeiterverbände näher an Moskau bringen.

Begeben sich die schwedischen Bergarbeiter unter die Fittiche Moskaus, dann werden sie am eigenen Leide die Geltung des Satzes erfahren müssen: Wer vom Papste ist, stirbt daran. Wer von Moskau Geld nimmt, unterwirft sich seinem Diktat.

Stillelegung von Textilbetrieben in Mexiko?

Mexiko-Stadt, 29. Dezember. (Eigenbericht.)

Ein schwerer Arbeitskonflikt droht im Textilgebiet Orizaba, Veracruz. Die Textilbetriebe haben unter dem Hinweis, daß sie an Überproduktion und Absatzmangel leiden, um die nach der Verfassung notwendige Erlaubnis zur Stillelegung der Werke ab Januar nachgesucht. Durch die Stillelegung würden 6 000 Arbeiter brotlos werden. Mit großer Spannung wird die Entscheidung des Wirtschaftsministers über den Stillelegungsantrag erwartet.

Militäraufträge

Überall man mit dem Reichsamt des Deutschen Militärverordnungs, Berlin, Kommandantenstr. 66, 64. Schloß 237-74. Verlagsort 8-5, Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Bestellerbuch.

Bei Sichte | Aschma | Nerven- u. Kopfschmerz
Rheuma | Grippe | Erältungsbeschwerden
haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt.
Sie besagen überzeugt!



In allen
Apotheken
Preis
Mk. 1.40

Logal
scheidet die
Harnsäure
aus!



Ein guter Punsch

erhöht die fröhliche Stimmung, mit der man im Kreise der Familie und Freunde das neue Jahr begrüßt. Sie können sich ohne große Ausgaben, mit 1 Flasche Reichel's Rumverschnitt-Essenz, 1/3 Ltr. 96% Weingeist und 1/3 Ltr. Wasser einen ca. 52% Rumverschnitt Marie „Dreifon“ oder „Fünffon“ herstellen, aus dem mit Zucker und heißem Wasser (nach Geschmack noch Zitronen) ein fräftiger Punsch bereitet wird, der voll duftigen Aromas ist und vor allem sehr gut bekommt. Ebenfalls sind alle anderen Sorten wie Ananas-, Glühpunsch-, Schlummerpunschgeschmack etc. herstellbar, wie auch bekanntlich sämtliche Liköre und Brandyarten. Wohlgeachtet, aber nur die echten Reichel-Pünche mit der „Lichtermarke“, die in allen Drogerien erhältlich sind. C. Reichel, Berlin 30, Eisenbahnstr. 4

Gute Vorsätze für 1928.

Manche nehmen sich für das neue Jahr große Taten vor. Dazu müssen sie sich stärken. Andere entschließen sich, ein neuer Mensch zu werden. Dieser neue Mensch trinkt ebenfalls gern einen guten Tropfen. Wieder Andere sagen sich, wenn sie nur gesund bleiben, dann wollen sie schon Alles recht machen. Nichts ist gesünder als „Alte Reserve“, der feine Weinbrand der Winkelhausen-Werke, ein ausgereiftes, volles, weinduftiges Edelprodukt, blumig, rassig und süßig, der richtige Weinbrand für Kenner! Besorgen Sie sich ihn noch im Jahre 1927, denn was man in einem Jahre tun kann, das soll man nicht auf das nächste verschieben und was wäre übrigens die Silvesternacht ohne „Alte Reserve“? Tun Sie es gleich!

Konditorei und Kaffee

Inhaber: Eugen Fluß
Gegründet 1866
Telephon: Moritzplatz 1197 und 9860



am Oranienplatz

Silvester-Pfannkuchen

mit verschiedenen Füllungen
Weißer und blauer Mohn

Lieferung frei Haus stets vorrätig Lieferung frei Haus

Amerik. Journale

übersichtlich u. handlich
7, 8, 9, 10 11, 12, 13
14, 15, 17 19 Spall.



Lwegens Alexanderpl.
KOTODÜCKER PASSIE

Silvester-Angebot

Feurige spanische Rotweine 1/2 Fl.	1.25, 1.50
1922er Chät. Villambis Cissao 1/4 Flasche	2.00
1920er Chät. Port Aubin	2.50
1922er Chät. Bellegraves de Poujeaux	3.00
1921er Sauternes, weißer nordsee	2.50
1924er Mosener Königsberg	1.20
1925er Edesheimer	1.40
1922er Starkenburger Gaispud	1.60
1918er Erdaner Herronberg	2.00
1918er Piesporter Taubenberg	2.40
Meine Spirituosen nur erstklass. Qualitäten:	
Echter Jamaika-Rum Verschnitt 1/2 Fl.	3.85
Echter Jam.-Rum Verschnitt (Theurum)	5.25
Feinsten Richtenberger Brantwein	2.75
Pa. Weinbrand Verschnitt 1/2 Fl.	3.00
Pa. Deutscher Weinbrand, 6 Stars	5.00
Pa. Rumpunuch	4.50
Pa. Schwedenpunsch	4.75
Feinsten milder Apfelwein zur Bewie	0.50
Erstkl. Johannisbeerwein, 605	1.05
Feinsten Erdbeer- und Kirschwein, 605	1.45
Echter Tarragona, 605	1.35
Echter Malaga, 605	1.60
Echter Douro-Portwein, 605	2.80
Fruchtose Carte d'Or	1.70
Träubensche: Cabinet	4.00
Saar Riesling	5.50

Bernhard Tiedmann

Likörfabrik u. Weingroßhandlung.
Zentrale: O 17, Fruchtstr. 5-6, Alex. 4066
Berth. O. Königsberger Str. 1
Ecke Blücher- u. Moritz Str.
Ute O. Fruchtstr. 10
Ecke Lange Straße
Ute O. Androssstraße 4
Ecke Brauerstraße
Ute O. Köpenicker Straße 57
Ecke Mühlentorstraße
Ute O. Frankfurter Allee 270
Am Ringbahnhof
Ute O. Grünauer Straße 4
Ute O. Brunnenstraße 106
Ecke Hammerstr.
Ute O. Südringstraße 13
Ecke Torstraße
Ute O. Kastanienallee 48
Ecke Zionskirchhof
Neubühl, Hermannstr. 95-96
Ecke Warthestraße
Berth. W. Bülowstraße 48
Ecke Torstraße

Theater Lustspiele
 Deutsches Theater
 Norden 10334-37
 Ende 11 U.
 Silvesteranfang 7 U.
 Dorothea Angermann
 v. Gerh. Hauptmann
 Regie: Max Reinhardt
Kammerspiele
 Norden 10334-37
 8 1/2 Uhr
 Ende nach 10 Uhr
 Silvesteranfang 7 U.
Bronx-Express
 Die Komödie
 Bismarck 2414-7511
 8 1/2 U., Ende 10 1/2 U.
 Silvesteranfang 7 U.
Die Ehe von Welt
 Berliner Theater
 Direktion Kuhnert
 Bismarck 2414-7511
 Täglich 8 Uhr
 Silvester 7 Uhr
Max Adalbert
 als
 Der Herr von ...
Piscatorbühne
 Theat. u. Sailerplatz
 Kurfürst 2091/93
 Anf. Ende nach 11
 Heute 8 Uhr
 80. Vorstellung
 Rappunzel, die Dornrose,
 der König und das Volk,
 das gegen sie aufstand
 von Aleksey Tolstoj
 und Schtschegolew
 insc. Erwin Piscator

Was bietet Ihnen der große Silvester-Ball in der glanzvoll ausgestatteten Funfthalle?

1. Die Ausstellung „Deutscher Rhein - Deutscher Wein“ / 2. Den guten billigen Wein / 3. Die einzigartige Kunstausstellung / 4. Die Premiere der großen Ausstellungsgroße „Dom Rhein zur Spree“ / 5. Vier große Ballorchester / 6. Den sensationellen Pfannkuchenregen um Mitternacht / 7. Die größte Silvester-Stimmung Berlins

Und das alles für 5.50 Mark

Pfahreservierung 1.- M. / Kein Gedeckzwang
 Vorverkauf: Verteilung unter den Linden, Ecke Friedrichstraße, und
 Kunstloft Berlin-Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Str. 22
 (Telephon: Bestend 4503, Hauptkasse)

Wir sind
 billig

Inventur
Ausverkauf
 das sagt
 alles

Erwarten Sie
 von uns
 sehr
 viel!

Beginnt
 Montag, den 2. Januar

SCHUHHOF

Berlin W.9, Linkstr. 11
 Charl. Wilmersdorfer Str. 117
 Spandau, Breitestrasse 22

Freitag, 30. 12. 27
Staats-Oper
 Am Pl. d. Republ.
 7 1/2 Uhr
Luisa Miller
 /antl. Schauspiel.
 am Gendarmenpl.
 7 1/2 Uhr
Fra Diavolo

Freitag, 30. 12. 27
Städtische Oper
 Bismarckstr.
 8-10 u. 11. 12. 6 1/2
Meistersinger
 von Nürnberg
 Staatl. Schillerth.
 Charlottenburg
 8 Uhr
Weh dem
 der lügt

Pompadour
 mit
Massary
 Die neue
charell
 Inszenierung
 Heldemann
 Bendow
 Jankuhn
 Werkmeister
 Westermeyer
 Picha
 Ruth Walker
 Billie Collins
 Snowball
 Winkestein
 Sunshine Girls
 Ausstattung:
 Prof. Ernst Stern
 Dir. Ernst Hauke

Ufa-Film der Parufamet
Ein lustiger Skifilm
 mit sportlichen Höchstleistungen
 aus dem Hochgebirge
 Regie und Manuskript von
Dr. Arnold Fanck
 dem Schöpfer des erfolgreichen
 Sportfilms „Der heilige Berg“,
 mit dem Hauptdarstellern Leonid
 Kijanin, dem bekannten
 Alpinisten Louis Trenker,
 dem österreichischen Skimeister
 Hans Schneberger und
 dem beliebten Komiker Paul
 Graetz.
 Wochen'agst
 7 9
Ufa-Palast am Zoo
 jugendliche haben Zutritt!

Volksbühne
 Theater am Blöcherplatz Th. am Schiffbauerdamm
 7 1/2 Uhr 8 Uhr
Peer Gynt **Schieber**
 des Ruhms

8 Komische Oper 8
 Neuartiges Revue-Stück
Alles
Nackt!
 (Nach d. gleichn. Paris. Revue
 „Tout nu“). 200 Mitwirkende
 Original-Pariser Kostüme
 Sonntag 3 1/2 U.: Volk's Andl-
 vorstellung zu 1/2 Preis
 Parkett 3,80 Mk.
 Theaterkasse ununterbr. geöffnet

Komödienhaus
 Norden 4304
 8.15-10.40 Uhr
 Silvester 7 Uhr
Hokuspokus
 von Curt Gütz

Neues Theater
 am Zoo
 Tägl. 8 Uhr
 Heute Nacht - eventuell!
 Musik v. W. Bromme

CASINO-THEATER
 Lothring. Str. 37.
 Nur noch wenige Aufführungen:
Klein-Kleckersdori
 Ausschneiden! Gutschein 1-4 Pers.
 Pause nur 1.10 M., Sessel nur 1.60 M.

SCALA
 Nollendorf 14a.
Drei (original)
fratellini
 und andere weltberühmte,
 zum ersten Male in Berlin auf-
 tretende internationale Stars
Silvester und 1. Januar
 je 2 Vorstellungen
 3 u. 8 Uhr - 2 u. ermäßigte
 Preise des ganzen Programms.

Renaissance-Theater
 Stolplatz 90). - Täglich 8 1/2 Uhr:
Coeur Eube.

WINTER GARTEN
 Rauchen gestattet
 Podrecca's Theater künstlicher
 Ienschen und Corinus, der
 Mann mit den 100 000 bel arj

Reichshallen-Theater
 8 Uhr, Sonntg. nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
 „No'tes Kochenende“
Dönhoff-Bratt's
 VARIETE - TANZ
 31. Dezember
 Große Silvester-Feier

Syl- vester Ball

IN DEN
 BAYERISCHEN ALPEN
 20 BAYERISCHE MADELN
 8 KAPELLEN EINLASS 7UHR
 EINTRITT 2 MK.

NEUE WELT
 HASENHEIDE 108 JNH. A. SCHOLZ
 Neujahr, den 1. Januar 1928
GROSSER ALPENBALL
 Einlaß 4 Uhr Eintritt 1.- M.

Skandinavien
 Friedrichstraße 94a-95
 am Bahnhof Friedrichstraße

**Große
 Silvesterfeier**
Ueberraschungen
 Stimmung / Großes Tanz-
 parkett / 2 Kapellen / Bar
 Menu 5 M. oder à la carte
 Tischbestellungen beim Geschäftsführer

Rose-Theater
 8 1/2 Uhr
 Orpheus i. d. Unterwelt
 Th. im Admiralspalast
 Tägl. 8 1/2 Uhr
**HALLER-
 REVUE**
 „Wann und wo“
Silvester!
 im Anschluß an
 die Vorstellung
GR. BALL
 Neujahr-Sonntag
 2 Vor-
 stellungen
 3 Uhr u. 8 1/2 Uhr
 Baden, die ganze Vor-
 stellung zu halb. Preis

Theater am Kottbuser Tor
 Kottbuser Straße 6.
 Täglich 8 U. u. Sonntagvorm. 3 U.
Elite-Sänger
 Wundervolles
 Weihnachtsprogramm.
 Volkpreise von 30 Pl. bis 2.50 M.
 Sigs. schm. 3 U.
Große Familien-Vorstellung
 Volles Programm. - Kleine Preise.

Kleines Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Silvester 7 Uhr
 Eine Kleine ohne
 Bedeutung
 Erjka v. Lüssner,
 Eugen Hög,
 Max Lande.
 Silvester-Oper
 Dts. Künstler-Id.
 8 Uhr:
„Evelyn“
 Lesing-Theater
 8 Uhr
Schinderhannes
Residenz-Theater
 Tägl. 8 1/2 Uhr:
 Silvester 7 1/2 Uhr
 Der Sensationserfolg!
Schön sehn
wir aus
 30 lustige Bilder mit
 Henry Bender
 Sg. nachm. 3 1/2 Uhr
 die ganze Vorstellung
 zu halben Preisen
 Lustspielhaus
 8 1/2 Uhr
 Guido Theibischer
 „Unter
 Geschäftsaufsicht“

Walhalla-Th.
 Weinbergweg 19/20
 8 1/2 Uhr:
 Silvester 7 1/2 Uhr
 die große Operette
Wie Du küßt keine
 Vorz. Park. statt 4.-
 auch Felertrag nur
 80 Pl.
 Sonntag, nachm. 4 Uhr
Dornröschen
 Silvester nach der
 Vorstellung
Gr. Silvester-Ball
Thalia-Theater
 O. U.: Das Kamel geht
 durch das Hadelöhr
 Theater des Westens
 Täglich 8 Uhr:
Münchhausen
 Oper. v. E. Stoffan
 Ador, Wirt,
 Scholz, Körty,
Planetarium am Zoo
 Freitag, Samstag, Sonntag
 Noit. 1878
Im Reich der
Mitternachtssonnen
 Vorstellungen:
 16 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr
 Eintritt 1 M.
 Ende nach 15 Jahren 8.50 M.

HALLER
 Täglich 8 1/2 Uhr
REVUE
 „Wann und wo“
 THEATER IM ADMIRALSPALAST
! Silvester !
 im Anschluß a. d. Vorstellung
Großer Ball
 im Beisein des gesamten
 Ensembles!
 Vorverkauf ununterbrochen.
Neujahr-Sonntag
 2 Vorstellungen 3 u. 8 1/2 Uhr
 Nachm. die ganze Vorst.
 zu halben Preisen
 Der Vorverkauf hat begonnen
 Lustspielhaus
 8 1/2 Uhr
 Guido Theibischer
 „Unter
 Geschäftsaufsicht“

Metropol-Th.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
 Silvester 7 Uhr
 „Die schöne Helena“
 Oper. v. Offenbach
 Dir.: Schillings
 Max Palmbach, Valérie de
 V. Stenil, August Heintz
 ● Die Letzten!
 Frischgeschlachtete
 Junge, prachtvolle
Gänse 1.20
 12 b. 14 Pl. d. schwer,
 einzig! u. Geschmack
 Wegner, Berlin 50
 Mariannensstraße 34
 im Glaseckeler.

SAALBAU ALPENDORF
 Invalidenstraße 63 Lehrter Stadtbahnhof
 Sonnabend, d. 31. Dezember, die populäre beliebte große
Silvesterfeier
 Feinhafte Dekoration - Große Ueberraschungen
 Prämierungen mit wirtvollen Preisen
 Silmmungsvolle Ballmusik
 Beginn 8 Uhr / Eintritt 1.50 M. / Tischbestellung vor dem 19.12.1927
 Es ladet ergebenst ein: Die Direktion

Böhmisches Brauhaus, Landsberger-Allee 11
Silvester
 Eine Silvesterfeier im Berner Oberland
 5 Kapellen 5 Kapellen
 In festlich dekorierten Sälen
Original-Alpen-Dekoration
Großer Ball
 Ballmusik wird von sämtl. Kapellen ausgeführt
 Um 12 Uhr Begrüßung des neuen Jahres
 Beginn 8 Uhr Beginn 8 Uhr
 Tischbestellungen werden entgegengenommen
 Fernsprecher: Alexander 4529

Germania-Pracht-Säle
 Chausseestraße 110
 Sonnabend, den 31. Dezember 1927
Großer Silvesterball
 bei gut besetztem Orchester. - Anfang 8 1/2 Uhr.
 Tischbestellungen werden noch entgegengenommen
Silvester-Scherze!
 Riesenhombe mit 30 Scherzartikeln 1.- M.
 Funkturm 30 Pl. Dillzartene 30 Pl. Spio-
 get-Schokolade 20 Pl. Revolver-Zigaretten
 50 Pl. Riasenbrille 50 Pl. Nackt-
 häuse 50 Pl. Gießblei Dr. 30 Pl. an. Elbbare
 Hälter 10 Pl. Jazzatompote und Klapper
 10 Pl. Gebäck mit Schme 25 Pl. Quali-
 boobon. Mützen, Feuerwerk, Raduun-
 stiel sehr billig. Große Auswahl.
 Markgrafstraße 84
A. Naas & Co.
 S.-d. Lindenstr., Gg. 180



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

Einheitsverkehr — Einheitsstarif.

Ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Nur noch zwei Tage trennen uns von dem Termin, an dem zum ersten Male in Berlin sämtliche Verkehrsunternehmungen als eine Verkehrs- und Tarifgemeinschaft in die Gesamtlösung treten werden. Wenn jemand vor drei Jahren etwa davon gesprochen hätte, daß ein solcher Zusammenschluß, bittet lediglich von dem Interesse der auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesenen Bevölkerung, in allernächster Zukunft Wirklichkeit werden würde, so hätte man ihn für einen Utopisten oder Phantasten erklärt. War doch eben erst der Kampf um die Erhaltung der Straßenbahn in den Händen der Stadt gegen die geschlossene Phalanx aller bürgerlichen Parteien, einschließlich, ja unter Führung der Demokraten, mit knapper Not zu Ende gelangt. War es doch nur dem entschiedensten Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken, daß die Entkommunalisierungsbemühungen während der Inflationszeit schließlich zum Scheitern gebracht wurden.

Aber noch bestand die Konkurrenz zwischen den privaten Unternehmungen der Hoch- und Untergrundbahn und des Omnibusses neben der städtischen Straßenbahn. Noch konnte es der Berliner Bürger, der Berliner Arbeiter tagtäglich an seinem eigenen Leibe verspüren, daß dieser Konkurrenzkampf letzten Endes auf seinem Rücken ausgefochten wurde. Schwere Uebergangs- und Umsteigemöglichkeiten, verdrängte Linienführungen, gelastes es ihm immer wieder, daß hier die Interessen privaten Profits, aber nicht die Interessen der Allgemeinheit ausschlaggebend waren. Heute mutet uns das alles fast wie ein Traum an. Nur ob und zu noch, etwa, wenn wir den endlosen, künftigen Tunnelbau am Untergrundbahnhof Friedrichshagen im Lauffschritt durchmessen, werden wir an die traurigen Reste jener traurigen Zeit erinnert.

Heute haben wir es fast schon vergessen, daß noch vor kaum einem Jahre die Vereinheitlichung des Verkehrs in Berlin als eine Utopie erschien. Daß sich

die deutschnationalen Katastrophepolitiker mit den kommunistischen wieder einmal zusammenfanden,

um den großzügigen Plan des eben gewählten neuen sozialdemokratischen Verkehrsstadtrats, des Gen. Reuter, zu durchkreuzen. „Verschwendung“ schrien die einen, „Arbeiterverrat“ die anderen. Bohnt es sich nicht, heute daran zu erinnern? Kurzfristigste Demagogie glaubte damals, in der Verwirklichung dieses Planes ein bequemes Agitationsmittel gegen die dreimal verführte Sozialdemokratie und ihre kommunalpolitischen Vertreter gefunden zu haben. Und heute? Heute stellt man die „Argumente“ von damals verschämt in den Winkel. Denn heute weiß jedes Kind in Berlin, was diese

Vereinheitlichung des Verkehrs gerade für die arbeitende Bevölkerung zu bedeuten hat. Heute sehen auch die damaligen Vorkämpfer gegen den Einheitsstarif ein, daß die Verschmäzung zwischen Straßenbahn, Hochbahn und U-Bahn — alle drei in den Händen der Stadt — und unbefristete Umsteigeberechtigung von der einen zur anderen einen gewaltigen Fortschritt für den Verkehr der Reichshauptstadt bedeutet. Heute spricht man kein Wort mehr davon, daß es allein dem entschiedenen Willen der sozialdemokratischen Rathausfraktion zu verdanken ist, daß auch der Omnibus in die Verkehrs- und Tarifgemeinschaft einbezogen worden ist. Die Demagogen von einst waren sehr feinsinnig geworden, als der sozialdemokratische Verkehrsstadtrat ihnen

in diesem Herbst den fertigen Plan, ja die fertigen Abmachungen der Einbeziehung auch der Reichsbahn, der Stadt- und Vorortstraßen,

unterbreiten konnte. Kein Wort mehr von Verschwendung, kein Wort mehr von Arbeiterverrat! Praktische kommunale Politik hatte über Agitationsphrasen und politische Hysterie gestillt gegiegt.

Jeder Berliner Bürger, jeder Arbeiter, jeder Angestellte, jeder Beamte, der täglich den Weg von seiner Wohnung zur Arbeitstätte mindestens zweimal zurücklegen hat, der den Wert des schnellsten Verkehrsweges in der Großstadt für seine Freiheit aus ureigenster Erfahrung kennengelernt hat, weiß, was die Verkehrsvereinheitlichung, was die Tarifgemeinschaft für ihn zu bedeuten hat. Weiß er auch, daß er diese grundlegenden Verbesserungen ausschließlich der Sozialdemokratie, ihrer Rathausfraktion, ihren Magistratsmitgliedern und ihrem Verkehrsstadtrat zu verdanken hat? Wenn nicht — wie wär's, wenn die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten in einer letzten Erinnerung an ihre einstige Stellungnahme die Frage der Verkehrsvereinheitlichung zur Wahlparole in Berlin machten? Sie konnten doch einst so große Worte darüber finden — warum sind sie auf einmal so stille geworden? Der Erfolg entscheidet doch — wie wär's also: Einheitsverkehr — Einheitsstarif — die Wahlparole in Berlin für das Jahr 1928?!

Die Sozialdemokratie ist bereit. Sie hat nichts zu verbergen und zu vertuschen. Sie hat getämpft für Einheitsverkehr und Einheitsstarif vom ersten Augenblick an. Sie hat ihn durchgesetzt gegen alle Widerstände der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten. Sie wird ihren Kampf und ihren Erfolg vor den Berliner Arbeitern, Angestellten und Beamten vertreten. Also wie wär's mit der Wahlparole: Einheitsverkehr und Einheitsstarif?

Berlins Wohnungsneubau.

Der „Vorwärts“ brachte vor 14 Tagen eine Darstellung über den Berliner Wohnungsneubau mit Hilfe der Hauszinssteuer-Darlehen. Von amtlicher Seite werden jetzt weitere Ziffern bekanntgegeben. Danach hat die mit Hilfe der Hauszinssteuer-Darlehen ermöglichte Neubautätigkeit in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Bevorzugt wurden vor allem die Bauten, in denen viele Kleinwohnungen lagen. 65 Proz. aller Wohnungen, die im Jahre 1927 Hauszinssteuer-Darlehen erhalten haben, haben nicht mehr als Stube, Kammer, Küche, oder zwei Stuben und Küche, oder zwei Stuben, Kammer und Küche. Bedingung bei der Beleihung war, daß jede Wohnung mit Badeeinrichtung, sämtlichen modernen Versorgungsleitungen, Wirtschaftstellern und Bodenlampen ausgestattet wurde. Die genauen Ziffern der Wohnbautätigkeit mit Hilfe der Hauszinssteuer: ergaben für das Jahr 1924 10 050 Wohnungen, für 1925 9307, für 1926 14 900 und für 1927 21 085 Wohnungen. Seit dem Jahre 1924 bis einschließlich 1927 wurden insgesamt 55 342 Wohnungen mit Hilfe der Hauszinssteuer erbaut. Von diesen sind rund 37 000 Wohnungen bereits fertiggestellt und bezogen, 17 000 sind zurzeit im Bau, so daß nach der Frostperiode noch weitere rund 1300 Wohnungen zu bauen bleiben. Mit den noch verfügbaren Mitteln aus dem Hauszinssteuer-Aufkommen des Jahres 1927, d. h. mit den der Wohnungsfürsorgegesellschaft noch bis zum 31. März des Jahres 1928 zustehenden Hauszinssteuermitteln können noch weitere 5000 Wohnungen begeben werden, so daß sich mit der Gesamtleistung des Etatsjahres 1927 eine Gesamtzahl von über 60 000 Wohnungen ergibt, welche mit öffentlichen Mitteln nach den Vorschriften der Wohnungsfürsorgegesellschaft finanziert wurden. Mit dem Bau der restlichen 5000 Wohnungen konnte bisher nicht begonnen werden, weil die Beschaffung der vorläufigen Hypotheken auf Schwierigkeiten stieß. Erst in letzter Zeit konnten auch diese Hypotheken beschafft werden. Von den bis zum 1. Oktober 1927 beliebigen Wohnungen haben 13 622 Zufahrtshypotheken erhalten. Von den aus dem Hauszinssteuer-Aufkommen des Jahres 1927 finanzierten Wohnungen werden mindestens 10 000 Mietzuschüsse erhalten, so daß eine Gesamtzahl von rund 24 000 Wohnungen vorhanden ist, welche zu verbilligten Mietzinsen durch die Wohnungsämter vergeben werden oder in nächster Zeit vergeben werden. Dabei ist dafür gefordert, daß die einzelnen Wohnungsämter der Bezirke nach ihrer Bevölkerungsstärke und dem Bestande an Kleinwohnungen schrittweise eine entsprechende Anzahl von Wohnungen zur Belegung zugewiesen erhalten.

Diese Ziffern beweisen eindeutig, daß, soweit Mittel aus der Hauszinssteuerhypothek zur Verfügung standen, die Behebung der Wohnungsnot durch den Berliner Magistrat eine ernsthafte Förderung erfahren hat. Es ist zu hoffen, daß es dem Magistrat der Stadt Berlin gelingt, im nächsten Jahre größere Mittel aus der Hauszinssteuer zu erhalten, um die Neubautätigkeit entsprechend den Anforderungen der Reichshauptstadt fördern zu können.

Mehr Schutz den städtischen Anlagen.

Achtung aller Menschen, dem Gemeinwohl dienenden Einrichtungen ist erste Pflicht jedes Staatsbürgers. Das gilt für alle kommunalen Einrichtungen. Von einzelnen Auswüchsen, die hier und dort auftauchen, abgesehen, wird man insbesondere auch in den Profitorientierten immer wieder betrübliche Achtung öffentlichen Eigentums antreffen können. Die wenigen Spielplätze und Parkanlagen in den profitorientierten Bezirken werden gern so alt und jung aufgeschuft und die mit der Pflege beauftragten Personen vom Publikum unterfüßt. Daß sich doch noch nicht alle Bevölkerungskreise diese selbstverständliche Pflicht zu eigen gemacht haben, be-

weist neuerdings ein Vorfall im Friedrichshagen. Eine Dame der sogenannten „besseren“ Gesellschaftsklassen, eine Frau Dr. E. aus der Sandberger Allee, war mit bekannten Damen, deren wie ihren Kindern ständige Besucherin des Reuten Hains. Im Spiel kam es natürlich vor, daß die Kinder auch die Rasenflächen betreten. Die Damen kümmerten sich darum wenig. Mehrmals mußten sie von den Parkwächtern aufmerksam gemacht werden, daß zum Schutze des Rasens den Kindern das Betreten verboten werden müsse. Aber auch dies nützte nichts. Die Kinder spielten weiter auf dem Rasen und pflückten Zweige von den Ligustersträuchern ab. Frau Dr. E. verbot ihren Kindern diese Ungehörigkeit nicht, sondern half sogar nach. Bei Feststellung der Personellen durch einen Parkwächter glaubte sie feststellen zu dürfen, daß sie „sich nicht das Geringste von einem Subalternebeamten verbieten lassen brauche“ und ihr Junge wurde aufgefordert, noch mehr Zweige abzubrechen. Wer die Freude, vor allem unserer Alten, am Grünsmuck kennt, der wird mit uns wünschen, daß die zuständigen Behörden hier einmal durchgreifen und den Fall nicht auf sich beruhen lassen.

Sind Kleingärtner vogelfrei?

Nachstehendes wird uns vom Bezirksverband der Kleingärtner Berlin-Lichtenberg mitgeteilt:

Am 11. November erschien eine Arbeitskolonne der Tiefbau-Streife Hallert, die im Auftrage des Eisenbahn-Rebauamts Ring die Kabellegung für die Ringbahn und den Umbau des Ringbahnhofs Viehbof ausführt, auf dem Gelände der angrenzenden Kleingärtnerkolonien, um dort Erdarbeiten auszuführen. Ohne die Pächter zu fragen oder zu benachrichtigen, wurde der das Gelände abgrenzende Bahngang auf etwa 200 Meter Länge abgerissen und Erdarbeiten ausgeführt. Bei diesen Arbeiten wurden auf Geheiß des Arbeiters übermenschlichen Bahngängers in einer Breite von etwa 8 bis 10 Meter alle Kulturen vernichtet. Damit nicht genug, ging man sogar so weit, und unterwühlte mehrere, ihnen im Wege stehende Lauben, so daß durch Einsturz ufm. großer Schaden angerichtet wurde. In einer solchen wohnt, in Ermangelung einer Stadtwohnung, eine Familie mit zwei kleinen Kindern. Erst nach Androhung einer Klage auf Beseitigung durch den Bezirksverband (dem Hauptpächter des Geländes) bequeme sich die Bahnbehörde zu der Erklärung, nach Beendigung der Frostperiode das Gelände in seinen alten Stand zu versetzen. Von der Gewährung einer Entschädigung ist bis heute keine Spur, im Gegenteil, jetzt streiten sich die Eigentümerin des Geländes (die Viehbofverwaltung) und die Bahnbehörde, wer die Schuld trägt. Es ist ein Standal, wie die Beauftragten dieser Behörden arbeiten. Erst wird der Schaden angerichtet, dann zählt man sich darum, wer die Schuld hat. Aus dem Schrittwechsel geht hervor, daß keiner gewillt ist, den Schaden zu ersetzen. Wir verlangen von der Aufsichtsbehörde, daß eine Untersuchung eingeleitet wird, und daß den geschädigten Kleingärtner, die sich doch aus den ärmeren Schichten der Bevölkerung zusammensetzen, zu ihrem Rechte verholfen wird. Das Gelände muß auch wieder umgürtet werden, und zwar sofort, damit nicht erst ein Unglück dadurch entsteht, daß die Kinder beim Spielen dem Bahnhörper zu nahe kommen. Außerdem muß von den Aufsichtsbehörden verlangt werden, daß sie ihre ausführenden Organe dazu anhalten, das Eigentum des kleinen Mannes zu achten und nicht kavalierlich darüber hinwegzuschreiten. Wenn auch allseitig anerkannt werden muß, daß die Arbeiten im Interesse der Beseitigung des Verkehrs notwendig sind, darf doch nicht so verfahren werden wie hier, daß alles, was nach Meinung der Behörde im Wege steht, rücksichtslos beseitigt wird, ohne es für nötig zu halten, vorher den Besitzer zu benachrichtigen. Wir erlauben uns eine Frage an die beteiligten Behörden: Geht man gegen einen kapitalkräftigen Unternehmer oder Eigentümer auch so rigoros vor, wie hier gegen die Kleingärtner?

Aus den Bezirken.

3. Bezirk — Wedding.

Die Bezirksverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage der demokratischen Fraktion, der fordert, daß am Straßenrand vor den Berliner Schulgrundstücken Verkehrsstaßen angebracht werden, durch die die Wagenführer zum „Langsam fahren vor dem Schulgrundstück“ aufgefordert werden. Der Antrag fand allseitige Zustimmung. Darüber hinaus forderte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, daß die Kinder in sämtlichen Berliner Schulen eindringlich auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden, die ihnen beim Ueberqueren verkehrsreicher Straßen drohen. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit einem Antrage, der die Aufhebung der Hirtenschiefer-Verordnung vom 7. Oktober 1927 und die Teilung der größeren Wohnungen fordert. Genosse Pätzsch als Redner der sozialdemokratischen Fraktion wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie schon immer gefordert habe, daß die gesamte Hauszinssteuer für den Wohnungsbau Verwendung finde. Die sozialdemokratische Partei, die Verfechterin der Interessen der arbeitenden Bevölkerung, habe ihre Forderung leider bisher nicht durchsetzen können, das sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Kommunisten sich einer verantwortlichen Mitarbeit bei der Gesetzgebung entzogen. Natürlich quittierten die Kommunisten mit starkem Vorn. Die Haltung der K.P.D., die nur dann falsche Behauptungen zurücknehmen wollte, wenn der „Vorwärts“ darüber nicht berichtet, wurde bereits im gefrigen Abendblatt gekennzeichnet.

17. Bezirk — Lichtenberg.

In der letzten Bezirksversammlung griff der Kommunist Gabel den Bürgermeister Genossen Dr. Siggel scharf an, weil dieser gegen den in Lichtenberg abgebauten Magistratsbaurecht Bauer wegen Fälligkeit der akademischen Zeugnisse Strafantrag gestellt hat. Genosse Dr. Siggel führte den Nachweis, daß er nicht anders handeln konnte. Beim Bericht des Rechnungsausschusses für das Jahr 1926 stellte Genosse Becker fest, daß Beanstandungen nicht erfolgt sind. Es wurde nur gewünscht, daß beim Obdach rationaler gewirtschaftet wird. Becker wandte sich dann gegen die Berichte der bürgerlichen Presse und der „Roten Fahne“ über angebliche Mißstände im Bezirk Lichtenberg, die zum Teil frei erfunden, zum anderen Teil völlig entstellt sind. Auch Bürgermeister Dr. Siggel verurteilt scharf diese gewissenlose Berichterstattung. Der „Vorwärts“ hat seinerzeit über diese Angelegenheit eingehend berichtet. Einen heftigen Zwischenfall gab es, als Bezirksverordneter Besecke von der Wirtschaftspartei behauptete, der Bürgermeister habe gesagt, die Privatwirtschaft arbeite billiger als kommunale Betriebe. Die Genossen Dr. Siggel, Becker und Schubert berichtigten ihn und gaben ihm die rechten Antworten. Für Schulen wurden noch 10 000 Mark bewilligt. Eine lebhafte Debatte entspann sich bei einer Vorlage über 13 000 Mark für das Kinderheim in Rüh. Die Vorlage wurde schließlich einstimmig angenommen.

Ein neues Jugendheim im Friedrichshagen.

In den Profitorientierten der Großstadt mit ihrer großen Wohnungsnot ist eine der wichtigsten Erfordernisse praktischer Jugendarbeit die Schaffung guter Heimstätten. In allen Bezirken Berlins stehen Räume für die Zusammenkünfte der Jugendlichen zur Verfügung. Bei der Ausbreitung des Gesellschaftsbedürfnisses gerade in diesen Kreisen wurde damit oft in vorbildlicher Weise für die Unzulänglichkeiten in den eigenen Wohnräumen auf einige Stunden zumindest Abhilfe geschaffen. Wer durch die Räume derartiger Jugendheime geht, wird in den Abendstunden dort überall lebendiges Treiben finden. Unter anderem hat auch das Jugendamt Friedrichshagen es in den letzten Jahren verstanden, durch die Schaffung solcher Heimräume die Jugendarbeit in den Jugendvereinen tatkräftig zu fördern. Fünf gute Heime wurden im Verlauf von drei Jahren eröffnet. Vor kurzem aber konnte ein sechstes der Öffentlichkeit übergeben werden. Im fünften Stock des Jugendamtsgebäudes in der Brommstr. 1 hat man frühere Bodenräume durch Abteiler und geschmackvolle Ausgestaltung in ein prächtiges Jugendheim verwandelt. Die Schräge des Daches wurde durch Wände an der Außenseite unterbrochen. An den Fenstern sah man dadurch tiefe Rischen, die mit Blumen reich ausgestattet sind. Später sollen dort auch noch Aquarien und Terrarien untergebracht werden. Den Besuchern wird es dadurch ermöglicht, bei einschlägigen Vorträgen praktische naturwissenschaftliche Studien zu betreiben. Besonders wirkungsvoll sind die Farben, in denen die Räume ausgestattet wurden. Dieses Heim dient nicht den Zwecken der Jugendvereine. Am Tage werden hier tuberkuloseverdächtige Kinder gepflegt werden. An jedem Abend werden unter Aufsicht von Jugendhelfern die unter Schulaufsicht stehenden Jugendlichen beschäftigt. Handfertigkeitsarbeiten für die Wädel, ernste Unterhaltungen für die Jungen; Spiele, Singstunden und bunte Abende werden veranstaltet. In den vorhandenen Jugendwerkstätten können auch Tischerei-, Schlosser- und Basteiarbeiten durchgeführt werden.

Wärmetechnische Kurse. Ähnlich dem im letzten Winter abgehaltenen Kursus wird die Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffsparsparnis e. V. in den Räumen der Staatlichen Bauwertsschule in Reutofen, Reutstr. 38/39, im Januar 1928 zwei wärmetechnische Kurse veranstalten, deren einer für Architekten und Bauarbeiter, der andere für die Heizwärme der Magistratsgedacht ist. Jeder Kursus wird 8 bis 9 zweistündige Vorträge und eine Führung durch die wärmetechnische Abteilung des Verkehrs- und Baumuseums umfassen. Die Teilnehmerarten können von der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffsparsparnis e. V., Berlin W. 8, Leipziger Straße 3 (Zimmer 205) bezogen werden. Die Vorträge werden von den Landesoberingenieuren Tilly und Studienrat Regeleungsbaumeister Ropfermann gehalten.

Sonabend für den Verkauf wegen
31 Inventur-Aufnahme geschlossen!
Dezember
Mein Inventur-Ausverkauf beginnt Montag, 2. Januar, früh 9 Uhr
Grünfeld
Berlin W 8, Leipziger Straße 20-22

Jubiläen deutscher Städte. Im Jahre 1928.

Zur Unterstüfung der für das kommende Jahr aufzustellenden Reisepläne hört man schon jetzt von einer Lustreise der für das neue Jahr vorgesehenen wichtigsten Verkehrsveranstaltungen. Den Beginn bildet eine Uebersicht der Jubiläen deutscher Städte, die in dem neuesten Deutschen Verkehrsband „Sommer 1928 in Deutschland“ enthalten ist.

Im Mittelpunkt der großen kulturellen Veranstaltungen des neuen Jahres stehen die anlässlich des 400. Todestages Albrecht Dürer's in Nürnberg vorgesehenen Veranstaltungen. Am 9. April 1928 schloß dieser bedeutendste aller deutschen Meister des Mittelalters in dem Hause am Tiergärtner Tor zu Nürnberg seine Augen. Die alte Reichsstadt, die, wie wenige Städte Deutschlands, in der Architektur ihres Stadtbildes noch ganz den mittelalterlichen Charakter bewahrt hat, lenkt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das „Dürer-Jahr 1928“. Hier wird in einer Ausstellung zum erstenmal eine große Zahl seiner weltbekanntesten Gemälde an einer Stelle vereinigt sein und so einen geschlossenen Uebersicht über das Schaffen Albrecht Dürer's gestatten. In den Straßen der Stadt aber wird das mittelalterliche Nürnberg in Gestalt historischer Festzüge und anderer volkstümlicher Veranstaltungen, wie zum Beispiel Schönbartlaufen, Gefellentänze usw. zu neuem Leben erstehen. Auch die originellen Hans-Sachs-Spiele wird man sehen können; Aufführungen der „Meisterfingerring von Nürnberg“ nicht nur in Gestalt der Wagnerischen Oper im Städtischen Theater, sondern auch genau so wie der Meisterfingerring im 15. und 16. Jahrhundert, auf den öffentlichen Plätzen und in den Kirchen üblich war.

Die Stadt, der der Mark Brandenburg den Namen gegeben hat, Brandenburg a. N., das alte Brennabor der wendischen Ureinwohner, besteht zwar 1928 tausend Jahre, hat aber die Feier dieses Ereignisses auf das Jahr 1929 verlegt; auch Dinkelsbühl, das entzückende, noch ganz mittelalterliche Städtchen in Bayern, einst freie Reichsstadt wie Rördlingen und Rothenburg, kann vom 25. bis 27. August sein tausendjähriges Bestehen feiern. Raumburg a. d. Saale mit seinem herrlichen Dom begeht vom 22. bis 24. Juni sein 900jähriges Stadthubstium mit einer Reihe festlicher Veranstaltungen. Vom 24. Juni bis 1. Juli wird die Stadt Prosta in Oberösterreich den Tag ihres 700jährigen Bestehens festlich begehen; verbunden mit dieser Feier wird das sechsundachtzigjährige Jubiläum der höheren Lehranstalt für Obst- und Gartenbau, der einzigen derartigen Fachanstalt im deutschen Osten. In Nordostböhmen begeht im Juli die Jean-Paul-Stadt Bunzlau die 600jährige Wiederkehr mit zahlreichen Veranstaltungen. Der am Niederrhein gelegenen Gemeinde Straelen wurden vor 500 Jahren Stadtrechte verliehen, die aber später wieder verloren gingen. Anlässlich der fünfshundertjährigen beachtlich Straelen, die Verleihung der Stadtrechte wieder zu beantragen.

In Straßund fährt sich zum 300. Male der Tag, an dem Wallenstein durch die Stadt abgewehrt wurde. Von 22. bis 25. Juli wird man die Erinnerung an diesen Tag mit einem großen historischen Festzug begehen, der die Tat der Straßunder Bürger von anno 1628 darstellt und würdigt. Silberberg in Schießen, romantisch im Culengebirge gelegen, feiert am 8. Juni das 150jährige Bestehen seiner Festung. Frhr. Reuter verleiht hier seine „Festungstid“. Im Juni feiert das Herzogthum Altheide sein hundertjähriges Bestehen. Man wird einen historischen Festzug, verbunden mit einer großen Trachtenschau, veranstalten.

Die Straßenbahn am Hermannsplatz.

Vor einem Jahr kritisierte der „Vorwärts“ die Verkehrsverhältnisse am Hermannsplatz in Neußlln. Seitdem aber sind die Zustände nicht verbessert, sondern verschlechtert worden. Ueber den Hermannsplatz verkehren in der Richtung nach dem Halleschen Tor von drei verschiedenen Seiten Straßenbahnlinien, aus der Hermannsstraße, der Kaiser-Friedrich- und der Weiserstraße. In den eben genannten Straßen befinden sich kurz vor dem Hermannsplatz Haltestellen. Direkt auf dem Hermannsplatz halten — verständlich — um Störungen des Verkehrs zu vermeiden, keine Wagen. Alle Wagen fahren über den Hermannsplatz in die Urbanstraße und halten in dieser erst an der etwa 7 Minuten entfernten Haltestelle. Wer also nicht mardchenhaft Zeit hat, ist genötigt mitten auf dem Hermannsplatz zu warten, bis aus irgendeiner der drei Richtungen eine Straßenbahn kommt, und dann muß er sein Heil im Aufspringen versuchen. Wenn die Straßenbahndirektion eine Haltestelle in der Urbanstraße hinter dem Hermannsplatz errichten würde, könnte jeder Fahrgast dort abwarten, bis aus einer der Richtungen ein Wagen kommt. Das lebensgefährliche Aufspringen auf einem verkehrsreichen Platz, das man jetzt täglich beobachten kann, würde dann erheblich eingeschränkt werden.

Die Sprechstunden in der Schwangerenfürsorge werden in der Fürsorgestelle Niederschöneweide, Grünauer Straße 12, für die Ortsteile Oberschöneweide, Niederschöneweide und Johannisthal, Montag von 11—13 Uhr und Donnerstag von 15—17 Uhr und in der Fürsorgestelle Adlershof, Hakenbergstraße 14, für die Ortsteile Adlershof und Hagenfelde von 12—14 Uhr abgehalten. Weiter ist die Arztin Frau Dr. Proger-Heinrich.

Der „Vorwärts“ ist das Blatt der Kopf- und Handarbeiter! Abonnieren den „Vorwärts“!

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Stadtbeilage“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Bühnenwelt“, „Kulturarbeit“ und „Technik“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus (Monatlich 3 Mark, wöchentlich 70 Pfennig)

Name: _____
 Wohnung: _____
 _____ Straße Nr. _____
 vorn _____ Hof — Quergebäude — Seitenflügel
 _____ Treppen links — rechts
 bel _____

Hausgeld einzufordern an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 6, Lindenstraße 2.

Die ärztliche Versorgung der Schulkinder.

Eine sozialistische Forderung.

In den letzten Wochen mußten mehrere Schulklassen wegen des gehäuften Auftretens ansteckender Krankheiten geschlossen werden. In ungesunden Zeiten gilt als erste Vorsichtsmaßregel, den Aufenthalt in überfüllten, geschlossenen Räumen zu vermeiden. Dieser Rat läßt sich in bezug auf Kinos, Gasthäuser usw. wohl durchführen, nicht aber ohne weiteres in bezug auf Schulen. Das Schließen einer Schule ist eine Maßnahme, die man nur ergreifen wird, wenn sie notwendig ist. Nicht nur aus erzieherischen, sondern auch aus gesundheitlichen Gründen wird man sich nur schwer dazu entschließen, denn die Kinder spielen in der schulfreien Zeit meist unbeaufsichtigt herum und haben gerade dadurch reichlich Gelegenheit, sich Erkältungskrankheiten und Infektionen zu holen.

Lugusausgaben, sagt die Reaktion!

Andererseits sind die Mehrzahl unserer Schulzimmer überfüllte Räume, in denen die Kinder einen großen Teil des Tages verbringen. Beim Schließen einer Schule muß das für und Wider sehr genau abgemessen werden. Die Entscheidung kann nicht vom grünen Tisch aus erfolgen. Es ist erforderlich, daß ein Arzt in engstem Einvernehmen mit der Schule arbeitet, der die besonderen Verhältnisse der einzelnen Schulen und das häusliche Milieu der Kinder ganz genau kennt und beurteilen kann. Aus der Erkenntnis heraus, wie wichtig eine hygienische Ueberwachung der Schulen ist, hat sich die Stadtverordnetenversammlung bereits 1921 dafür ausgesprochen, eine allmähliche Umwandlung des nebenamtlichen in ein hauptamtliches Schularztamt einzuführen. Aber noch im vorigen Jahre, als auf das Drängen unserer Fraktion die Frage aktuell wurde, zeigte es sich, wie stark die Widerstände bei den bürgerlichen Parteien waren. Gegen den Plan konnte man natürlich nicht viel anfangen, aber für ihn waren die Rechtsparteien auch nicht mit ganzem Herzen. Die kommunalen Ausgaben für vorübergehende Gesundheitspflege gehören nach ihrer Ansicht zu den „Lugusausgaben“, bei denen auf Gedeih und Verderb gepart werden muß. Diesen Widerständen ist es zu danken, daß die Regelung der schulärztlichen Versorgung nicht so ausgefallen ist, wie wir es angestrebt haben und wie es im Interesse der Volksgesundheit erforderlich wäre.

Die Aufgaben des Schularztes.

Die Aufgaben des Schularztes sind mannigfaltig und sehr bedeutend. Er hat in regelmäßigen Abständen die ihm anvertrauten Kinder zu untersuchen, zuerst bei der Einschulung und dann in zweifelhäufig wiederkehrenden Reihenuntersuchungen. Schon bei der Einschulung werden die Kinder ausgesiebt, die körperlich oder geistig zurückgeblieben sind und für die Schule eine zu schwere Belastung bieten würden. Für jedes Kind wird eine Gesundheitskarte angelegt, die durch die ganze Schulzeit, auch bei Umstellungen, das Kind begleitet. Aus dieser Karte ist sofort ersichtlich, ob das Kind in bezug auf irgendeine Gesundheitsstörung oder Bedrohung einer besonderen Beobachtung bedarf. Wenn sich eine Krankheit heraus-

bildet, wird das Kind der zuständigen besonderen Fürsorge oder ärztlicher Behandlung zugeführt. Der Schularzt hält ferner regelmäßig Sprechstunden ab, in denen er den Eltern, wenn sie irgendeine Sorge in bezug auf die körperliche oder geistige Entwicklung des Kindes haben, mit seinem Rat zur Verfügung steht. Der Schularzt braucht aber nicht, wie die frei praktizierenden Ärzte, darauf zu warten, daß die Eltern aus eigenem Antriebe zu ihm kommen. Scheint ein Kind durch die häuslichen Verhältnisse gefährdet oder bestehen Zweifel daran, daß die schulärztlichen Anordnungen durchgeführt werden, so sucht die Fürsorge die Familien auf und belehrt sie über die Notwendigkeit einer besseren gesundheitlichen Betreuung der Kinder. Was die Schulgesundheitspflege so besonders wertvoll macht, ist der Umstand, daß alle Kinder von ihr erfasst werden. Die oft erhobene Forderung, daß die gesamte Bevölkerung in bestimmten Intervallen durchuntersucht wird, ist also für das wichtige Entwicklungsalter, das ja in die Schuljahre fällt, durchgeführt. Dem Schularzt untersteht ferner die Ueberwachung der Schulräume und Einrichtungen in hygienischer Beziehung. Er hat bei Epidemiefahrt beim Schulleiter die notwendigen Maßnahmen, evtl. Schließung der Schule, zu beantragen. Er hat ferner darüber zu befinden, wann ein Kind, das eine ansteckende Krankheit durchgemacht hat, oder das ansteckungserkrankt ist, wieder zum Schulbesuch zugelassen ist. Er hat ferner zu befinden über die Befreiung von einzelnen Unterrichtsstunden, besonders im Turnen, und wo es notwendig ist, die Kinder den Sonder- und Heilturnkursen zuzuwenden. Auch die hygienische Belehrung und die jegliche Aufklärung ist eine Aufgabe des Schularztes.

Unsere Forderung!

Bei diesem großen Aufgabentris war unsere Forderung für 3000 Kinder einen hauptamtlichen Schularzt und zwei Fürsorgetinnen zu stellen, gewiß nicht übertrieben. Trotz unseres Widerstandes wurde aber die Zahl der von einem Arzt und zwei Fürsorgetinnen zu betreuenden Kinder auf 6000 heraufgesetzt. Ohne Zweifel sind die Ärzte hierdurch zu überlastet, daß es ihnen nicht möglich ist, jedem Kinde so gerecht zu werden wie es es notwendig wäre. In bezug auf die Behandlung ist es uns gelungen, den Sach einzufließen, daß Behandlung durch den Schularzt stattfinden darf, wenn diese anderweitig nicht sichergestellt ist. Die Behandlung in der Fürsorge wird von der frei praktizierenden Ärzteschaft und von den bürgerlichen Parteien im Interesse der praktizierenden Ärzte so stark bekämpft, daß schon diese Bestimmung als ein Erfolg zu buchen ist. Die schulärztliche Versorgung der Fach- und Fortbildungsschulen, auf die wir besonderes Gewicht legen, ist grundsätzlich beschloßen, aber wegen der finanziellen Schwierigkeiten der Stadt noch nicht durchgeführt.

Die Bedeutung der Schulgesundheitspflege ist durch die jegliche Regelung, besonders die Einführung des hauptamtlichen Schularztamtes, anerkannt. Für den weiteren Ausbau bleibt aber noch manche Aufgabe zu lösen und mancher Widerstand zu brechen.
 Dr. med. Käthe Frankenthal.

Der Wille zur Macht.

Die Bezirksarbeitsfraktion der Beamten, Angestellten und Arbeiter des 19. Kreises (Pantow) hielt zusammen mit dem Beamtenwerbeausschuß am 9. Dezember eine gut besuchte Versammlung ab, in der Polizeioberst a. D. Genosse Dr. Schühinger über das Thema „Unser Wille zur Macht“ sprach. In eindringlichen Worten legte er die Notwendigkeit des Kampfes um den Staat dar. Im Staat selbst müssen wir um die Zivilgewalt ringen. Er behandelte dann die Stellung des Reichspräsidenten, der sich nach Artikel 48 der Reichsverfassung entweder der Willkürmacht (Reichswehr) oder der Polizei zur Durchführung seiner Anordnungen bedienen kann. Im hier Willkür und Diktaturmöglichkeit ausschließen, sei ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 unbedingt erforderlich. Genosse Schühinger riefte den alten Geist der „Hände an die Hoffenacht“, der auch heute leider noch überall zu finden sei. Sozialistisches Ideal sei Förderung aller Tüchtigen, gleichwie welcher Abstammung, frei von jeder „Abstempelung“ durch Studienzeugnisse usw. Man müsse aber auch Arbeiterstudenten auf Kosten des Staates die Möglichkeit zu akademischer Vorbildung geben. Mit einem Appell an die Beamtenschaft, in den nächsten Wahlen dem imperialistischen Bloß die wohlverdiente Quittung zu geben, beendete der Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Eine lebhafteste Aussprache zeigte das Interesse der Versammlung.

„Mutter Fürsorge.“

Die Arbeiterwohlfahrtsfürsorge ist gleich den wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft in den letzten Jahren mächtig gewachsen, zur größten Selbsthilfeorganisation geworden. All den kranken Kindern, den gebrechlichen Menschen und der erholungsbedürftigen Jugend versucht die Arbeiterwohlfahrt zu helfen. Zahlreiche Heime sind in den letzten Jahren entstanden. Andere werden im nächsten Jahre ihre Pforten eröffnen. Das Werk der Arbeiterwohlfahrt wird nun in einem Film, der unter dem Namen „Mutter Fürsorge“ am Dienstag seine Uraufführung erlebte, gezeigt. In fünf Akten wandern wir mit dem Aufnahmeoperator durch die verschiedenen Heime in Groß-Siedlitz, Gohrlsch, Raumburg, Nürnberg, Rannheim usw. In Schlößern, in denen vor dem Kriege nur wenige Bedienstete wohnten, erholen sich heute Hunderte von Kindern. Auf großen Rasenflächen tummeln sich die durch Krieg und Wirtschaftsnot in der Entwicklung zurückgebliebenen Jungen und Mädchen. Der Film gewährt einen tiefen Einblick in die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt. Er wird sicherlich den Beifall der arbeitenden Bevölkerung finden. Die Bilder sind ausgezeichnet und abwechslungsreich. Selber fehlen Anfangs- und Schlüßtitel zu den einzelnen Akten. Zum Abschluß der Veranstaltung sprach Genossin Todenhagen über die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt. Ihre eingehenden Ausführungen waren eine wertvolle Ergänzung des neuen Films.

Das Vermögen der Stadt Berlin. Der Börsenprospekt der Stadt Berlin für die Goldanleihe von 1926 enthält interessante Ziffern über das Vermögen der Reichshauptstadt. So betrug am 1. Januar der Wert des gesamten Gebäude- und Grundbesitzes 667 Millionen Mark. Von diesen Anlagen werden 333 Millionen als verbundene und 334 Millionen als nicht verbundene bezeichnet. Die in den städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken sowie den Straßenbahnen festgelegten Werte werden mit 631 Millionen Mark angesetzt. Nur 59 Millionen Mark sind hier als nicht verbundene Anlagen bezeichnet. Außerdem führt der Prospekt Beteiligungen mit 204 Millionen, Forderungen mit 18 Millionen und Hypotheken mit 27 Millionen Mark an. Das gesamte Vermögen der Stadt Berlin stellte sich also auf rund anderthalb Milliarden Mark, von denen 1,1 Milliarden als verbundene bezeichnet werden. Demgegenüber stehen außer 75 Millionen Hypotheken- und sonstiger Schulden rund 404 Millionen Anleiheschulden. — Diese Ziffern sprechen deutlicher als alles andere für die Kreditfähigkeit Berlins, die von den ausländischen Finanzkreisen bisher auch immer richtig eingeschätzt wurde.

Arbeiter-sport.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien.
 WM. Chasletenberg: Freitag, 30. Dezember, 10 Uhr, Sprecht. 26, „Wendebach“.
 WM. Schöhl: Freitag, 30. Dezember, 10 Uhr, Reichsbergstraße 56.
 WM. Seidemann: Freitag, 30. Dezember, 10 Uhr, Kochingstraße 19.
 WM. Schöhl, Jugendabtl.: Freitag, 30. Dezember, 10 Uhr, Kochingstraße 11.
 WM. Teupitz: Freitag, 30. Dezember, 10 Uhr, Spennerstr. 3.
 WM. Krenn: Freitag, 30. Dezember, 10 Uhr, Köpferstr. 16.
 WM. Zempach: Samstag, 31. Dezember, 10 Uhr, Germaniastr. 4-6.
 WM. Grottel: Freitag, 30. Dezember, 10 Uhr, Altersheim Jungfer Str. 62, Baracke III.
 WM. Grottel: Montag, 2. Januar, 10 Uhr, Ebertstr. 12.
 WM. Schöhl: Montag, 2. Januar, 10 Uhr, Spennerstr. 11.
 WM. Grottel: Montag, 2. Januar, 10 Uhr, Spennerstr. 11.
 WM. Grottel: Montag, 2. Januar, 10 Uhr, Spennerstr. 11.

Handballspiele am Neujahrstag.

Die Bezirksfraktion des VfL 1. FC Union Berlin-Spandau gegen die Berliner-Sportler im 14. Uhr in Friedenau, Offenbacher Str. 26. Groß-Berlin-Sportler im 14. Uhr in Friedenau, Offenbacher Str. 26. Fußball im 14. Uhr in Hagenfelde, Sommerstraße, zu vierzehn. In Berlin, an der Wannsee, spielen die Fußball-Club 1 und Berliner-Sportler im 14. Uhr in Hagenfelde, Sommerstraße, zu vierzehn. In Berlin, an der Wannsee, spielen die Fußball-Club 1 und Berliner-Sportler im 14. Uhr in Hagenfelde, Sommerstraße, zu vierzehn. In Berlin, an der Wannsee, spielen die Fußball-Club 1 und Berliner-Sportler im 14. Uhr in Hagenfelde, Sommerstraße, zu vierzehn.

Verchiedenes.

WM. Freiheit, e. S. Posthaus Berlin-Spandau, Ebertstr. 12-14. Sitzung 30. Dezember 1927 aus. Ullrichfeier im Posthaus. 6 Uhr beginnt eintritt.
 Arbeiter-Kulturverein Groß-Berlin. Sonntag, 1. Januar, 8 Uhr, Tanz mit am Sportplatz, 13 1/2 Uhr, Friedrichsdenkmal (Waldpark).
 Arbeiter-Sport- und Kulturverein Schöneberg-Triebenen. Dienstag, 2. Januar, 10 Uhr, bei Lehmann, Frhr. Reuter, Ecke Kottbuscher, Parteiführung mit Vortrag „Die Volkswirtschaft“.
 Weiterbericht der öffentlichen Weiterbildung Berlin und Umgebung (Reduz. verk.). Nimmig weiter, fall und niederlassend. — Für Deutschland: Im Nordosten Temperaturen um Null und zum Teil demütigt. Im übrigen Deutschland keine wesentlichen Veränderungen.

Es sind neu erschienen:

Der illustrierte sozialdemokratische Abreißkalender für 1928

Jede Seite bringt Illustrationen. Der Kalender kann in jeder Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen. Er bringt Zitate aus sozialistischen Werken, eine Fülle von Sentenzen in Poesie und Prosa. Nahezu 100 Verbände geben hier authentischen Bericht. Der Kalender kostet

Mark 2.—

Kinderland 1928

Ein proletarisches Jahrbuch für dieuben und Mädels des arbeitenden Volkes. An dem Kalender haben auch dieses Mal die Kinder selbst tüchtig mitgearbeitet. Das „Kinderland“ kostet

Mark 1.50

Beide Neuerscheinungen sind zu haben in allen Absatzstellen des „Vorwärts“ und Portebuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 65, Lindenstr. 3